

Genehmigt: 18.01.2024

Protokoll 19

Stadtratssitzung
Donnerstag, 09.11.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	1318
2023.SR.0112.....	1319
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2021.BSS.000055.....	1321
2 Wahlen in Schulkommissionen	
2019.SR.000107.....	1322
3 Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Investitionskredit	
2020.SR.000383.....	1323
4 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Erich Hess (SVP): Auftrag zur Erarbeitung eines neuen Systems bei der Beratung von Reglementen um 1. und 2. Lesung besser abzustimmen; 2. Lesung	
2020.SR.000199.....	1324
5 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Timur Akçasayar, SP): Landwirtschaftsbetriebe und -flächen in Bern auf biologische Nutzung umstellen	
2022.SR.000127.....	1328
6 Postulat Fraktion FDP/JF (Simone Richner, FDP): Bevölkerungsnaher Service public; Effiziente Prozesse bei der Rechnungsstellung und im Zahlungsverkehr	
2023.SR.000025.....	1329
7 Interfraktionelle Motion FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP, GFL/EVP, GB/JA! (Milena Daphinoff, Mitte/Florence Schmid, JF/Marcel Wüthrich, GFL/Franziska Geiser, GB/Gabriela Blatter, GLP): Governance-Regeln für die Aufnahme von Finanzdarlehen	
2019.SR.000243.....	1329
8 Motion Thomas Glauser/Janosch Weyermann (SVP): Als Respekt für die Aktivdienstgeneration: Wiederinstandstellung des Wehrdienst-Ehrenmals bei der Inneren Enge	
2020.SR.000048.....	1332
9 Interfraktionelle Motion SVP, BDP/CVP, FDP/JF (Alexander Feuz/Ulrich Gränicher, SVP/Lionel Gaudy/Philip Kohli, BDP/Viviane Esseiva/Bernhard Eicher, FDP): Aufgabenüberprüfung bei sämtlichen Direktionen und Prüfung sinnvoller Synergien!	
2017.SR.000100.....	1337

10	Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP) – übernommen durch Vivianne Esseiva (FDP): Systematische Überprüfung der städtischen Aufgaben; Prüfungsbericht	
2020.SR.000032	1338
11	Motion Tabea Rai (AL), Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Geschlechterneutrale WCs und Garderoben in Neubauten und Gesamtsanierungen der Volksschulen	
2022.SR.000069	1340
12	Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GFL/EVP, Mitte, SVP (Janina Aeberhard, GLP/Therese Streit-Ramseier, EVP/Manuel C. Widmer, GFL/Sibyl Eigenmann, Mitte/Alexander Feuz, SVP): Ein Gymnasium Bern-West als Lösung für die drohende Schulraumknappheit	
2021.SR.000150	1344
13	Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Alina Irene Murano, SP): Verhältnismässiges Handeln der Polizei in der Stadt Bern endlich sicherstellen und Racial Profiling bekämpfen;	
Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.		1351
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr		1352
2021.SR.000150	1353
13	Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Alina Irene Murano, SP): Verhältnismässiges Handeln der Polizei in der Stadt Bern endlich sicherstellen und Racial Profiling bekämpfen;	
2020.SR.000256	1355
14	Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Peter Marbet/Diego Bigger, SP): Bürgernahe Polizeiarbeit – Community Policing	
2020.SR.000005	1357
15	Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer/Marcel Wüthrich, GFL): «Urban Mining»: Baustoffrecycling-Konzept bei Baueingaben	
2020.SR.000286	1358
16	Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP (Bernhard Eicher, FDP/Alexander Feuz, SVP): Klare Definition der Geschäftsfelder von ausgelagerten Betrieben	
2019.SR.000364	1361
17	Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Sorg/Nadja Kehrli-Feldmann, SP) - übernommen durch Michael Sutter (SP): Kinderschutz in der digitalen Welt – eine Sensibilisierungskampagne der Stadt Bern	
2020.SR.000289	1366
18	Motion Eva Gammenthaler (AL): Problem der Meldeadressen in Bern	
2020.SR.000142	1368
19	Postulat Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Keine Zirkusvorstellungen mit Tieren in der Stadt Bern	
2019.SR.000242	1372
20	Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser): Wirksamer ganzjähriger Schutz der Altstadt vor Pyros, Petarden und grossen Raketen statt Kriminalisierung des harmlosen Abrennens von «Stöcklis»!	
2019.SR.000333	1373
21	Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser): Verkehrszunahme des motorisierten Gewerbe- und Privatverkehrs. Was gilt? Wie will der Gemeinderat den	

Herausforderungen begegnen und sicherstellen, dass der motorisierte Gewerbe- und Privatverkehr auch in Zukunft über genügend Kapazitäten verfügt?	
2020.SR.000067	1374
22 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL) - übernommen durch Matthias Humbel (GFL): Das Trottoir den FussgängerInnen, der Radweg den RadfahrerInnen – aber nur, wenn gerade nichts geliefert wird?	
2020.SR.000391	1378
23 Postulat Oliver Berger (FDP): Zweckmässige Alternativrouten zu Bahnhofdurchfahrt entwickeln	
2020.SR.000393	1381
24 Postulat (Oliver Berger, FDP): Bessere und effizientere ÖV- Erschliessung von Berns Südwesten	
2020.SR.000068	1382
25 Postulat Milena Daphinoff (CVP), Philip Kohli (BDP): Alternative Route einer Buszufahrt zur Hochbrücke prüfen	
Verschieden und eingereicht	1384
Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr.	1385

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Yasmin Amana Abdullahi
 Valentina Achermann
 Janina Aeberhard
 Timur Akçasayar
 Lena Allenspach
 Ruth Altmann
 Ursina Anderegg
 Mirjam Arn
 Tom Berger
 Diego Bigger
 Lea Bill
 Laura Binz
 Gabriela Blatter
 David Böhner
 Michael Burkard
 Eva Chen
 Francesca Chukwunyere
 Dolores Dana
 Milena Daphinoff
 Sibyl Eigenmann
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz
 Sofia Fisch
 Lionel Gaudy
 Franziska Geiser

Thomas Glauser
 Claude Grosjean
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Thomas Hofstetter
 Matthias Humbel
 Seraphine Iseli
 Ueli Jaisli
 Bettina Jans-Troxler
 Anna Jegher
 Nora Joos
 Barbara Keller
 Ingrid Kissling-Näf
 Fuat Köçer
 Nora Krummen
 Anna Leissing
 Corina Liebi
 Maurice Lindgren
 Simone Machado
 Salome Mathys
 Esther Meier
 Matteo Micieli
 Szabolcs Mihalyi

Dominic Nellen
 Barbara Nyffeler
 Florence Pärli Schmid
 Halua Pinto de Magalhães
 Simone Richner
 Claudio Righetti
 Sarah Rubin
 Michael Ruefer
 Kurt Rüegsegger
 Mahir Sancar
 Judith Schenk
 Sara Schmid
 Nicole Silvestri
 Chandru Somasundaram
 Ursula Stöckli
 Irina Straubhaar
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Johannes Wartenweiler
 Lukas Wegmüller
 Janosch Weyermann
 Marcel Wüthrich
 Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Jelena Filipovic
 Katharina Gallizzi

Raffael Joggi
 Tanja Miljanovic

Niklaus Mürner
 Mirjam Roder

Gemeinderat anwesend

Reto Nause SUE

Michael Aebersold FPI
 Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin

Franck Brönnimann, Stv. Rats-Cornelia Stücker, Sekretariat weibell

2023.SR.0112**1 Begrüssung und Mitteilungen**

Präsident: Geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Besucherinnen und Besucher, geschätzte Medienschaffende und Zuhörer*innen online, ich begrüsse alle zur heutigen 19. Sitzung in diesem Jahr. Ich bitte alle, Platz zu nehmen. Es gibt viele Informationen, die ich kundtun möchte, bevor wir mit leichter Verspätung anfangen. Ich kommuniziere ganz am Anfang die Entschuldigungen. Entschuldigt für beide Sitzungen sind Mirjam Roder von der GFL, Niklaus Mürner von der SVP, Raffael Joggi von der AL, Katharina Gallizzi (GB) und Jelena Filipovic (GB). Ein bisschen später kommt dann noch Lukas Wegmüller. Und eben habe ich erfahren, dass Thomas Glauser ein bisschen später kommt.

Ich habe keine Rücktritte zu verzeichnen heute, darf aber aufgrund des Rücktritts von Vanessa Salamanca letztes Mal ein neues Ratsmitglied bei uns begrüssen. Es ist Esther Meier vom Grünen Bündnis. Ich heisse sie herzlich willkommen bei uns. Sie ist Historikerin, Geschäftsführerin der Grünen Kanton Bern und Mitglied des leitenden Ausschusses des Grünen Bündnisses. Ich wünsche ihr sehr viel Erfolg und Spass bei uns im Stadtrat. Herzlich willkommen. Ich habe keine aktuellen Geburtstage zu verkünden, darf aber der ersten Vizepräsidentin Valentina Achermann nachträglich für vorgestern herzlich gratulieren. Alles Gute auch – schon im Voraus – für dein grosses Jahr. Dann kommen wir leider zu einem nicht so schönen Thema. Ich muss euch leider über den Tod eines ehemaligen Stadtratsmitglied informieren. Ihr habt das vermutlich schon den Medien entnehmen können. Es ist Luzius Theiler, der im Alter von 83 Jahren gestorben ist. Ich persönlich habe Luzius in meinem ersten Ratsjahr noch persönlich erleben dürfen hier in diesem Saal. Und ich kann mich noch sehr gut und bildhaft an sein Wirken erinnern. Er hat meines Erachtens immer sehr kritische Haltungen im Stadtrat eingenommen und hat meistens aber auch die richtigen Fragen gestellt in seinen Voten zu Themen, die teilweise eigentlich grundsätzlich unbestritten gewesen sind. Er hat die Verwaltung generell immer kritisch hinterfragt und hat allen immer sehr genau auf die Finger geschaut. Obwohl seine Voten meiner persönlichen Meinung nach tendenziell eher sehr lange waren, was rhetorisch dazu geführt hat, dass man sich nicht immer eingeladen fühlte, ihm zuzuhören, muss ich wirklich sagen, dass seine Voten inhaltlich sehr gut durchdacht waren. Und es hat sich jedenfalls für mich immer gelohnt, sehr gut hinzuhören, wenn er da vorne gestanden und seine Meinung kundgetan hat. Die Zeitungen würdigen ihn dementsprechend auch zu Recht aus meiner Sicht als politisches Urgestein, weil er doch mit 33 Jahren im Stadtrat einen sehr bleibenden Eindruck und sehr prägend gewirkt hat und natürlich noch mit seinen 14 Jahren im Grossen Rat. Ich möchte an dieser Stelle der Familie der Angehörigen, seinen Freunden, natürlich auch der Simone Machado, direkt im Namen des Stadtrats von uns allen, aber natürlich auch von mir, mein tiefes Beileid aussprechen. Und ich wünsche all ihnen viel Kraft in dieser dunklen Zeit. Ich bitte darum alle, sich aus Respekt für eine Schweigeminute zu erheben.

Schweigeminute

Präsident: Merci vielmals. Wir haben im Namen des Ratssekretariats eine Kondolenzkarte organisiert, auf der sich jede*r, der/die das möchte, da vorne in der ersten Reihe

noch bei Gelegenheit eintragen darf. Wir wären natürlich froh um möglichst viele Unterschriften. An dieser Stelle auch herzlichen Dank für die Organisation an das Ratssekretariat.

Dann komme ich zu den allgemeinen Informationen. Ich bitte wie immer alle, das Badgen nicht zu vergessen – bei beiden Sitzungen. Ich bitte, sich bis spätestens am 17.11. noch anzumelden für die Einladung, die wir verschickt haben zum Abschlussessen. Und dann noch ein wichtiger Hinweis – und hier bitte ich schnell um Aufmerksamkeit, weil das jeden Einzelnen in dem Ratssaal betrifft. Wir haben systemisch umgestellt, was die Protokollierung angeht; inklusive der Abstimmungsergebnisse. Es ist alles automatisiert. Das Programm heisst Recapp. Wir werden das morgen im Detail auch noch in der Fraktionspräsidienkonferenz anschauen. Seit dem 26.10., das heisst, seit der letzten Sitzung, werden die ganzen Protokolle komplett anders erfasst. Es ist recht cool, darf ich sagen. Ihr könnt euch freuen. Man kann viel mehr damit machen. Es hat aber gewisse Konsequenzen. Eine Konsequenz ist, dass Falschabstimmungen nur noch über Rückkommensanträge korrigiert werden können. Das heisst, wir sind technisch nicht mehr in der Lage auf ein «Ich habe anders abgestimmt» oder «Ich habe falsch gedrückt» oder «Ich habe nicht drücken können», etc. zu reagieren. Das wird nicht mehr funktionieren. Wir können das nur noch machen, indem wir mit einem offiziellen Rückkommensantrag die Abstimmung wiederholen können. Das ist die Konsequenz der Digitalisierung. Ich hoffe, es passiert dementsprechend aber auch nur selten. Weiterhin möchte ich auch noch darauf hinweisen – ihr habt den Reminder bekommen, mindestens die Fraktionspräsidien –, dass wir nächste Woche hier in der Ratspause den Lernendenanlass haben. Und es fehlen uns noch von gewissen Fraktionen die entsprechenden Personen, die sich dort an dem Speed-Dating beteiligen würden. Diese bitte noch umgehend oder so schnell wie möglich im Ratssekretariat melden. Wir kommen zu den Ordnungsanträgen. Ordnungsantrag Nummer 1 stammt vom Büro. Das ist der Ordnungsantrag, bei dem es um die verkürzte Debatte für die Vorstösse geht, die für die verkürzte Traktandierung von heute eingereicht worden sind. Wir stimmen ab.

Antrag

Ordnungsantrag 1 Büro

Die Traktanden 5 – 7 sowie 13 werden unter folgender Verhandlungsordnung beraten:
BERATUNG:

- 1 Einreichende der Motion / des Postulats 3 Min.
- 2 Fraktionserklärungen 3 Min.
- 3 Einzelvoten 1 Min.
- 4 Gemeinderat 3 Min.

ABSTIMMUNG:

Über die Erheblicherklärung der Motion / des Postulats

Abstimmung

2023.SR.0112: Ordnungsantrag 1

Annahme

Ja	50
Nein	0
Enthalten	0

Namensliste 004

Präsident: Das ist einstimmig angenommen worden. Merci vielmal. Wir kommen zu einem zweiten Ordnungsantrag der FDP/JF-Fraktion. Es geht darum, dass man die Traktanden 13 und 14 zusammen behandeln würde. Wir stimmen ab.

Antrag

Ordnungsantrag 2 FDP/JF

Die Traktanden 13 und 14 sind zusammen zu behandeln.

Abstimmung

2023.SR.0112: Ordnungsantrag 2		
Ablehnung		
Ja	20	
Nein	29	
Enthalten	2	Namensliste 005

Präsident: Sie haben diesem Antrag abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 2.

2021.BSS.000055

2 Wahlen in Schulkommissionen

Präsident: Das ist die Wahl in die Schulkommission. Sie haben den Vorstoss gelesen. Ich übergebe das Wort für die SBK Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die SBK: Ihr kennt langsam, wie das läuft bei diesen Wahlen in die Schulkommissionen. Wir bekommen die Dossiers der Personen, die zur Wahl stehen jeweils zuhanden einer SBK-Sitzung. Wir schauen uns die an, diskutieren die kurz und können euch auch dieses Mal sagen, dass wir eigentlich beide zur Wahl stehenden Personen uneingeschränkt zur Wahl hätten empfehlen können. Ich muss euch leider darüber informieren, dass die Person, die die Vertretung des Elternvereins hätte übernehmen wollen, die Kandidatur aus persönlichen Gründen zurückziehen musste. Das heisst, zur Wahl steht heute Abend nur noch die Vertretung der SP, Herr Jan Wettstein. Ihn können wir wie gesagt ohne Bedenken zur Wahl empfehlen, und wir danken ihm sehr für die Bereitschaft, das zu machen. Und danke natürlich auch dem Vorgänger Frédéric Mader für seinen Einsatz, den er in diesem Amt geleistet hat. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Tom Berger. Ihr habt es gehört. Wir stimmen also nur noch ab über die Wahl von Jan Wettstein. Gibt es weitere Wahlvorschläge aus dem Ratssaal? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann können wir abstimmen mittels Handheben. Wer Jan Wettstein wählen möchte – Gibt es Enthaltungen? - Dann dürfen wir Jan Wettstein so zur Wahl gratulieren. Herzliche Gratulation. Wir kommen zum Traktandum Nummer 3.

2019.SR.000107

3 Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Investitionskredit

Präsident: Das ist die Erneuerung des Ratsinformationssystems. Das ist ein Investitionskredit. Ich übergebe das Wort für die SBK Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für SBK: Um im Stadtrat einen nächsten Schritt in Richtung Digitalisierung zu machen, brauchen wir ein neues Ratsinformationssystem (RIS). Informatiklösungen sind kurzlebig. Sie müssen ständig weiterentwickelt werden, um mit den neusten Anforderungen auf dem Markt mithalten zu können. Das bisherige Ratsinformationssystem RIS erfüllt die Anforderungen heute nicht mehr. Eingeführt im Jahr 2013 kann man es heute sogar schon als Oldie bezeichnen. Am 20. Juni 2022 hat der Stadtrat darum einen Projektierungskredit genehmigt, um die Anschaffung eines neuen Systems in die Wege zu leiten.

Die Projektarbeiten sind gut angelaufen. Basierend auf der gemachten Business- und Marktumfeldanalyse ist man zum Schluss gekommen, dass jetzt aber für die Umsetzungsphase nur wenige Anbieter in Frage kommen; einer davon ist die bisherige Anbieterin CMI. Da der Wechsel auf einen komplett neuen Anbieter weder ressourcentechnisch noch im Hinblick auf die Kosten sinnvoll wäre, hat die Steuerungsgruppe nach Konsultation der Projektgruppe, in die ich selbst auch Einsitz habe nehmen dürfen, entschieden, mit der heutigen Anbieterin CMI einen Vertrag auszuhandeln, wie man das bestehende System ausbauen, weiterentwickeln und vor allem auf die Bedürfnisse des Ratssekretariats, auf jene der Stadtratsmitglieder und der Fraktionen zuzuschneiden kann. Dabei hat vor allem auch im Zentrum gestanden, das Rad nicht komplett neu zu erfinden und wo immer möglich auf eine Standardlösung zurückzugreifen. Für den Webauftritt wird zusätzlich eine Firma beauftragt, die schon ähnliche Lösungen für die Stadt Zürich umgesetzt hat und dementsprechend über die nötigen Kompetenzen und auch die Erfahrung verfügt. Und der Zeithorizont für die Projektumsetzung ist das Jahr 2024. Aus Sicht der Kommission ist das Projekt kosteneffizient aufgegleist und berücksichtigt die nötigen Kritikpunkte, die bei früheren Informatikprojekten angemerkt worden sind. Man greift auf eine Standardlösung zurück, die in einem Teilbereich individualisiert wird. Bei dem Projektteil besteht sicher auch wieder die Gefahr, dass etwas schief gehen kann, da die Stadt Bern die erste sein wird, die mit diesem Teilrelease arbeiten wird. Wiederum ermöglicht uns das, das Programm auf unsere Bedürfnisse zuzuschneiden. Und das Gute daran ist, dass ein Grossteil der Kosten und damit das Risiko nicht von der Stadt selber getragen wird, sondern von CMI, weil andere Nutzer*innen Bedarf in diesem Bereich angemeldet haben.

Diese Lösung ist jetzt zwar nicht der grosse, neue Wurf, aber wir behalten das bestehende Know-how bei uns und sind kosteneffizient unterwegs. Aus diesem Grund empfiehlt euch die SBK einstimmig, dem Investitionskredit von 696'000 Franken unter Anrechnung des Projektierungskredits zuzustimmen und auch den Globalkredit 2024 bestehend aus den Kapitalfolgekosten, den zusätzlichen Lizenzkosten und den Personalkosten beim Ratssekretariat um insgesamt 193'550 Franken zu erhöhen und das Büro des Stadtrats mit dem Vollzug des Geschäfts zu beauftragen.

Zum Schluss kann ich noch im Namen der GLP/JGLP-Fraktion anhängen, dass wir das Geschäft, so wie es vorliegt, unterstützen.

Präsident: Merci vielmals, Corina. Ich interpretiere das gleichzeitig als Fraktionsvotum. Gibt es weiteren Diskussionsbedarf hier? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann

hätte das Wort, wenn gewünscht, auch noch der Gemeinderat. Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

2019.SR.000107		
Annahme		
Ja	55	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 006

Präsident: Sie haben dem Geschäft zugestimmt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 4.

2020.SR.000383

4 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Erich Hess (SVP): Auftrag zur Erarbeitung eines neuen Systems bei der Beratung von Reglementen um 1. und 2. Lesung besser abzustimmen; 2. Lesung

Präsident: Das ist die Teilrevision das Geschäftsreglements. Es geht hier um die zweite Lesung, sprich, das Fraktionsvotum und die Antragsbegründungen der Kommissionen sind in der ersten Lesung bereits gehalten worden. Es geht in der zweiten Lesung vor allem darum, dass man noch reagieren würde auf Neuerungen und Rückmeldungen aus der zweiten Lesung der Kommission. Ich übergebe hier das Wort der GPK, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die GPK: Ich kann es sehr kurz machen, weil in der ersten Lesung nur ein Antrag eingegangen ist, und zwar einer des Büros, der einfach die Streichung eines Satzes fordert, der nicht mehr wirklich einen Bezug hat auf den Artikel, der dort erwähnt ist. Das ist in Artikel 79. Und dementsprechend haben wir in der GPK auch nicht wirklich eine Diskussion darüber geführt, sondern gehen natürlich einig mit dem Büro, dass der Antrag angenommen werden soll. Und wir bitten euch, das auch zu machen. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals., Lea Bill. Gibt es weiteren Diskussionsbedarf aus dem Stadtrat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte auch hier, wenn gewünscht – er verzichtet ebenfalls. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst ab über den Antrag des Büros. Es gibt nur einen Antrag, darum verzichte ich auf irgendwelche Nummern.

Antrag

Büro und GPK aus 2. Lesung

Art. 79 Rückkommen / Wiedererwägung

Mit einem Rückkommensantrag kann vor der Schlussabstimmung zu einer Vorlage verlangt werden, auf einzelne Teile der Vorlage zurückzukommen. ~~Für ein Rückkommen im Rahmen einer zweiten Lesung gilt Artikel 50 Absatz 4.~~

2-4 [unverändert]

Abstimmung

2020.SR.000383: Antrag Büro

Annahme

Ja	54
Nein	0
Enthalten	0

Namensliste 007

Präsident: Der Antrag ist angenommen worden. Wir stimmen ab über den so bereinigten Vorschlag.

Abstimmung

2020.SR.000383: bereinigt

Annahme

Ja	54
Nein	0
Enthalten	1

Namensliste 008

Präsident: Ihr habt die GRSR-Revision fast einstimmig gutgeheissen. Wir kommen zum Traktandum Nummer 5.

2020.SR.000199

**5 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Timur Akçasayar, SP):
Landwirtschaftsbetriebe und -flächen in Bern auf biologische Nutzung umstellen**

Präsident: Das ist eine reduzierte Debatte. Es ist eine Motion der SP/JUSO-Fraktion. Die ist vom Gemeinderat bestritten. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass der Punkt Nummer 2 zurückgezogen worden ist. Ich übergebe das Wort den Einreichenden. – Wer kommt für die SP/JUSO?

Kommt jemand von der SP/JUSO oder verzichtet ihr? – Ihr verzichtet. In diesem Fall wären wir bei den Fraktionsvoten. Da käme Alexander Feuz von der SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Vielleicht vorab: Ich bin einer, der durchaus Bioprodukte kauft. Bioweine vertrage ich besser als australische und chilenische, wegen meiner Lebensmittelallergie und was die Konservierungsstoffe anbelangt, aber – und jetzt kommen wir für mich zum ganz entscheidenden Punkt. Die Ziffer 2 ist schon zurückgezogen worden, aber also Ziffer 1 und 3 gehen uns einfach zu weit. Denkt immer daran: Wir haben einen Pächter. Der ist selbstständigerwerbend. Der muss auf eigenes Risiko machen und dann gibt es Viehrassen, die sich für Milchwirtschaft eignen und es gibt solche, die mehr für Fleisch sind. Ich selber, der nicht gerne Milch hat, habe lieber Fleischrassen. Aber ihr könnt nachher nicht, wenn ein Pächter einen Pachtvertrag abgeschlossen hat, nach Jahr und Tag plötzlich alles umstellen wollen, damit es anders herauskommt. Dann hat er die Investitionen. Wenn er Tiere hat, die sich eben für gewisse Sachen nicht eignen, soll er dann die Tiere alle erschiessen und abtun und neue kaufen? Nächster Punkt: Wenn ihr einen Biobetrieb habt, so viel weiss auch der

Feuz von der Landwirtschaft, braucht ihr gewisse Gerätschaften, um gewisse Sachen eben speziell zu machen und wenn ihr die nicht habt, müsst ihr die neu anschaffen. Und jetzt ist eben für mich immer das gleiche: Sie sagen immer, der Hauseigentümer dürfe den Mietern nicht zu viel vorschreiben. Und ausgerechnet hier geht ihr viel zu weit und wollt hier eingreifen in Sachen. Ich bin auch der Meinung, das ist das, was ich immer sage: die 80/20-Regel. Ich sage nicht, dass man industrielle Landwirtschaft machen muss. Ich habe selber auch lieber Bioeier als irgendwelche holländischen Batterie-Legehühnereier, die ich nicht gut finde. Aber ihr dürft nicht dem Pächter all das nachher vorschreiben. Das geht doch nicht. Ihr greift nachher in seine wirtschaftliche Existenz ein. Ihr macht Vorschriften. Und vor allem, wenn er den Parkvertrag abgeschlossen hat, könnt ihr nachher nicht die Räder wechseln am fahrenden Auto. Und ich bin der Meinung, das sieht man schon in der Elfenau, einem Betrieb, den ich durchaus immer gerne habe, wo man einfach dann sieht, wenn dann der Pächter alles machen und alle Leistungen und Sachen zahlen muss, dann wird es dann sehr teuer und komplex. Und dann frage ich mich, wo das ist. Und darum lehnt die SVP ganz klar auch Punkt 1 und 3 ab, weil das eben ein Weg in die falsche Richtung ist – eine dirigistische Sache. Macht hier nicht eine rot-grüne Verbots- und Bevormundungspolitik. Lasst die Leute wirtschaften. Dagegen, dass man die Leute ermuntert, auf Bio umzusteigen, habe ich gar nichts. Aber dieser Vorstoss geht zu weit. Kein Wunder, dass eben die Stadt immer rote Zahlen hat, wenn man immer alles umschreibt. Bevor die Investitionen abgeschrieben sind, will man alles wieder auf den Kopf stellen. Darum sind wir hier dagegen. Kein Nein zu Bioprodukten, ganz und gar nicht, aber differenziert. Lest den Vorstoss genau und stimmt richtig ab. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alexander Feuz. Als nächstes Mirjam Arn vom GB/JA!

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Ja, irgendetwas muss ja dran sein an der Qualität der Bioprodukte, wenn das meine Vorredner auch bevorzugen.

Die Biolandwirtschaft ist aus zahlreichen Gründen ein wichtiger Schritt in die Richtung nachhaltige Landwirtschaft. Tierschutz, Boden, Wasserqualität, Biodiversität, Klimaschutz und eben auch die Qualität des Lebensmittels sind nur einige davon. Die Förderung der biologischen Landwirtschaft ist insbesondere auch aufgrund der stadteigenen Bauernhöfe eine Aufgabe der Stadt. Wir verstehen die Argumentation des Gemeinderats in Bezug auf die verpachteten Einzelflächen, aber wir unterstützen den Vorstoss in allen Punkten. Eine geringe Einflussmöglichkeit der Stadt, wie der Gemeinderat schreibt, ist kein guter Grund für eine Ablehnung dieser Motion. Und die Stadt muss sich so weit wie möglich zur Erreichung der Klimaziele und zur Unterstützung einer fortschrittlichen Landwirtschaft, für die Förderung der Biolandwirtschaft einsetzen und weitere Möglichkeiten prüfen zur Schaffung von Anreizen, abgesehen von den Direktzahlungen.

Präsident: Merci vielmals, Mirjam. Dann käme als nächstes Timur Akçasayar von der SP/JUSO-Fraktion.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Heute geht es ein bisschen zackig, liebe geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Unser Vorstoss steht ja auch im Einklang mit der Ernährungs- und Klimastrategie des Bundes und der Biooffensive des Kantons Bern. Wie so oft braucht es einen staatlichen Impuls wie Anreize oder manchmal sogar Verbote, damit es in der Gesellschaft, in der Wirtschaft zukunftsfähig bleibt. Denn der Markt regelt eben nicht immer alles im Interesse der Menschen und der Natur. Das Problem

der intensiven Landwirtschaft ist nicht, dass sie in einem Wohngebiet zu Konflikten führen kann, sondern dass sie eben nachweislich unsere Lebensgrundlage zerstört. Zugegeben, es hat sich vieles verbessert in den letzten Jahrzehnten, aber die bisherigen Anstrengungen sind leider nicht genug. Denn wäre es genügend, so würden zum Beispiel nicht etliche Bienenvölker aussterben.

Alle Anbauformen haben ihre Vor- und Nachteile. Aber es ist klar: Die biologische Landwirtschaft kann einiges dazu beitragen, dass unsere Ernährungssicherheit und Lebensgrundlage geschützt werden, auch wenn sie ein bisschen arbeitsintensiver und – salopp gesagt – ein bisschen eine mühsamere Anbauform ist.

Uns Einreichenden der SP/JUSO-Fraktion ist bewusst, dass die Zugehörigkeit zu einem Label nicht für alle Bauern und Bäuerinnen erschwinglich ist, denn ein Label bedeutet auch immer einen zusätzlichen Aufwand. So kann es auch sein, dass ein kleiner Hof sich Mühe gibt, biologisch anzubauen, aber nicht zertifiziert ist. Auch muss aus unserer Sicht berücksichtigt werden, wann und wie eine Umstellung sinnvoll ist und welche Massnahme tragbar ist. Darum ist es auch zentral, dass man zusammen mit den Betroffenen den Weg geht und zusammen eine nachhaltige Landwirtschaft realisieren kann. Beim Punkt 1 der Motion, den der Gemeinderat zur Annahme empfiehlt, geht es um die Eigentümerverantwortung der Stadt Bern und wie wir den Boden bewirtschaften wollen. Es ist richtig, dass wir in der Stadt jeden freien Quadratmillimeter im Strassenraum und die urbanen Areale mit mindestens 15% biodiversen Flächen gestalten wollen. Aber die Bemühungen für die Biodiversität bringen nicht viel, wenn die Landwirtschaft weiterhin konventionell wirtschaftet.

Aufgrund der Antwort des Gemeinderats zum Punkt 2 – ihr habt es schon gehört – ziehen wir den Punkt zurück, denn wir teilen die Meinung des Gemeinderats. Kommen wir noch schnell zum Punkt 3 der Motion. Wir können den privaten Eigentümern alleine nicht vorschreiben, wie sie zu wirtschaften haben. Das liegt ausserhalb unserer Gemeindekompetenz. Aber wir können Hand bieten für Lösungen und Anreize. Uns Einreichenden ist bekannt, geschätzter Gemeinderat, dass Bund und Kanton für Direkt- und Ausgleichszahlungen zuständig ist und dass die Stadt deshalb keine zusätzlichen Anreize schaffen kann, um private Betriebe umzustellen. Aber es ist als Antwort auf diesen Vorstoss sehr, sehr mager und wir sind eigentlich nicht zufrieden mit dieser Antwort, denn die Antwort ist keine Begründung für eine Ablehnung. Darum werden wir diesen Punkt als Postulat umwandeln, damit auch ein bisschen weiter überlegt und über die Stadtgrenze nach Mühleberg und Köniz geschaut wird. Auch könnte die Verwaltung einmal beim Kanton, der eine Biooffensive gestartet hat, nachfragen, welche Möglichkeiten die Gemeinde hat.

Präsident: Also Wandlung in ein Postulat habe ich mitbekommen Danke vielmals, Timur.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Natürlich muss auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten zum Umweltschutz. Oftmals wird aber verkannt – und ich bin jetzt sogar positiv überrascht über das Votum meines Vorredners –, was eben die Landwirtschaft schon leistet. Aber was noch häufiger verkannt wird, ist, wie schwierig es für die Landwirtschaft manchmal ist zu leisten. Ich habe das Gefühl, es gibt Leute, die so ein bisschen im Glauben leben, dass man hurtig einen Betrieb umstellen kann, dass das etwas ist, das man einmal von der einen Saison zur anderen machen kann. Aber es ist nicht der Fall. In der Landwirtschaft einen kompletten Betrieb umstellen, ist ein mehrjähriger Prozess. Es ist ein sehr aufwändiger Prozess. Und es ist ein Prozess, der eben nicht an ein einzelnes Label gekoppelt sein kann und bei dem dann vielleicht der Stadtrat in

4 Jahren das Gefühl hat, jetzt gibt es noch ein neueres Label, jetzt soll man dann noch gerade auf dieses wechseln. Das ist nicht wie bei einem Velo-Mechaniker, der irgendwie das Gefühl hat, es gibt eine neue Marke auf dem Markt und dann nimmt er die auch noch in sein Sortiment.

Mir ist leider nicht ganz klar, wieso die Einreichenden die an sich intelligente Einschränkung bei Punkt 2, dass erst beim nächsten Pachtwechsel oder bei der nächsten Vertragserneuerung ein Wechsel vollzogen werden soll, nicht auch bei Punkt 1 gemacht haben. Das ist mir schleierhaft und das ist der Grund, wieso wir den Punkt 1 ablehnen werden. Ihr könnt nicht bei einem bestehenden Pachtvertrag einfach schnell an einem Donnerstagabend entscheiden, dass der jetzt ein neues Label zu beachten habe. Noch einmal: Das ist ein enormer Prozess, der auch mit Kosten verbunden ist, bei dem ihr nicht einfach in einem laufenden Pachtvertrag eingreifen und dem Pächter das so aufdrücken könnt. Immerhin stimmen wir jetzt punktweise ab. Ich hoffe inständig, dass Punkt 3 abgelehnt wird, auch als Postulat. Wir sind als Stadt für vieles zuständig. Wofür wir aber definitiv nicht zuständig sind, ist die Agrarpolitik. Und inwiefern die Stadt Bern mit ihren knappen Ressourcen in anderen Gemeinden Vorbildfunktion spielen soll oder sogar dem Kanton Bern, der seine Arbeit in diesem Bereich äusserst gut macht gehen, diktieren soll, was der zu machen habe, ist mir äusserst schleierhaft. Schuster bleib bei deinen Leisten. Ich bitte euch, im Minimum sicher auch den Punkt 3 abzulehnen. Wie gesagt, es ist weder unsere Kompetenz noch haben wir die Ressourcen, den zu erfüllen.

Präsident: Merci vielmals, Tom Berger ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten?

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte insbesondere Tom Berger danken, der die juristischen Aspekte hat einfließen lassen. Für mich ist einfach wichtig – lest auch noch den Artikel heute in der Berner Zeitung – und eben der Pächter weist genau auf die Problematik hin. Im Vortrag des Gemeinderats steht es ganz anders. Wenn ihr das lest, könnte man meinen, er sei auch völlig einverstanden und es fänden Gespräche statt. Wenn ihr zwischen den Zeilen lest, das ist natürlich immer eine verrückte Situation, denn der Pächter, der an seinem Heimet hängt, muss etwas machen, weil er sonst riskiert, den Pachtvertrag zu verlieren oder nicht verlängert zu werden.

Das darf doch nicht sein. Und denkt daran: IP ist auch schon etwas Vorbildliches. Und wenn wir jetzt gerade bei der Vorbildfunktion sind, dann bin ich hier fast ein bisschen wie der alte Kato in Karthago. Und man fliegt nach Südafrika und sagt, Klimaschutz sei im Sinne und Interesse der Stadt. Und beim Bauernbetrieb wollt ihr dann päpstlicher sein als der Papst. Das geht nicht auf. Darum ganz klar Nein zu diesem Vorstoss, auch in Postulatsform. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alexander Feuz. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Votum Herr Gemeinderat Michael Aebersold. Du müsstest dann unterwegs noch schnell drücken.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Erstens: Entschuldigt die Verspätung. Ich habe etwa vor 10 Minuten im Büro noch geschaut und da seid ihr bei Traktandum 1 gewesen. Das ist jetzt also extrem schnell gegangen. Ich habe schon befürchtet, dass ich Alexander Feuz nicht höre. Zum Glück bist du noch einmal nach vorne gekommen, so dass ich dich zu dem Geschäft noch hören durfte. Bezüglich biologischer Landwirtschaft will ich zuerst einmal betonen, dass die Stadt Bern den Tatbeweis erbringt, dass es uns wichtig

ist, den Umstieg zu schaffen bei den eigenen Betrieben. Wir haben das Weingut auf Bio umgestellt. Bei der Elfenau sind wir dabei, dort wirklich auch einen vorbildlichen Biobetrieb zu machen. Und wir sind auch da im Gespräch. Es hat jetzt einen Pächterwechsel gegeben. Wir werden hier im Gespräch bleiben, um zu schauen, wie schnell wir da weitere Schritte machen können. An uns liegt es ganz sicher nicht.

Entsprechend sind wir ja bereit, den Punkt 1 als Richtlinienmotion anzunehmen. Die Punkte 2 und 3 bitte ich euch – 2 ist jetzt zurückgezogen? Merci vielmals –, aber 3 bitte ich euch wirklich abzulehnen.

Wir haben Fachkräftemangel, wir haben FIT (Finanzierungs- und Investitionsprogramm) mit Sparmassnahmen. Unsere Leute drehen zum Teil heute wirklich im orangefarbenen oder im roten Bereich und die Stadt Bern hat jetzt einfach wirklich nichts zu melden. Also Landwirtschaftspolitik wird im National- und im Ständerat gemacht. Auch der Kanton hat wenig zu sagen. Ich weiss weiss Gott nicht, was wir da machen wollen, ausser noch einmal einen Bericht schreiben, obwohl wir eben die Zeit für anderes brauchen könnten. Also bitte, überweist Punkt 1, lehnt 3 ab. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Michael Aebersold. Wir sind in diesem Fall bereit für die Abstimmung. Wir stimmen ab über den Punkt Nummer 1 als Richtlinienmotion.

Abstimmung

2020.SR.000199: Punkt 1 als Richtlinie		
Annahme		
Ja	51	
Nein	11	
Enthalten	0	Namensliste 009

Präsident: Ihr habt dem zugestimmt. Nummer 2 ist wie erwähnt zurückgezogen. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 3 als Postulat.

Abstimmung

2020.SR.000199: Punkt 3 als Postulat		
Annahme		
Ja	42	
Nein	22	
Enthalten	0	Namensliste 010

Präsident: Ihr habt dem Postulat zugestimmt.

2022.SR.000127

6 Postulat Fraktion FDP/JF (Simone Richner, FDP): Bevölkerungsnaher Service public; Effiziente Prozesse bei der Rechnungsstellung und im Zahlungsverkehr

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 6, ebenfalls in reduzierter Debatte. Das ist zur Annahme empfohlen. Meine Frage darum: Ist das bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann wäre hier die Möglichkeit, wenn gewünscht, für Einreichenden

für eine kurze Erklärung. – Ihr verzichtet. Dann würden wir hier, ausser der Herr Gemeinderat möchte noch etwas sagen, direkt zur Abstimmung schreiten. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir hier zur Abstimmung.

Abstimmung

2022.SR.000127		
Annahme		
Ja	58	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 011

Präsident: Sie haben dem Postulat einstimmig zugestimmt. Merci vielmals.

2023.SR.000025

7 Interfraktionelle Motion FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP, GFL/EVP, GB/JA! (Milena Daphinoff, Mitte/Florence Schmid, JF/Marcel Wüthrich, GFL/Franziska Geiser, GB/Gabriela Blatter, GLP): Governance-Regeln für die Aufnahme von Finanzdarlehen

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 7, ebenfalls in reduzierter Debatte. Das ist eine interfraktionelle Motion der FDP,- Mitte-, GLP-, GFL- und GB/JA!-Fraktionen. Die ist ebenfalls zur Annahme empfohlen. Darum frage ich: Ist das bestritten? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein, dann hätten hier die Einreichenden noch, wenn gewünscht, die Möglichkeit für eine kurze Erklärung. – Das scheint auch nicht der Fall zu sein, dann würden wir auch hier direkt zur Abstimmung schreiten – als Richtlinienmotion.

Abstimmung

2023.SR.000025: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	61	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 012

Präsident: Die ist einstimmig angenommen worden.

2019.SR.000243

8 Motion Thomas Glauser/Janosch Weyermann (SVP): Als Respekt für die Aktivdienstgeneration: Wiederinstandstellung des Wehrdienst-Ehrenmals bei der Inneren Enge

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 8. Das ist eine normale Debatte und eine Motion von Thomas Glauser und Janosch Weyermann, SVP. Die ist auch zur Annahme empfohlen. Ich frage darum in die Runde: Ist sie bestritten? – Sie ist bestritten. Dann hat das Wort für die Einreichenden Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Einreichenden: Ich kann es recht kurz machen. Es erstaunt mich, dass das bestritten ist. Es ist alles erfüllt. Es ist relativ schnell gegangen. Die Stadt hat dort für einmal schnell gehandelt und die Verunreinigungen entfernt, was uns sehr freut. Und ich hoffe, dass es künftig nicht zuerst eine Motion braucht, damit etwas geht, sondern dass man von sich aus schnell aktiv wird und solche Schmierereien auf solchen Denkmälern, die wichtig sind, entfernt. Darum gibt es gar nicht mehr zu sagen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Janosch. Wir wären bei der Fraktionsvoten. Anna Leissing von GB/JA!

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die Motionäre fordern, dass das Wehrdienst-Denkmal an der Engestrasse gereinigt werden soll. Der Gemeinderat hat das schon gemacht und damit die Forderung der Motion erfüllt. Man könnte also einfach schweigen und den einen oder anderen Knopf drücken. Die Motion und ihr Anliegen, aber vor allem auch die verwendete Sprache erfordert aber, dass man hier nicht einfach schweigt. Es ist wichtig klarzustellen, dass der Blick auf die Vergangenheit – konkret auf die beiden Weltkriege und die Rolle der Schweiz, so wie es in dieser Motion zum Ausdruck kommt – problematisch ist. Es ist wichtig, weil sich die Denkmäler eben nicht nur auf die Vergangenheit beziehen, sondern auch die Gegenwart und die Zukunft mitprägen. Im Inventar der Armee- und Kriegsdenkmäler der Schweizer Armee ist zu lesen: «Es – also das Denkmal – bezieht die Zukunft mit ein, indem es Anspruch hat, die jeweilige Erinnerungsleistung auf Dauer zu generieren und den verkörperten Werten allgemein Gültigkeit zuzuschreiben.» Wie ihr euch vorstellen könnt, sind die Werte, die im Wehrdienst-Denkmal verkörpert werden aus heutiger Perspektive weit davon entfernt, Allgemeingültigkeit beanspruchen zu können. Der Mythos, die Schweiz sei dank den wehr- und heldenhaften Soldaten an der Schweizer Grenze nicht von Nazideutschland angegriffen worden, ist schon lange entzaubert. Mittlerweile gibt es zahlreiche Studien zu den Verstrickungen der Schweiz mit den Nationalsozialist*innen über den Finanzplatz, über die Steuerpolitik, den Handel, die Waffenproduktion, die Flüchtlingspolitik und etablierte rechtsextreme und antisemitische Kreise. Ausserdem erwecken die Motion und auch das Denkmal selber den Eindruck, unzählige Schweizer Soldaten seien während des Weltkriegs gestorben, weil sie, wie in der Motion gesagt wird, ihr Leben für das Überleben und die Freiheit der Schweiz gaben. Tatsache ist – und auch hier zitiere ich aus dem vorher erwähnten Inventar der Armee und Kriegsdenkmäler - Tatsache ist, dass in Ermangelung echter Kriegstoter auch krankheitshalber Verstorbene zu den Gefallenen gezählt wurden. «Von 1939 bis 1945 starben 4'050 während der Dienstzeit, davon 2'759 durch Krankheit, 968 durch Unfall und 323 durch Suizid.» Auch wenn man letztere aus meiner Sicht, also Soldaten, die sich das Leben genommen haben, durchaus als Opfer von Militarisierung, Dienstpflicht und Krieg betrachten kann. Und nochmal für alle, die jetzt nicht mitgerechnet haben: Kein einziger der Soldaten, die zwischen 39 und 45 im Dienst gestorben sind, ist im Kampf um die Schweizer Grenze getötet worden. Ein Wehrdienst-Denkmal wie das in der Inneren Enge erweckt da einen ganz anderen Eindruck. Ein Denkmal, das ein verzerrtes und revisionistische Geschichtsbild und eine Verherrlichung von Krieg und Armee portiert, gehört aus unserer Sicht nicht gereinigt, sondern entfernt und in ein Museum gestellt, wo es kontextualisiert werden kann, damit die Geschichte, die wir uns über die Vergangenheit erzählen, sich auf aktuelle geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse abstützt, damit die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden.

Die GB/JA!-Fraktion lehnt die Motion darum klar ab und lädt den Gemeinderat ein, das und weitere militärische Denkmäler in der Stadt Bern nicht einfach zu reinigen, sondern kritisch zu reflektieren, ob und in welcher Form solche Denkmäler im öffentlichen Raum der Stadt Bern heute noch am richtigen Platz sind. Merci vielmal.

Präsident: Merci vielmals Anna. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Alexander Feuz von der SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte zuerst dem Gemeinderat einmal danken. Ich fahre dem Gemeinderat häufig auch an den Karren, aber er hat ein Denkmal gereinigt. Das Anliegen der Motionäre ist erfüllt. Aber eins müssen wir trotzdem noch wissen: Das ist nicht ein Denkmal für Krieger. Denkt daran, es hat im ersten Weltkrieg viele Grippetote gegeben unter den Soldaten. Ihr könnt mal nachlesen, wie viele. Die waren teilweise schlecht untergebracht. Es hat vor allem einen Haufen Junge und häufig eben nicht die Schlechtesten genommen. Es hat einen Haufen junge, gesunde Leute genommen. Und im zweiten Weltkrieg – ihr wisst, ich bin militärgeschichtlich interessiert – haben Schweizer Piloten im Kampf gegen die Flieger der deutschen Luftwaffe im Jura den Tod gefunden. Und dass man sagt, man solle das Denkmal nicht mehr pflegen, finde ich einen Affront. Denkt daran, die Rütli-Rapport-Armee wäre bereit gestanden in dieser Zeit. Dass es auch Elemente gab, die das anders sahen, will ich nicht in Abrede stellen. Aber denkt daran, die Armee ist dort hingestanden. Und dass man für die Leute ein Denkmal doch in einem einigermaßen würdigen, gereinigten Zustand hinterlässt, das ist eine Sache des Anstands. Sonst erwarte ich dann von euch, dass ihr einen Vorstoss macht, das Denkmal abzureissen oder was auch immer. Aber das wäre absolut der falsche Ansatz, aber es würde sich dann wahrscheinlich zeigen, auch ihr habt Leute, Grossväter, Urgrossväter, die an der Grenze gestanden sind, in dieser Zeit anderes gemacht haben, als sie gerne gemacht hätten. Und darum bitte ich euch wirklich, so abzustimmen, wie es der Gemeinderat beantragt hat. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alexander Feuz. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte ich auch hier das Wort, wenn gewünscht – Er verzichtet. Merci vielmals. Dann wären wir auch beim Traktandum 8 bereit zur Abstimmung. Wir stimmen ab über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2019.SR.000243: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	30	
Nein	28	
Enthalten	4	Namensliste 013

Präsident: Die ist angenommen worden. Wir nehmen entsprechend auch den Begründungsbericht ohne Abstimmung zur Kenntnis. Wir kommen zu den Traktanden Nummer 9 und 10. Diese beraten wir gemeinsam.

2020.SR.000048

9 Interfraktionelle Motion SVP, BDP/CVP, FDP/JF (Alexander Feuz/Ulrich Gränicher, SVP/Lionel Gaudy/Philip Kohli, BDP/Viviane Esseiva/Bernhard Eicher, FDP): Aufgabenüberprüfung bei sämtlichen Direktionen und Prüfung sinnvoller Synergien!

- Die Traktanden 9 und 10 werden gemeinsam beraten. -

Präsident: Die Nummer 9 ist eine interfraktionelle Motion von SVP, BDP, CVP, FDP/JF. Sie ist zur Annahme empfohlen. Ich frage: Ist sie bestritten? – Ja, die ist bestritten. Merci. Und Traktandum Nummer 10 ist ein Postulat der Fraktion FDP/JF. Hier geht es rein um den Prüfungsbericht. Gut. Ich übergebe hier das Wort den Einreichenden von Traktandum Nummer 9. Es spricht von der FDP/JF-Fraktion Vivianne Esseiva.

Vivianne Esseiva (FDP) für Einreichenden: Ich spreche vor allem zum Postulat von Bernhard Eicher wegen der städtischen Überprüfung der Aufgaben. Wir legen euch hier wirklich ans Herz, den Prüfungsbericht abzulehnen, denn es wird nicht auf unsere Fragestellungen eingegangen. Und hier muss der Gemeinderat wirklich noch einmal über die Bücher. Es ist zwar eine schöne Antwort auf 2 Seiten, aber sie gibt zu wenig her. Auf unsere Fragen wird gar nicht eingegangen. Da muss man wirklich noch einmal über die Bücher, wirklich noch einmal genau prüfen, welche städtischen Aufgaben gebunden sind, sozusagen, welche zwingend sind durch die öffentliche Hand, welche man weiterdelegieren oder streichen kann. Besten Dank.

Präsident: Danke vielmals, Vivianne. Dann hätten jetzt das Wort die Einreichenden zum Traktandum Nummer 10. Es geht hier um einen Prüfungsbericht. – Auch schon gemacht. Merci vielmals. Dann hätten jetzt die Fraktionen das Wort. Alexander Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Für uns ist ganz klar, dass man der Motion und dem Postulat zustimmt. Ich bin wirklich der Meinung, ihr habt gesehen, was wir dazu gesagt haben. Ihr habt auch die Antwort des Gemeinderats gesehen. Ich bin wirklich der Meinung, dass man die Sache überprüfen sollte. Denkt daran. Ihr seht es wieder um, es sind Vorstösse aus 2020 respektive einer sogar aus 2017. Damals waren die Zahlen noch besser. Ihr seht, was wir jetzt für ein Budget haben. Umso mehr scheint mir, dass man eben eine systematische Überprüfung vornehmen muss, gerade im Hinblick auf die Budgetdebatte. Setzt ein Zeichen, und wenn ihr das ablehnt, dann weiss der Steuerzahler eben, dass man nicht sparen will und nichts überprüfen will. Merci.

Präsident: Merci vielmals. Dann käme als nächstes für die SP/JUSO-Fraktion Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Sorry für die Verzögerung, ich bin da gerade involviert gewesen. Es sind ja 2 Vorstösse, die wir zusammen verhandeln: der über die Aufgabenüberprüfung bei sämtlichen Direktionen und von sinnvollen Synergien und die systematische Überprüfung der städtischen Aufgaben. Zuerst zu dieser systematischen Überprüfung: Das ist ja ein uralter Vorstoss aus 2015, der mehrfach verlängert worden ist, und so, wie dann die Aufgabenüberprüfung formuliert gewesen ist, hat das ein bisschen einem neoliberalen Credo entsprochen im Sinn, der Staat soll

eigentlich nur Aufgaben übernehmen, die die Privaten überfordern, wie zum Beispiel die Feuerwehr, und sonst soll man es auch den Privaten delegieren mit dem Effekt, dass die vor allem in den Bereichen, in denen man Gewinne machen kann, in die Bresche springen; mit dem Hintergedanken, dass, wenn man natürlich weniger Staat hat, man auch weniger Steuern hat und entsprechend den Aufwand und die Steuern senken kann. Mit dieser Logik werden alle Teile des Service public verhandelbar. Und so lassen wir als SP/JUSO-Fraktion nicht mit uns handeln. Das ist Schnee von gestern, das gehört eigentlich auf den Müllhaufen der Geschichte. Wenn wir den Prüfungsbericht trotzdem annehmen, dann deswegen, weil uns der Gemeinderat deutlich gezeigt hat, in welcher Logik er eine systematische Aufgabenüberprüfung macht und die ist nicht davon bestimmt, was verhökert werden soll, sondern wie der Service public möglichst effizient angeboten werden kann. Das ist eine Methodik, die uns gefällt. Wir sind nämlich der Ansicht, dass wir Strukturen brauchen, die möglichst viele Steuereinnahmen direkt an die Nutzniesser*innen vor Ort leiten sollen, in die Schulen, in die sozialen, kulturellen Angebote, in den Unterhalt der Infrastruktur etc. Die Verwaltung selber soll schlank und knapp sein und ihre Steuerungsaufgaben mit einfachen Prozessen meistern. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat seine Auslegeordnung weniger unter dem Druck des Postulats gemacht hat als unter den komplexen finanziellen Verhältnissen, die in den letzten Jahren geherrscht haben. Abrupt sinkende Steuereinnahmen und Corona haben vor einiger Zeit den städtischen Haushalt in Schwierigkeiten gebracht, was den Gemeinderat veranlasst hat, verschiedene FIT-Programme aufzusetzen, die jährliche Entlastungen in der Grössenordnung von 40 Mio. Franken bringen. Der Gemeinderat sieht sich auf Kurs. Wir müssen aber auch feststellen, dass die finanziellen Bäume weiterhin nicht in den Himmel wachsen und deswegen die städtischen Aufgaben auch weiterhin unter einer genauen Beobachtung stehen. Zur interfraktionellen Motion der SVP und anderer bürgerlicher Parteien: Ja, haben wir gedacht, das ist hübsch, wenn ihr noch ein Ausrufezeichen hinter euren Vorstoss stellt, um dem Gewicht und Geltung zu verschaffen, und nachher wird der ganze Vorstoss irgendwo im Strom der Zeit aufgerieben, denn auch dieser Vorstoss stammt aus der Zeit vor Corona. Das Thema der effizienten Verwaltung ist ein Dauerthema und wird von allen Seiten gespielt. Während bürgerliche Politiker*innen eher nach Möglichkeiten suchen, die öffentliche Verwaltung zu reduzieren und gewinnbringende Teile – das habe ich schon gesagt – an Private auszulagern, ist es für uns wichtig, einen guten Service anzubieten. Wir werden uns vermutlich da auch nie einig.

In seiner Antwort geht der Gemeinderat nicht auf die grundsätzlichen Fragestellungen ein, sondern erklärt anhand der konkreten Situation, wie sich eine 2020 gestellt hat, wie er ein Thema anpackt. Eben, es war Corona. Der Gemeinderat hat schnell reagiert, verschiedene Sparpakete gemacht und mit denen Druck aus dem Finanzhaushalt genommen. Das ist nicht gegangen ohne vertiefte Aufgabenüberprüfung – und wir wollen jetzt nicht all die Massnahmen aufzählen, die der Gemeinderat ergriffen hat. Sie haben durchaus Kontroversen und Widerstand verursacht und sind auch nicht für uns alle haltbar gewesen. Aber der Gemeinderat hat sein Ziel im Grossen und Ganzen umsetzen können.

Stand heute gehen wir davon aus, dass die Forderung der Motion eigentlich erfüllt ist, aber da es sich um eine Daueraufgabe handelt, kann sie ja nie ganz erfüllt sein.

Angesichts der weiterhin komplexen Finanzlage bleibt dem Gemeinderat auch nichts anderes übrig, als weiterhin die Strukturen der Verwaltung und den Umfang der Leistungen zu überprüfen, denn er ist schliesslich für den Finanzhaushalt der Stadt verantwortlich. Aus Sicht der SP/JUSO ist es wichtig, ich wiederhole mich, dass möglichst viel Geld direkt bei denen ankommen, die wir als Zielgruppe definiert haben, und dass der

Apparat, der die Gelder verwaltet, schlank und effizient bleibt. Und wir sind zuversichtlich, dass der Gemeinderat in dieser Logik handelt. Weil der Gemeinderat für das Anliegen der Motionär*innen offen ist, besteht für uns kein Anlass, nicht zu folgen und die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Johannes. Dann käme ja als nächstes Ursina Anderegg von GB/JA!

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Mein Vorredner hat es ja eigentlich schon gesagt und umso erstaunlicher ist es aber, dass die SP trotzdem annehmen will. Die Vorstösse sind Schnee von gestern. Wir haben Jahre hinter uns, in denen wir riesige Sparpakete schnüren mussten und hier drin recht hart darum gefightet haben, was dort alles reinkommt und was nicht. Und der Vorlauf zu diesen Sparpaketen war ein massiv aufwändiger Prozess, den der Gemeinderat gemacht hat, mit dem die Verwaltung, die bei sich selber Stellen abschaffen musste, sehr lange beschäftigt war. Natürlich ist diese noch laufend daran, gerade wegen dem Spardruck, sich selber immer zu reflektieren. Und der Gemeinderat hat ja auch ein Auge darauf und der Spardruck ist immer noch da.

Wir verstehen darum nicht so ganz. Denn der andere Vorredner hat ja gesagt, dass es ihnen darum geht, aktuell wieder so eine Überprüfung zu machen. Und für uns ist das sicher kein gangbarer Weg, zum jetzigen Zeitpunkt, da wir wieder mehr Luft im Haushalt haben durch die Sparpakete, die wir geschnürt haben, jetzt wieder von vorne anzufangen und die Verwaltung, die sehr am Anschlag ist durch das, dass vor allem ihr sie auch abgebaut habt, jetzt mit riesigen Berichten zu belasten. Und wie gesagt, wir lehnen beide Vorstösse inhaltlich ab und wir bitten auch die SP, uns zu folgen und da nicht noch einem weiteren Sparpaket Vorschub zu leisten.

Präsident: Merci vielmals Ursina. Dann käme Tom Berger von der FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Johannes Wartenweiler, normalerweise schätze dich extrem für deine oft sehr differenzierten Voten. Heute Abend gehört definitiv nicht dazu. Andere Meinungen und Andersdenkende so zu bezeichnen, dass ihre Ideen und ihre Vorschläge auf die Müllhalde der Geschichte gehören. Nachdem dieses Parlament hier ein Postulat mit knapper Mehrheit halt gegen den Willen der SP/JUSO überwiesen hat, finde ich es äusserst despektierlich gerade in einem Parlament, wo man immer äusserst viel Wert darauflegt, dass jedes Wort sehr exakt und politisch korrekt ist. Man kann schon sagen, dass es neo-liberal ist, wenn sich ein Staat und eine Stadt wie Bern auf ihren Kernauftrag fokussieren soll. Nur steht das genauso in unserer Gemeindeordnung. Und die Gemeindeordnung gilt. Artikel 22 Schranken des staatlichen Handels sagt genau das, dass die Stadt eben nur dort handeln soll, wo es Private nicht selber können oder wo ein öffentliches Interesse besteht. Was ein öffentliches Interesse ist, dass muss politisch ausgehandelt werden können. Johannes Wartenweiler hat etwas sehr Schönes gesagt. Sie bei der SP/JUSO definieren die Zielgruppen, für die wir als Staat nachher mit Steuergeldern Angebote schaffen sollen. In anderen politischen Kreisen würden wir das als Klientelismus bezeichnen oder sogar an der Grenze zur Korruption verorten. Damit wir überhaupt wissen als Parlament, was die Verwaltung macht und wo wir steuernd eingreifen können, müssten wir eben wissen, was sie tut. Der Verweis auf FIT II bei der Antwort auf das Postulat erfüllt aus mehreren Gründen einfach nicht den Auftrag, den wir ursprünglich als Stadtrat gegeben haben. Zum einen

aus dem einfachen Grund, dass auf den FIT II-Listen, die die Verwaltung dem Gemeinderat vorgelegt hat, ursprünglich Massnahmen waren, die noch um rund 30 Mio. Franken weitergegangen wären.

Um was für Massnahmen sich das handelt, werden wir nie erfahren. Wir haben den Gemeinderat dazumal angefragt, ob wir die Liste, die als Antrag in den Gemeinderat gegangen war, sehen dürften. Und es ist abgelehnt worden mit dem Verweis darauf, dass das ja nur eine Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat gewesen sei und nur der Beschluss des Gemeinderats dem Öffentlichkeitsprinzip unterliege. Ehrlich gesagt ärgere mich ein bisschen, sind wir damals nicht einen Schritt weitergegangen und haben die Listen eben mit Berufung auf das Öffentlichkeitsprinzip eingefordert. Ich bin aber ehrlich gesagt auch ein bisschen erstaunt, dass kein Medienhaus und keine journalistisch aktive Person jemals nach dieser Liste gefragt haben.

Und nachher: Mit FIT II haben wir nicht eine einzige Stelle abgebaut, die notwendig wäre, uns den hier geforderten Bericht zu schreiben. Und ich finde es nachher schon jeweils an der Grenze zum Humoristischen, wenn man sagt, wir Bürgerlichen hätten Stellen abgebaut und darum sei die Verwaltung jetzt überlastet und ausgelastet und solle jetzt nicht mit unnötigen Berichten belastet werden, nachdem wir vor etwa einer Viertelstunde einen Bericht über die Agrarpolitik verlangt haben, der wirklich reine Arbeitsbeschaffung ist, weil wir dort nicht einmal eine Kompetenz haben. Hier geht es um nichts anderes, als dass wir als Parlament und als Legislative eine Übersicht bekommen darüber, was die Stadt macht und was nicht.

Dann können wir immer noch demokratisch aushandeln, ob wir das in der Ordnung finden oder nicht und ob unsere Zielgruppen, die wir definiert haben, dadurch befriedigt werden oder nicht. Merci.

Präsident: Merci, Tom. Dann käme als nächstes Francesca Chukwunyere von der GFL/EVP-Fraktion.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Wir werden beim ersten Traktandum annehmen und den Prüfungsbericht ablehnen, und zwar wegen folgendem: Wir finden eben genau, weil dieser Prüfungsbericht nicht auf die Grundsatzfragen eingeht, die gestellt werden, lehnen wir den ab. Und genau, weil darüber diskutiert werden muss, wer denn die Zielgruppe ist, an der sich die Verwaltungsaufgaben zu orientieren haben und was denn jetzt grundsätzlich als Verwaltungsaufgabe einer Stadt zu definieren sei, muss dieser Überprüfungsprozess eben ein ständiger Prozess sein. Und das ist auch ein weiterer Grund für uns, dass wir den Prüfungsbericht in dieser Form ablehnen. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Francesca. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? – Johannes Wartenweiler von der SP/JUSO.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Das gehört ja auch zur rhetorischen Form, dass man sagt, was man eigentlich nicht sagen will und das gleiche irgendwie meint. Und vorher ist in diesem Fall der Begriff der Zielgruppe aufgetaucht, die man mit anderen Worten als Klientelismus oder als Korruption bezeichnen könnte, was ich doch nicht so stehenlassen möchte, denn diese Zielgruppen sind nicht im weitesten Sinne das, was man hier unter dem Begriff wie man es dort drüben gelesen hat, vorstellen könnte. Unter der Zielgruppe stellen wir uns Eltern mit Kindern, alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Gewerbler, Migrant*innen und Mieter*innen, alle Menschen in dieser

Stadt, die Bedürfnisse haben, die legitim sind, vor, ohne dass ich jetzt jemandem speziell etwas zuschanzen möchte, was ich den anderen vorenthalten möchte. Sorry, das sind Zielgruppen, von denen ich vermute, dass sogar ihr dahinterstehen könnt bei dieser Definition. Merci

Präsident: Merci vielmals. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Wort hier, wenn gewünscht, Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Es sind ein bisschen Vorstösse aus einer anderen Zeit, ein Postulat, zu dem wir jetzt einen Bericht haben, der mittlerweile abgeschlossen ist, zu dem es umfassende Berichterstattungen gibt darüber, was wir gemacht haben. Wir sind heute im Jahr 2023. In 2 Wochen kommt das Budget 2024 vor die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Wir haben in Aussicht gestellt, dass wir allenfalls weitere Massnahmen ergreifen müssen. Also von dem her ist das wirklich einfach etwas, das man jetzt schubladisieren kann. Und die Motion von 2020 und die Antwort von 2020: Jetzt ist es 3 Jahre später. Das ist einfach eines dieser Probleme. Auch das ist mit FIT an und für sich vom Tisch und damit erledigt. Die Frage der Zielgruppe: Da muss ich jetzt auch gerade ein bisschen sagen, dass ich staune. Wenn man eben über ein Schulhaus diskutiert, dann sind die Zielgruppe die Schülerinnen und Schüler. Wenn es um das Mietrecht geht, dann sind die Zielgruppen die Hauseigentümer*innen und die Mietenden. Wenn es um irgendetwas geht, gibt es da selbstverständlich immer zielgruppenspezifisch Projekten und Aufgaben. Aufzuzeigen, was jetzt wirklich notwendig ist, genau das ist doch die politische Diskussion und die wird bei jedem Geschäft da drin geführt. Die Diskussion, ob etwas notwendig ist oder nicht, wird je nach Hintergrund und Ausrichtung anders beurteilt und am Schluss wird nachher hier die Mehrheit entscheiden. Und auch die Frage der Synergien: Das machen wir täglich. Wir schauen, wo können wir besser und effizienter zusammenarbeiten. Also, das ist eigentlich ein ständiger Prozess, daher lasst diesen Bericht Bericht sein. Dann muss ich sagen, staune ich schon ein bisschen über die GFL, der ja auch der Stadtpräsident angehört, der doch auch in die Finanzpolitik, in die ganze Berichterstattung immer eingebunden ist und das eigentlich auch mitträgt. Wenn ihr jetzt wollt, dass man ein neues Berichtlein schreibt, überlegt euch noch das doch noch bis ihr zum Knöpfchen drücken kommt. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Michael Aebersold. Ich habe noch ein Ordnungsantrag vom GB/JA!. Es müsste sie noch jemand anmelden.

Ursina Anderegg (GB): Ich möchte nicht nur aus Ratseffizienzgründen und wegen des Pendenzenbergs, sondern einfach, weil ich es inhaltlich logischer finde, weil wir ja FIT jetzt schon gehabt haben, beantragen, dass wir die Motion, das Traktandum 9, heute noch abschreiben würden .

Ordnungsantrag

Ordnungsantrag Anderegg: Abschreiben der Motion

Präsident: Also wir stimmen jetzt nicht ab über den Antrag. Wir stimmen dann darüber ab, wenn wir über die Motion abgestimmt haben. Wir kommen in dem Fall jetzt zu der Abstimmung über Traktandum Nummer 9, Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2020.SR.000048: als Richtlinie

Annahme			
Ja	50		
Nein	15		
Enthalten	0		Namensliste 014

Präsident: Die Motion ist angenommen worden. Man würde in dem Fall jetzt gemäss dem Antrag über die Abschreibung abstimmen.

Abstimmung

2020.SR.000048: Abschreibung			
Annahme			
Ja	38		
Nein	29		
Enthalten	0		Namensliste 015

Präsident: Die Abschreibung ist angenommen worden. Wir kommen jetzt zum Traktandum Nummer 10.

2017.SR.000100

10 Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP) – übernommen durch Vivianne Esseiva (FDP): Systematische Überprüfung der städtischen Aufgaben; Prüfungsbericht

- Die Traktanden 9 und 10 werden gemeinsam beraten. Siehe Traktandum 9. -

Präsident: Die Abstimmung über den Prüfungsbericht.

Abstimmung

2017.SR.000100: Prüfungsbericht			
Annahme			
Ja	44		
Nein	22		
Enthalten	0		Namensliste 016

Präsident: Ihr habt dem Prüfungsbericht zugestimmt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 11.

2020.SR.000032

11 Motion Tabea Rai (AL), Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Geschlechterneutrale WCs und Garderoben in Neubauten und Gesamtanierungen der Volksschulen

Präsident: Das ist eine Motion der AL-PdA. Die ist zur Annahme empfohlen. Ich frage darum, ist die bestritten? Die ist bestritten, dann übergebe ich das Wort den Einreichenden. Für die Einreichenden käme Eva Chen.

Eva Chen (AL) für die Einreichenden: Liebe Anwesende, ich rede stellvertretend für Matteo, der das Geschäft übernommen und auch das Votum vorbereitet hat. Ich kann es kurzhalten, wir sind auf Kurs. Die Motion der AL-PdA, die fordert, in jedem neuen Schulgebäude eine Unisextoilette zu realisieren und in den Turn- und Sporthallen auch Unisexgarderoben zu errichten, überschneidet sich offenbar zu grossen Teilen mit dem Aktionsplan Gleichstellung, in dem auch Massnahmen zur Gleichstellung von queeren, Trans- und intergeschlechtlichen Menschen festgehalten sind. Wie wichtig das ist, hat die Stadt als Ganzes anerkannt, und der Aktionsplan nimmt langsam Fahrt auf, besser zu spät als nie. Dass das bei Sanierungsvorhaben aber eventuell nicht immer umsetzbar ist, ist einerseits schade und andererseits fraglich. Einerseits ist es klar, dass das je nach Fläche und räumlicher Aufteilung schwierig ist und dass je nach Bewilligungsverfahren die Bürokratie dem Ganzen einen Riegel vorschieben kann. Finanziell tragbar sollte es aber in jedem Fall sein. Wenn man Aktionspläne macht und dann nur umsetzen will, wenn es nichts kostet, dann macht man nicht vielmehr als Queerwashing. Insgesamt sind wir aber sehr froh, nimmt der Gemeinderat das Anliegen auf Papier zumindest ernst. Nehmen Sie die Motion an, dann finden wir heraus, wie ernst.

Präsident: Merci vielmals Eva Chen. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da käme für die SP-Juso-Fraktion Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Für nicht binäre und Transpersonen, in diesem Fall hier jetzt für nicht binäre und Transkinder, ist es wichtig, geschlechtsneutrale Toiletten und Garderobengebiete zu haben. Das Nutzen von binär geschlechtergetrennten Toiletten und Garderobengebieten ist für uns mit einer realen Gefahr der Gewalt, Diskriminierung und Stigmatisierung von anderen Nutzenden verbunden. Das kann von dummen Sprüchen bis zu Angriffen gehen. Besonders gefährdet sind transfeminine Personen. Auch alleine das Gefühl zu haben, bezüglich des eigenen Geschlechts von anderen Menschen bewertet zu werden, stresst, insbesondere in einem Schulsetting, wo man keine andere Ausweichmöglichkeit hat und es ein Grundbedürfnis ist, auf das WC zu gehen. Eine flächendeckende Einführung ist aus unserer Sicht relevant. Die Stadt Bern nimmt die Diskriminierungserfahrung von Trans- und nicht binären Personen ernst, insbesondere dank den Massnahmen vom Aktionsplan der Fachstelle für Gleichstellung. Der Aktionsplan sieht die Einführung von Universal-WCs und -Garderoben zudem nicht nur bei Schulanlagen vor und geht weiter. Das ist super und an dieser Stelle möchte ich dem Gemeinderat, der Fachstelle und allen beteiligten Akteur*innen meinen Dank ausdrücken. Nichtsdestotrotz fehlt es teilweise noch an durchdachten Lösungen. Das zeigt zum Beispiel die Situation in der Schwimmhalle im Neufeld. Es gibt dort zwar beim Eingang Universalgarderoben, um zu den Schwimmbecken zu gehen, müssten aber alle Menschen durch einen Dusch- und WC-Bereich laufen, der nur nach binären

Geschlechtern getrennt ist. Einen Universal-WC-Duschbereich, um zu den Schwimmbecken zu kommen, gibt es wahrscheinlich nicht oder er ist sehr, sehr schlecht auffindbar. Ich hoffe, dass das der Gemeinderat jetzt hier auch hört und aufnehmen kann und bei zukünftigen Projekten ein Auge darauf werfen kann, dass man vom Anfang bis zum Schluss die Rechte von nicht binären Menschen auch mitdenkt. Die SP-Juso-Fraktion wird aber die Motion annehmen.

Präsident: Merci vielmals Sofia. Dann käme Ursina Anderegg für das GB/JA.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Die GB-JA-Fraktion unterstützt die Motion natürlich, mit dem Anliegen, WC und Garderoben für alle mit möglichst hohem Schutz zugänglich zu machen. Mit dem können wir für viele Menschen die Lebensqualität massgeblich verbessern und es freut uns sehr, ist die Stadt in dem Thema schon aktiv geworden und schon einen Schritt vorangekommen. Wir haben es gehört, schon 2019 sind Massnahmen eingeplant worden im Aktionsplan Gleichstellung. Die Umstellung und Erstellung von gendergerechten Anlagen ist in einigen Fällen relativ einfach und kostengünstig zu machen, in anderen Fällen, vor allem bei bestehenden Gebäuden, das ist uns auch bewusst, eine recht komplexe Angelegenheit. Es braucht sehr viele konzeptionelle, bauliche und signalistische Überlegungen und es braucht den Willen von allen, die hier planen und bauen, diesen Aufwand auch zu betreiben. Darum ist es super, dass die Stadt mittlerweile schon ein Merkblatt erarbeitet hat, das übrigens mittlerweile auch als Best Practice für andere Institutionen dient, die sich daran orientieren können, weil das Thema wie gesagt relativ komplex ist. Die Antwort des Gemeinderats ist aber für uns ein bisschen dünn. Uns ist nicht ganz klar, mit wie viel Effort es dann wirklich vorwärtsgeht, auch bei Sanierungsprojekten, das tönt der Gemeinderat ja an.

Präsident: Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe, ich verstehe Ursina nicht mehr.

Ursina Anderegg (GB): Merci Michael. Wir fänden es wichtig, dass man auch bei Sanierungsprojekten und auch bei Gebäuden, bei welchen es nicht um Schul- und Sporträume geht, jetzt vorangeht, und zwar mit einem grossen Effort. Und auch wenn der Aufwand grösser ist und die Komplexität zum Teil gross ist, auch was den finanziellen Aufwand anbelangt, sollten gendergerechte WCs und Garderobenanlagen in den öffentlichen Gebäuden dieser Stadt zum Standard werden. Wir haben ja einen breiten Konsens, dass wir eine inklusive Stadt sein wollen, und Inklusion bedeutet halt auch immer wieder Mehraufwand der Mehrheit. Vielleicht könnte der Gemeinderat nachher darum noch kurz erläutern, wo er jetzt effektiv steht und wie er in Zukunft plant, dass dieser Standard hergestellt wird bei sämtlichen Bauprojekten und auch bei Sanierungsprojekten. Wir bedanken uns bei allen für die Unterstützung und bei den Motionärinnen für diese Motion.

Präsident: Merci vielmals Ursina. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Das Wort hat Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Nach der kürzlichen kalten Dusche sind das jetzt heute schon fast Streicheleinheiten, mit gewissen Inputs. Ich kann die Frage jetzt gerade nicht beantworten, das ist eine Motion. Es wird einem hier gesagt, warum so kurz. Ich glaube, das Commitment des Gemeinderats ist klar, wir wollen diese Punkte annehmen. Wir wollen das umsetzen und entsprechend werden wir das jetzt in Zukunft gerade

auch bei allen neuen Projekten umsetzen, und dort, wo sie umbauen, das sicher auch sehr seriös prüfen. Ich kann diese Frage jetzt hier aus dem Stand nicht beantworten, ich kann das gerne nachliefern. Ich habe auch das wegen des Zugangs mitgenommen. Es ist ja doch für alle noch etwas Neuland, auch dass man da an alles denkt. Wir werden sicher auch mit jedem Projekt besser. Entsprechend glaube ich, wichtig ist heute, dass Sie die Motion überweisen und wir damit den Auftrag dann auch in Stein gemeisselt haben.

Präsident: Merci vielmals, Michael. Wir wären auch bei diesem Traktandum bereit für die Abstimmung. Wir stimmen ab über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2020.SR.000032: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	50	
Nein	17	
Enthalten	1	Namensliste 017

Präsident: Sie haben die Motion angenommen. Wir kommen zum Traktandum Nummer 12.

2022.SR.000069

12 Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GFL/EVP, Mitte, SVP (Janina Aeberhard, GLP/Therese Streit-Ramseier, EVP/Manuel C. Widmer, GFL/Sibyl Eigenmann, Mitte/Alexander Feuz, SVP): Ein Gymnasium Bern-West als Lösung für die drohende Schulraumknappheit

Präsident: Das ist ein interfraktionelles Postulat von GLP/JGLP, GFL/EVP, Mitte und SVP, das bestritten ist durch den Gemeinderat. Ich übergebe darum das Wort den einreichenden Fraktionen. Da käme Janina Aeberhard von der GLP/JGLP-Fraktion.

Janina Aeberhard (GLP) für die Einreichenden: Den Einreichenden des Postulats zum Gymnasium Bern West ist bewusst, dass die Schulraumplanung sowohl für den Kanton, als auch für die Stadt Bern herausfordernd ist. Und genau darum ist eine frühzeitige und auch vorausschauende Planung enorm wichtig. Darum haben wir auch das Postulat eingereicht, damit die Stadt Bern sich bereits heute Gedanken darüber macht, wo im Westen von Bern unter der Berücksichtigung von Verkehr und städtischer Schulraumplanung ein zusätzlicher Standort für ein Gymnasium sinnvollerweise sein könnte. Bis 2030 wird gemäss Prognosen gymnasialer Schulraum für 21 Klassen fehlen. Das ist viel und eine grosse Herausforderung für den Kanton. Die Stadt Bern sollte unserer Meinung nach ein grosses Interesse daran haben, dass auf städtischem Gebiet genug Schulraum für Gymnasiumklassen vorhanden ist. Dass der Kanton einen allfälligen Bau eines weiteren Gymnasiums prüfen will, erscheint uns als optimale Gelegenheit, dass sich die Stadt Bern da proaktiv zeigen kann, sich gegenüber dem Kanton positionieren kann und sich für etwas einsetzen kann, das ihr wichtig ist, unter anderem auch für die Durchmischung und die Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich. Ich wage zu behaupten, dass die meisten hier drin zustimmen würden, dass der Westen von Bern

geografisch schlechter an die Berner Gymnasien angeschlossen ist als die übrigen Stadtteile. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort selber, dass im Westen von Bern theoretisch Potenzial vorhanden wäre und dass für konkretere Aussagen eben eine Standortevaluation nötig wäre, um zu prüfen, welche Optionen in Frage kommen könnten, ob das jetzt eine Miete eines bestehenden Objekts ist, ein Landerwerb oder irgendwie Entwicklungstendenzen. Genau das möchten wir eben, und zwar proaktiv, weil wir überzeugt sind, dass das für die Stadt Bern viele Chancen bieten würde. In vielen anderen Bereichen will die Stadt Bern immer eine Vorreiterrolle übernehmen und proaktiv vorgehen, hier hingegen lehnt man es ab, und das gerade bei einer so wichtigen Frage im Bildungsbereich. Wir bitten Sie darum um die Unterstützung des Postulats.

Präsident: Merci vielmals Janina. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Da käme für die SP-Juso-Fraktion Szabolcs Mihalyi.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Das vorliegende Postulat ist eigentlich schon überholt. Der Kanton hat die Renovierung und den Ausbau der bestehenden Gymnasien im Raum Bern, namentlich Neufeld, Lerbermatt und Hofwil schon in die Wege geleitet. Die soziale Durchmischung ist zweifellos ein gerechtes Anliegen. Das gilt vor allem für die Volksschule in Bern West, wo die Übertrittsquoten ins Gymnasium seit sehr langem markant unter denen des Rests der Stadt liegen. Eine entsprechende Interpellation von Timur Akçasayar und Fuat Köçer aus unserer Fraktion hat das schon vor Jahren aufgedeckt. Viele andere Aspekte sprechen aber schon gegen das Vorhaben eines Gymnasiums in Bern West, als erstes einmal der bauliche. Es fehlt schlicht die passende Fläche. Ein Gymnasium braucht viel Platz. Das Gymnasium Neufeld alleine besetzt 3,3 Hektaren der Länggasse. Ein Neubau wäre nur auf unbebauter Fläche möglich, also in Brünnen, Winterhale und Bottigenmoos – auf Deutsch nur mit Zersiedelung. Verdichtetes Bauen wie beim Gymnasium Neufeld, das bei der Renovation vorgesehen ist, ist da einiges besser. Wo die Einreichenden des Vorstosses, die mehrheitlich jeden Landkauf im Westen für neuen Wohnraum oder selbst für einen Spielplatz bekämpfen, die nötige Fläche für so einen Neubau herzaubern wollen, erfahren wir übrigens auch nicht. Viel wichtiger wäre Folgendes: Bei der Wahl des Gymnasiums gilt heute faktisch die freie Schulwahl. Ich bezweifle, dass allzu viele Eltern ihre Kinder in ein Gymnasium schicken würden, das in der falschen Wahrnehmung von vielen in einem Ghetto liegt. Andererseits habe ich es persönlich nach meiner Schulzeit in Bethlehem echt gut gefunden, ins Neufeld, ausserhalb meines vermeintlichen Ghettos, ins Gymnasium wechseln zu können. Am Schluss wären bei alledem nur die Jugendlichen aus Bern West in diesem neuen Gymnasium und die Idee der sozialen Durchmischung wäre gescheitert. Anders gesagt, die armen Kinder bleiben im Westen und die reichen Kids im Neufeld und im Kirchenfeld bleiben unter sich. Wenn wir als Stadt etwas für die Jugendlichen im Westen und anderen ärmeren Quartieren machen wollen, sollten wir besser dafür sorgen, dass sie eine faire Chance haben zum sozialen Aufstieg durch Bildung – und Spielplätze. Sonst ist es für diese Jugendlichen egal, wo neuer Gymnasiumsschulraum entsteht. Sie sind chancenlos, ihn je benutzen zu können. Die SP-Juso-Fraktion wird das vorliegende Postulat ablehnen.

Präsident: Merci vielmals Szabolcs. Dann kommt als nächstes Franziska Geiser vom GB/JA.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Liebe Anwesende, liebe Salma, liebe Jara, es ist erfreulich, dass sich die Postulant*innen um Chancengerechtigkeit in der Bildung

kümmern wollen. Das ist tatsächlich ein grosses Problem. Wir wissen, dass nicht alle Jugendlichen die gleichen Chancen haben, ans Gymnasium zu kommen. Jugendliche mit Eltern, die selber studiert haben, haben es einfacher, den Übertritt ans Gymnasium zu schaffen, Jugendliche mit Eltern ohne Matura haben es ungleich schwerer. Gründe dafür gibt es viele. Wir haben ein Bildungssystem, das darauf aufgebaut ist, dass Kinder und Jugendliche zuhause Hilfe bekommen, sei es bei der Vorbereitung des Mathe-Tests, beim Franz-Wörtchen üben. Die einen Eltern finanzieren Nachhilfestunden, andere haben diese Ressourcen nicht. Lehrpersonen empfehlen Kindern aus einem akademischen Milieu eher, ins Gymnasium zu gehen, und den Kindern, die zum Beispiel aus dem Arbeitermilieu stammen, wird eher empfohlen, eine Lehre zu machen. Das Postulat fordert, im Westen von Bern solle ein neues Gymnasium entstehen für die Chancengerechtigkeit. Die Maturaquote in der Schweiz ist ja sehr tief. Warum nicht die Quote erhöhen, dann müsste man eh auch neue Schulhäuser bauen, aber das ist ja hier gar nicht die Diskussion. Wenn es um das Thema Chancengerechtigkeit in der Bildung geht, ist zumindest in der Schweiz der Standort des Gymnasiums nicht entscheidend. Auch aus dem Westen schaffen es die Kinder aus akademischen Elternhäusern an die Gymnasien. Es ist nicht eine Frage der konkreten Reise, es geht eher um die Bildungsreise. Es ist doch gut, wenn im Westen von der Berner ein Gymnasium gebaut wird, da haben wir nichts dagegen. Das muss aber überhaupt nicht auf städtischem Gebiet passieren. Der Westen von Bern endet ja nicht an der Stadtgrenze. Der Gemeinderat schreibt, dass er mit dem Kanton im regen Austausch steht, wenn es um Schulraumplanung und die räumlichen Infrastrukturen geht. In dem Sinn gibt es von der Stadt her keinen Handlungsbedarf und wir lehnen das Postulat ab.

Präsident: Merci vielmals, Franziska. Dann käme als nächstes Therese Streit-Ramseier für die EVP/GFL-Fraktion.

Therese Streit-Ramseier (EVP) für die Fraktion: Nicht nur in der Stadt, auch beim Kanton ist der Schulraum knapp, wenn es um die Gymnasien geht, und wir verstehen auch, dass die Priorität der Stadt beim städtischen Schulraum liegt. Wir sind jedoch der Meinung, dass es für die Erhöhung der Chancengleichheit sehr wohl eine gute Variante sein könnte, im Westen ein Gymnasium zu errichten, auch wenn es vielleicht schräg daherkommt. Man hat die Wahl, wo man ins Gymnasium gehen will oder nicht, aber es könnte trotzdem eine Chance sein, gerade für Jugendliche vor Ort mit einem kleineren finanziellen Polster, nicht durch die halbe Stadt oder noch weiter zu reisen, sondern die Schule im eigenen Umfeld besuchen zu können. Potenzial sei theoretisch vorhanden, die Standortevaluation müsste vom Kanton beauftragt werden. Das würden wir unterstützen und von dem her auch die Antwort des Gemeinderats, die jetzt vorliegt, als Prüfungsbericht annehmen.

Präsident: Merci vielmal Therese. Dann käme als nächstes für die SVP-Fraktion Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Sie sind vielleicht überrascht, die SVP unterstützt den Vorstoss. Ich hoffe, es sei nicht für ein paar ein Grund, den jetzt abzulehnen, denn Sie müssen ganz klar etwas Wichtiges sehen: Es ist ein Postulat. Uns ist völlig bewusst, dass die Schulraumplanung der Gymnasien nicht Sachen der Gemeinden ist. Das ist uns klar, aber es geht darum, dass man prüft und dass, sofern möglich, die Stadt Einfluss nimmt auf die Wahl des zukünftigen Standorts des Gymnasiums. Ich mache euch nur ein Beispiel, wie es jeweils schief läuft: Schaut, wie im Grossrat die

Vertreter der Landregionen zusammenarbeiten. Ihr habt gesehen, was passiert ist mit der Lädere, ihr habt es auch gesehen mit gewissen anderen Sachen. Das ist alles nachher weg von Bern. In Burgdorf ist auch teilweise das Technikum weg und geht jetzt an einen anderen Ort. Je nachdem, wie man da eben lobbyiert oder macht, hat man es oder es ist an einem anderen Ort. Und dann bin ich der Meinung, wenn ihr jetzt all die Sachen anschaut, dann haben wir dann wirklich den Standort lieber im Bümpliz, was gut erreichbar ist – dort gibt es Orte, an welchen man rasch ist – als dass wir das irgendwo ganz weit weg in der Peripherie haben. und darum, vor dem Hintergrund, müsst ihr genau schauen, wie es formuliert ist. Es ist nämlich richtig formuliert. Wir haben nicht gesagt, ihr müsst dort an dieser Matte ein Gymnasium bauen, sondern es wird einfach beauftragt, zu prüfen, was man machen könnte. Und wenn man dann die Sache in Bern will, ist es eben auch gut, wenn man aufzeigt, wo es möglicherweise sein könnte, welche Gebiete sich hier eignen würden oder nicht. Ich bin in der Arbeitsgruppe Schulraumplanung und werfe der Stadt immer vor, dass man grossartige Überbauungen macht und am Schluss merkt, dass man keinen Schulraum hat. Hier bin ich der Meinung, das ist etwas Zukunftsgerichtetes. Ich gehe nicht davon aus, dass das Schulhaus in den nächsten 4 oder 5 Jahren geplant und gebaut ist dort. Aber wenn ihr das wollt, dass man das anschaut, dass Bern auch einmal den Lead hat für so etwas, dann muss man das jetzt machen und darum hat die SVP den Vorstoss mitunterstützt.

Präsident: Merci vielmals Alexander Feuz. Dann käme für FDP-Jungfreisinn-Fraktion Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Wir werden den Vorstoss ablehnen, aus einem einfachen Grund. Was jetzt vorhin gesagt worden ist zur Chancengerechtigkeit, ist ja richtig und wichtig, man müsste aber eigentlich die ganze bildungspolitische Frage noch eine Stufe weiter vorne anfangen, ob dann wirklich eine gymnasiale Matur das höchste der Gefühle ist und ob Personen ohne gymnasiale Matur wirklich derart abgehängt sind. Aber das ist eine gesamt gesellschaftliche Frage, die wir nicht über ein Postulat heute am Abend regeln können. Aber wo wir wirklich nicht einverstanden sind mit den Einreichenden – und das ist auch der Grund, wieso wir ihn nicht miteingereicht haben – ist der Verweis, dass der Standort des Gymnasiums einen Einfluss auf die Chancengerechtigkeit hat. Ich habe kurz nachgeschaut: Vom Westside seid ihr in 33 Minuten beim Neufeld-Gymnasium. Sie sind vom Westside in 19 Minuten beim Lerbermatt-Gymnasium. Im Kanton Bern gibt es 10 Gymnasien, 2 öffentliche in der Stadt Bern, 3 private in der Stadt Bern, die staatlich subventioniert werden, und ein privates in der Stadt Bern, das keine Unterstützung vom Staat bekommt. Wenn Sie jetzt ernsthaft meinen, dass Jugendliche und junge Erwachsene aus Bern West eine weniger gute Chancengerechtigkeit und weniger guten Zugang zur Bildung haben, weil sie in 19 Minuten mit dem ÖV ins nächste Gymnasium fahren müssen, dann erzählt das einfach bitte einmal im Kanton Bern Jugendlichen aus Adelboden, Jugendlichen aus Frutigen, Jugendlichen aus anderen peripheren Regionen, bei welchen die Reisezeit zum nächsten Gymnasium relativ schnell einmal fast eine Stunde beträgt, auch mit der besten ÖV-Verbindung.

Präsident: Merci vielmals, Tom Berger. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat die auch hier das Wort Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Merci vielmals, dass die grosse Mehrheit dieses Rats dem Gemeinderat folgt und das Postulat ablehnt. Es sind wirklich 2 Hauptgründe: Erstens ist die Schulrahmschulraumplanung eine Riesenherausforderung. Sie wissen selber, wie schwierig es bereits ist, für die Stadt Bern den nötigen Schulraum zu finden. Wenn ich höre, dass dem Kanton irgendwann einmal 21 Klassen fehlen werden, dann will ich hier einmal mehr sagen, dass die Stadt Bern zwischen 2011 und 2021 130 zusätzliche Klassen machen musste. Also das ist unsere Herausforderung, für die Volksschule und für die Kindergärten den Platz zu finden. Das schliesst selbstverständlich nicht aus, dass wir mit dem Kanton in engen Kontakt sind und dass man einander hilft, aber helfen geht dann auf beide Seiten. Wir haben manchmal ein bisschen das Gefühl, die Stadt Bern hilft sowohl dem Bund, als auch dem Kanton mehr, ihre Bedürfnisse zu erfüllen, als sie uns helfen unsere zu erfüllen. Entsprechend ist es sicher falsch, das Postulat jetzt zu überweisen, also lehnen Sie es ab.

Präsident: Merci vielmals Michael Aebersold. Wir sind auch hier bereit für die Abstimmung. Wir stimmen ab über Traktandum 12 als Postulat.

Abstimmung

2022.SR.000069		
Ablehnung		
Ja	21	
Nein	37	
Enthalten	0	Namensliste 018

Präsident: Sie haben das Postulat abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 13.

2021.SR.000150

**13 Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Alina Irene Murano, SP):
Verhältnismässiges Handeln der Polizei in der Stadt Bern endlich sicherstellen und Racial Profiling bekämpfen;**

Präsident: Wir wechseln wieder zu einer reduzierten Debatte. Das ist eine Motion der Fraktion SP-JUSO. Die ist durch den Gemeinderat teilweise bestritten. Ich übergebe da das Wort den Einreichenden. Da käme Michael Sutter.

Michael Sutter (SP) für die Einreichenden: Was am 11. Juni 2021 auf dem Bahnhofplatz passiert ist, ist und bleibt absolut verstörend und befremdend. Es erinnert an systematische Polizeigewalt, häufig gegen People of Color, wie man sie vor allem auch aus den USA kennt. Ich wiederhole den sehr gut dokumentierten Vorfall hier nicht im Detail. Neben den üblichen Rechtfertigungen durch Police Bern hat leider, wie üblich, auch der Gemeinderat geschwiegen, der Gemeinderat, bei dem notabene 4 von 5 Mitgliedern den RGM-Parteien angehören, und er schweigt noch heute. Inzwischen ist ein Polizist erstinstanzlich wegen Amtsmissbrauchs verurteilt worden und ein anderer hat sich objektiv ebenfalls des Amtsmissbrauchs schuldig gemacht ist nur darum freigesprochen worden, weil ihm kein Vorsatz nachgewiesen werden konnte. Dass es in einem solchen Fall zu einer Verurteilung kommt, ist aber die grosse Ausnahme, und das

ist auch nur darum passiert, weil das brutale Vorgehen der Polizei aus nächster Nähe von einer Gruppe Medienschaffender beobachtet und dokumentiert worden ist. Trotz der Verurteilung und der genauen Dokumentation hat Police Bern aber weder Einsehen zeigt noch auch nur irgendeinen Ansatz von Fehlerkultur, ganz im Gegenteil. Der kantonale Polizeidirektor, der sich schon im Stadtrat als sicherheitspolitischer Hardliner einen Namen gemacht hat, hat stattdessen die Medien frontal angegriffen und Journalistinnen und Journalisten gemassregelt, weil sie nichts anderes gemacht haben als ihren Job und die üblen Missstände aufgedeckt haben. Racial Profiling und übertriebene Gewaltanwendung haben bei der Kantonspolizei (Kapo) leider ein gewisses System und werden, wie der Fall exemplarisch zeigt, von höchster Stelle gestützt.

Das ist skandalös. Umso wichtiger wäre es, dass die Stadtregierung, und da meine ich explizit den Gesamtgemeinderat, hier endlich Stellung bezieht und Klartext redet. Schulterzuckend zu sagen, wir können eben gar nichts machen und die Polizei liegt in der Kompetenz des Kantons, das ist nicht nur mut- und verantwortungslos, sondern vor allem einfach nicht wahr. Demos verbieten können Sie ja offensichtlich auch, dort ist dann von dieser vornehmen Zurückhaltung plötzlich gar nichts mehr übrig. Die politische Verantwortung für die Arbeit der Polizei auf Stadtgebiet kann nicht auf den Kanton geschoben werden und sie liegt auch nicht beim Kanton. Die Stadt und der Gesamtgemeinderat müssen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und gegenüber der Kapo klare Kanten zeigen und auch gegenüber dem Stadtrat Rechenschaft ablegen und nicht in jeder Vorstossantwort die gleichen Ausflüchte, Ausreden und Allgemeinplätze wiederholen, sonst machen Sie sich mitverantwortlich, dass in der Stadt Bern solche Vorfälle ein bisschen zur Normalität gehören.

Präsident: Merci vielmals, Michael Sutter. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Da käme zuerst David Böhner für die AL-PdA.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die brutale Verhaftung vom 11. Juni 2021 von einem jungen Mann aus Marokko ist, Merdi heisst er, leider kein Einzelfall. Immer wieder erfahren wir von Menschen, die von Kantonspolizisten drangsaliert und geschlagen werden. Es sind Menschen, die in unserer Gesellschaft keine Rechte haben und auch kaum Unterstützung bekommen, wenn sie Hilfe brauchen oder misshandelt werden. Das einzige Aussergewöhnliche in diesem Fall ist, dass zufälligerweise ein Gruppe Journalist*innen die Situation beobachtet hat und so verstört war von diesem Polizeieinsatz, dass sie darüber berichtet haben.

Präsident: Ich bitte wieder ein bisschen um mehr Ruhe. Ich verstehe David nicht mehr.

David Böhner (AL): Merci. Und äusserst ungewöhnlich ist auch die Verurteilung eines Polizisten wegen Amtsmissbrauch und Tötlichkeit, also wie gesagt die erstinstanzliche Verurteilung. Kurz was sich abgespielt hat am 11. Juni 2021: Dem 28-jährigen Mann aus Marokko ist es offensichtlich nicht gut gegangen. Er ist aufgefallen und vermutlich auch unter Drogeneinfluss gestanden. Er hat sich ohne Papiere und Aufenthaltsbewilligung, ohne festen Wohnsitz und ohne Geld und vor allem ohne Perspektive in Bern aufgehalten. Statt ihm Hilfe anzubieten, ist der Polizei nichts Besseres eingefallen, als den jungen Mann zu verhaften. Er ist nicht einverstanden gewesen, die Polizisten haben ihn zu Boden gerungen, haben ihn geschlagen und haben ihm längere Zeit mit dem Knie auf den Hals gedrückt und ihm den Atem abgestellt, bis er ohnmächtig geworden ist. Sie haben ihm Handschellen angelegt und ihn trotz seines Zustands, das ist ein Zitat der Augenzeugen, wie einen Sack Kartoffeln in das Einsatzfahrzeug geworfen. Mit

einem Arm- und Fingerbruch ist er zum Waisenhaus gebracht und in Haft genommen worden. Darauf ist Merdi nach Moutier verlegt worden, also möglichst weit weg von Bern, weg von den Leuten, wo er gekannt hat, damit er ja keine Unterstützung bekommt. Im Gefängnis in Moutier ist es ihm so schlecht gegangen, dass er einen Suizidversuch unternommen hat, aber auch das ist kein Grund gewesen für die Behörden, ihm Hilfe anzubieten, die er dringend nötig gehabt hätte, im Gegenteil. Weil Merdi bereits in Deutschland Asyl beantragt hat, ist er nach einem halben Jahr in Ausschaffungshaft in Moutier nach Deutschland abgeschoben worden aufgrund eines Dublin-Verfahrens.

Dank den detaillierten Medienberichten der zufällig anwesenden Journalisten und Journalistinnen hat sich die Staatsanwaltschaft später gezwungen gesehen, Anzeige gegen die beteiligten Polizisten einzureichen. Einer dieser Polizisten ist wie gesagt tatsächlich auch erstinstanzlich verurteilt worden. Laut der Medienstelle der Kantonspolizei hat er mittlerweile gegen das Urteil Rekurs eingelegt, ob der Kapo arbeitsrechtliche Konsequenzen gegen den betroffenen Polizisten beschlossen hat, will sie nicht kommunizieren. Ich bezweifle stark, dass es so weit gekommen ist, und gehe davon aus, dass die Kapo ihrer Linie treu bleibt. Es gibt kein Problem bei der Kapo, Racial Profiling kommt nie vor und alle, die von Polizeigewalt reden, wollen die Kapo einfach verunglimpfen. Umso wichtiger ist es...

Präsident: David, Deine Zeit ist abgelaufen, ich muss Dich leider unterbrechen.

David Böhner (AL): Ich bin gleich fertig. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat Stellung nimmt. Er hat gesagt, solange das Verfahren läuft, nimmt er nicht Stellung. Jetzt hat es eine erstinstanzliche Verurteilung gegeben. Bitte macht es. Die AL/PdA-Fraktion nimmt all diese Punkte an.

Präsident: Merci vielmals David. Dann kommt als nächster Thomas Glauser, SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Sicherheit ist ein wichtiger Aspekt. Die Polizei ist zuständig für die Sicherheit. Die Polizei hat eine langjährige Ausbildung, eine gute Ausbildung und dennoch kann es halt passieren, dass Fehler passieren, auch bei der Polizei. Dort wo gearbeitet wird, geht einmal etwas schief. Man darf aber hier sehen, man kann das sicher nicht mit dem Fall von Amerika vergleichen, mit dem Fall von Floyd. Es ist sicher unschön und dennoch muss man, sollte man als Politiker unserer Sicherheit, unserer Polizei den Rücken stärken. Es erstaunt mich noch einmal mehr, das Gerede vor allem von der linken Seite. Wenn es Krawalle gibt vor der Reithalle, wenn eben gerade Polizisten oder Zivile mit Steinen beworfen werden, mit Fläschchen verletzt werden, mit der Ambulanz in das Inselspital müssen in den Notfall, und wir von der Rechten nachher eine Aussprache fordern, da sagt niemand nichts, da will man nichts gehört haben. Aber gegen die Polizei, wenn die einmal vielleicht einen Fehler macht – ich bin nicht richtig, ich kann den Fall vielleicht zu wenig gut beurteilen, vielleicht ist ein Fehler passiert, aber es ist schade, wenn man nachher die Sicherheit, die Polizei bekämpft. Im Gegenteil, man muss diese loben, sie machen gute Arbeit, es ist ein schwieriger Job und man hat auch im Kanton Bern zu wenig Polizisten. Der Polizistenberuf ist unattraktiv, gerade weil man nichts mehr machen darf. Man wird überall, wenn man an irgendeinem Ort einen Einsatz hat, beschimpft, und wenn man vielleicht einmal etwas macht und es zu viel ist, wird man verurteilt. Nehmt vielleicht ein bisschen

Rücksicht. Die Sicherheit wird in Zukunft immer mehr von Bedeutung sein und zu unserer Polizei müssen wir Sorge tragen.

Präsident: Merci vielmals Thomas. Dann käme als nächstes Anna Leissing vom GB/JA.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Wir haben es gehört, schon mehrmals: Das Strafverfahren rund um den Vorfall vom Juni 2021, das durch öffentlich-medialen Druck zustande gekommen ist, ist inzwischen abgeschlossen. Es sind Fehler passiert. Im September 2023 ist einer der Polizisten wegen Amtsmissbrauch und Tötlichkeit verurteilt worden, der andere freigesprochen. Man könnte jetzt sagen, der Fall ist abgeschlossen, komm, wir lassen es gut sein. Aber das Problem, das in dieser Motion angesprochen wird, geht weit über den Einzelfall hinaus. Mindestens genauso problematisch wie das Verhalten der Polizisten ist die Reaktion der Kantonspolizei gewesen, die den Vorfall im ersten Moment heruntergespielt hat, oder die Aussagen des kantonalen Sicherheitsdirektors, das Schweigen des Gemeinderats, die Kommentare in den Leser*innen spalten. Das alles zeigt, Polizeigewalt und Racial Profiling sind keine individuellen Verfehlungen einzelner Polizist*innen. Es sind strukturell angelegte Probleme, die auch durch die politische, gesellschaftliche und mediale Handhabung gefördert oder eben verhindert werden. Dazu sind die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Verhältnismässigkeit im Polizeigesetz und in der Verordnung essentiell, aber es reicht nicht. Rechtliche Normen müssen angewandt, kommuniziert und gelebt werden.

Hier kommt Punkt 1 der Motion ins Spiel, der fordert, dass sich der Gemeinderat der Stadt Bern zu diesem Vorfall äussern soll. Es ist enttäuschend, dass sich der Gemeinderat hinter einer Floskel versteckt und sagt, er wolle sich nicht zu laufenden Untersuchungen äussern. Das müsst ihr auch gar nicht. Sicherheitsdirektor Nause hätte einfach sagen können: Wir haben Kenntnis von diesem Vorfall, wir wissen nicht genau, was passiert ist und genau darum empfehlen wir und begrüssen wir eine unabhängige Untersuchung, die sicherstellt, dass die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismässigkeit in der Stadt Bern gewahrt werden. Aber der Gemeinderat hat es vorgezogen, zu schweigen. Mit diesem Schweigen stützt er die Haltung, dass die Arbeit der Polizei besser nicht überwacht und nicht diskutiert werden soll, und das ist eines der Grundprobleme im Umgang mit Polizeigewalt und Racial Profiling. Das «lässt doch die Polizei ihre Arbeit machen» gilt für keine andere Berufsgruppe. Eine Richterin lässt sich bestechen? Ach, lasst doch die Justiz ihre Arbeit machen. Ein Pflegefachmann verletzt die Privatsphäre von Patientinnen. Ach, lasst doch die Pflege ihre Arbeit machen. Ihr merkt selber, in allen anderen Bereichen klingt das völlig absurd, aber für die Polizei ist das der Tenor, der aus der Reaktion der Kapo, aus den Aussagen des kantonalen Sicherheitsdirektors, aus dem Schweigen des Gemeinderats und aus den Kommentarspalten in den Medien hervorgeht. Genau da liegt die politisch-strategische Verantwortung des Gemeinderats für die Polizeiarbeit in der Stadt Bern. Sie liegt darin, einen anderen Umgang mit Polizeigewalt, Rassismus und Racial Profiling einzufordern und vorzuleben. Indem Transparenz und Rechenschaftspflicht...

Präsident: Anna, bitte zum Schluss kommen.

Anna Leissing (GB): ...für die Polizeiarbeit normalisiert werden und indem eine Fehlerkultur eingefordert wird, die nicht nur die individuelle Verantwortung, sondern auch die strukturellen Bedingungen untersucht und anpasst. Nur so wird der Buchstabe im Gesetz zu einer gelebten Realität. Die GB/JA-Fraktion wird die Motion in allen 3 Punkten unterstützen.

Präsident: Merci vielmals Anna. Dann kommt als nächster für die SP-Juso-Fraktion Halua Pinto.

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Fraktion: Wir haben 2 Polizisten, die auf dem Bahnhofplatz Amtsmissbrauch begangen haben, auch wenn teilweise nur objektiv, aber wir haben hier eine erstinstanzliche Verurteilung. Die einzige Reaktion, die von offizieller Seite kommt, ist eine Medienmitteilung des kantonalen Sicherheitsdirektors, der die Medien kritisiert. Es gibt keine Spur irgendeiner Fehlerkultur oder einer Selbstkritik, die da von staatlicher Seite kommt. Das ist schon von meinen Vorredner*innen ausführlich kritisiert worden. Wir haben Polizeigewalt und Racial Profiling, die ein strukturelles Problem sind, die tief in der Kultur der Institution Polizei verwurzelt sind. Umso störender ist, dass es jedes Mal immer wieder der einzige konkrete Lösungsvorschlag ist, dass eine Sensibilisierungskampagne helfen soll, bei der immer wieder darauf hingewiesen wird, dass das individuell von den Betroffenen geleistet werden muss. Dialog mit den Communities, schult gerade die Polizei darin, bei den sogenannten offenbar problematischen Gruppen genauer hinzuschauen, nämlich schult sie in Racial Profiling. Was dabei vergessen geht: Das Problem der Stereotypisierung hat die Polizei und nicht eine Person, die zufällig mit diesen Merkmalen geboren worden ist. Diese absurde Opferumkehr ist kein Zufall. Es fehlt einfach an einer Anerkennung, dass die Institution tiefgründige Probleme hat. Es weigern sich sämtliche Personen in Verantwortungspositionen, das Problem des institutionellen Rassismus ernst zu nehmen. Es wäre jetzt wirklich an der Zeit, spätestens nachdem jetzt die erstinstanzliche Verurteilung gekommen ist, dass der Gemeinderat endlich hinsteht und auf die Qualität der Polizeiarbeit pocht. Es muss endlich eine unabhängige Stelle geben, die diese Sachen untersuchen kann, wie wir es auch schon mehrmals gefordert haben. Wir werden dieser Motion natürlich weiterhin zustimmen.

Präsident: Merci vielmals Halua. Dann käme als nächstes Francesca Chukwunyere von der GFL/EVP-Fraktion.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Das Verhalten der Polizei in diesem speziellen Fall ist total unakzeptabel, das ist uns allen bewusst, und es ist leider tatsächlich kein Einzelfall, auch das wissen wir. Die Antwort des Gemeinderats zu Punkt 1 ist veraltet, selbst wenn man sie hätte gelten lassen wollen in dieser Form. Nach vorliegender erstinstanzlicher Verurteilung ist eine öffentliche Stellungnahme möglich und notwendig. Es stimmt, leider ist es nicht in der Gemeinderatskompetenz, irgendwie rechtlich Einfluss zu nehmen auf unsere Kantonspolizei. Wir haben ja keine Stadtpolizei mehr, das bedauern wir sehr, aber wir würden doch den Gemeinderat gerne dazu auffordern, wirklich im Rahmen von seinem Möglichen alles zu machen, um dort mehr Druck zu machen. Es reicht tatsächlich nicht, dass irgendwelche Projekte namens Dialog 3, die irgendwo vor 12 Jahren einmal erfunden worden sind, durchgeführt werden, mit den entsprechenden, wohlausgesuchten Menschen aus der Diaspora. Das reicht nicht, das ist Augenwischerei. Da muss mehr gehen und da bin ich völlig einverstanden mit den Eingebenden. Ich hoffe doch, dass der Gemeinderat auch merkt, dass wir, in der Stadt mindestens, diese Art von Rassismus und Racial Profiling nicht akzeptieren.

Präsident: Merci vielmal Francesca. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Dann käme noch die FDP-Jungfreisinn-Fraktion mit Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Dieser Vorfall, wir haben es schon oft gehört, war sicher unglücklich und ist sicher nicht so, wie es wie es immer gehen sollte. Man muss aber auch eines sehen: Die Angehörigen des Polizeicorps sind sehr unter Druck. Es hat immer zu wenig Leute und es hat sehr viele Vorfälle in dieser Stadt Bern, die sich häufen und diesen Druck noch verstärken. Man muss auch sehen, wenn Sie als Aussenstehende an so einen Vorfall hinlaufen: Die, die verhaftet werden, sind vielfach sehr gute Schauspieler – nicht in dem Fall, den wir vorher diskutiert haben, aber es gibt sehr oft den Fall, dass sie am Boden liegen und laut schreien, so dass die umstehenden Leute Bedauern haben, und meistens mischen sie sich ja auch ein. Das ist, wie ich betone, nicht in dem Fall, den wir am Anfang besprochen haben. Dort ist es sicher anders gewesen oder kann anders gewesen sein. Ich bin selber nicht dabei gewesen. Die Polizisten und Polizistinnen müssen in Sekunden entscheiden, was sie jetzt machen. Sie müssen in Sekunden entscheiden, ist jetzt das echt oder nicht? Stimmt es oder nicht? Was hat die Person für eine Gefährdung? Wie geht es ihr und was hat die Person im Sinn? Es geht ausserdem auf keine Kuhhaut, was sich die Polizistinnen und Polizisten zum Teil gefallen lassen müssen. Sie werden an Leib und Leben bedroht, sie werden verletzt, sie werden angespuckt, sie werden beleidigt, sie werden angelogen und das in ihrem normalen Berufsleben. Auch wenn solche Fälle, wie wir am Anfang gesagt haben, nicht entschuldbar sind, kann einem da zwischendrin schon der Nerv ziemlich dünn werden. Racial Profiling wird hier hochgeschaukelt. Racial Profiling ist nicht so, wie Sie es hier darstellen wollen. Sie stellen die Polizistinnen und Polizisten dar, als wären es jetzt die grössten Rassisten und das ist selbstverständlich nicht der Fall. Man muss in einer Situation und in einer Stresssituation auch aus der Erfahrung zerrén können und aus Erfahrung entscheiden. Ich habe es schon vorher gesagt, es geht manchmal um Sekunden, in welchen man sagen muss, kontrollieren wir jetzt den oder die oder nicht. Die Erfahrung und die Wahrscheinlichkeit sind halt in dem Fall sicher auch einer gewissen Effizienz geschuldet, und wenn Sie 100-mal eine Frau fragen, bist du jetzt eine Ingenieurin, und 99-mal ein Nein kommt, dann fragen Sie das nächste Mal vielleicht nicht, dann müssen Sie nach der Wahrscheinlichkeit gehen und die Wahrscheinlichkeit...

Präsident: Ursula, bitte zum Schluss kommen.

Ursula Stöckli (FDP): Die Erfahrung, die sie haben und die sie in diesem Berufsleben und in diesen Verhaftungen und Kontrollen bis jetzt gemacht haben, und das ist nicht ein struktureller Rassismus.

Präsident: Merci, Ursula. Dann kommt als nächstes für die Mitte-Fraktion Lionel Gaudy.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Als erstes einmal eine Vorbemerkung zu diesem Vorstoss: Mich dünkt es, dieser Vergleich mit George Floyd oder die Bezugnahme auf diesen Fall ist ehrlich gesagt ein bisschen respektlos, ein bisschen anmassend gegenüber dem kulturellen Erbe in den USA, vor allem gegenüber den African Descendants. So viel einmal vorausgesetzt, wir werden trotzdem Punkt 2 und 3 dieses Vorstosses annehmen. Wir verurteilen natürlich Gewalt und auch unverhältnismässige Gewalt und sind froh, wird dieser Fall vom Justizsystem aufgearbeitet.

Präsident: Merci vielmals Lionel. Gibt es keine weiteren Fraktionsvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zu den Einzelvoten, Nora Krummen.

Nora Krummen (SP), Einzelvotum: Die vorher gerade gehörten Legitimierungsversuche der unterirdischen Verhaltensweisen, die zum Teil von der Polizei an den Tag gelegt werden, schockieren mich doch sehr. Ja, es ist nicht lustig, was zum Teil auch gegen die Polizei gemacht wird, aber es legitimiert in keiner Art und Weise, selber zu Gewalttätern und -täterinnen zu werden. Die Polizei hat keinen einfachen Job, das ist so, aber, und das wird von eurer Seite auch immer wieder extrem betont, sie werden genau auch für das geschult und sie werden genau darauf geschult, nachher eben nicht zu eskalieren. Polizeigewalt ist eines Staates einfach nicht würdig. Und dass von der Politik in dieser Stadt und in diesem Kanton auf Regierungsebene nicht auf das Problem hingewiesen wird, nicht politisch gegen das Problem vorgegangen wird, ist eigentlich einfach nur eines: skandalös. Ich arbeite in der Pflege, auch wir haben Personalmangel à gogo, aber von mir..

Präsident: Nora, bitte zum Schluss kommen.

Nora Krummen (SP): Von mir wird trotzdem erwartet, dass ich eine saubere Arbeit an den Tag lege, und wenn mir Fehler passieren, dass ich zu diesen Fehlern stehe und die aufarbeite, und das wird von der Polizei systematisch abgelehnt.

Präsident: Merci Nora, dann kommen wir zu Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP): Für mich ist etwas wichtig: Dieser Vorfall, der ist nicht schön gewesen. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, aber eines müsst ihr klar sehen, der eine dieser beiden Polizisten ist verurteilt worden. Es wird jetzt dann entschieden werden beim Obergericht, ob die Voraussetzungen gegeben sind auch für eine Schuld-spruch in zweiter Instanz, aber entscheidend ist: Die Staatsanwaltschaft hat eingegriffen, es sind die Offizialdelikte, man hat etwas gemacht. Aber hier geht es um etwas anderes. Ich habe noch einmal den Text genau gelesen. Es geht darum, das Racial Profiling zu bekämpfen. Gerade vorher ist wieder in den Nachrichten gewesen, dass einer von einem Schwarzen niedergestochen worden ist. Dann müsst ihr einen Schwarzen suchen, Sie müssen nicht eine blonde Frau suchen, und genau das wollen gewisse Leute eben bekämpfen. Darum lehnen wir das ab, mit Dank an die Polizei für den Einsatz. Aber es ist auch klar, wo es Ausschreitungen gibt, wo es eben Sachen gibt, die nicht zulässig sind, da ist der Gesetzgeber da und wir haben Gesetze da, wir haben Bestimmungen betreffend Amtsmissbrauch. Wenn das so weit ist und die Voraussetzungen da sind, dann sind das harte Konsequenzen, die die Leute treffen müssen, aber wie es auch Ursula Stöckli gesagt hat, das Theater haben wir ja schon x-mal gehabt, wenn sich jemand angegriffen fühlt, muss man möglichst gross schreien und dann schauen sich alle Leute um, das ist bekannt, das muss man auch sehen. Das ist eine heikle Materie.

Präsident: Alex, bitte zum Schluss kommen.

Alexander Feuz (SVP): Absolut das richtige gemacht. Ich habe die Zeit eingehalten.

Präsident: Es ist Punkt 19 Uhr. Ich sehe, es hat noch ein paar Rednerinnen und Redner. Ich würde sagen, wir unterbrechen die Diskussion und fahren nachher pünktlich weiter um 20.30 Uhr. Ich bitte die, die das wollen, sich beim Hinausgehen noch einzutragen auf der entsprechenden Karte für Luzius Theiler.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

09.02.2024

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

11.02.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion Traktandum 11 bis 13:
Marianne Hartmann

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident und 72 Mitglieder

Stadtrat entschuldigt

Ruth Altmann

Laura Binz

Jelena Filipovic

Katharina Gallizzi

Raffael Joggi

Tanja Miljanovic

Niklaus Mürner

Mirjam Roder

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD

Reto Nause SUE

Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin

Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel

Cornelia Stücker, Sekretariat

2021.SR.000150

**13 Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Alina Irene Murano, SP):
Verhältnismässiges Handeln der Polizei in der Stadt Bern endlich sicherstellen und Racial Profiling bekämpfen;**

Präsident: Geschätzte Anwesende, ich begrüsse herzlich zurück zur zweiten Sitzung vom heutigen Abend. Wir sind stehengeblieben bei den Einzelvoten zum Traktandum Nummer 13. Als nächstes angemeldet hat sich vom GB/JA!., Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg (GB), Einzelvotum: Die Debatte vor dem Abendessen hat gezeigt, dass wir alle noch sehr viel lernen müssen, was der Umgang mit Rassismus anbelangt. Mit der Haltung, dass wir alle anerkennen würden, dass wir selbst rassistische Reflexe in uns drin haben, würde schon sehr viel besser machen. Die Haltung aber, dass das wo nicht sein darf, – nämlich rassistisch sein – dass findet darum auch nicht statt, mit der kommen wir wirklich nirgends hin. Ursula Stöckli, ich bin im Fall recht schockiert von deiner Aussage gewesen, als du behauptet hast, dass sehr viele Leute, die verhaftet werden am Schauspielern sind. Ich weiss nicht, woher du die Erkenntnisse hast. Ich weiss auch nicht, wie vielen solchen Verhaftungen du schon live zugeschaut hast. Ich habe schon sehr viele solche Verhaftungen gesehen. Das ist wirklich brutal und ich sage dir, wenn du mal würdest, so angegangen werden, wie es ganz vielen Leuten passiert, hättest du keine Zeit mehr zum irgendwie dir überlegen, was du jetzt für ein Schauspiel machen willst und abgesehen davon kämpfst du einfach in dem Moment darum, dass dann nicht irgendwie noch Knochen gebrochen werden. Ich finde die Behauptung wirklich hochgradig zynisch und ich finde sie auch menschenverachtend allen gegenüber, die diese Gewalt haben erleben müssen und ich hoffe, die Aussagen nie mehr da drin zu hören.

Präsident: Dann als nächstes Ursula Stöckli von der FDP/Jungfreisinn.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Es wird mir hier ein bisschen viel unterstellt heute am Abend. Ich muss zuerst einmal noch Nora Krummen antworten. Selbstverständlich tue ich solche Sachen nicht guteissen. Du hast mir unterstellt, dass ich das akzeptiere und guteisse. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Vorfälle, die strafrechtlich relevant sind, die müssen auch verfolgt werden und die müssen auch bestraft werden und das ist völlig klar. Nur, dass das hier noch einmal gesagt ist, ich tue solche Gewaltszenen nicht guteissen, das muss beurteilt werden. Nachher wird mir noch unterstellt, dass ich noch nie eine Verhaftung gesehen habe. Ich habe sehr wohl sehr viele Verhaftungen gesehen und ich weiss auch aus erster Hand, dass eben die Schauspielerei gar nicht irgendeine Umstellung ist und das sind selbstverständlich nicht alle. Und es sind auch dort wieder nur ein paar einzelne und die gibt es aber sehr wohl.

Präsident: Als nächstes Michael Sutter.

Michael Sutter (SP), Einzelvotum: Ich stelle einfach fest, wie da hier wieder relativiert wird, auf eine Art und Weise, die wirklich sehr stossend ist. Es sei ein bisschen unglücklich gelaufen, hat man gehört. Ja, es sei nicht so schön, hat es geheissen und nachher wird tatsächlich noch gesagt, dass sei respektlos, dass wir hier einen Vorstoss dazu eingereicht haben. Ich will aber hier die Gelegenheit auch noch nützen den Jour-

nalistinnen und Journalisten zu danken, die das beobachtet haben und die Beobachtung auch als Zeug*innen vor Gericht so haben wiedergegeben, dass es zur Verurteilung gekommen ist und dass sie sich nicht haben einschüchtern lassen vom kantonalen Polizeidirektor, der hier probiert die Medien in ihrer Arbeit einzuschränken.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Wort hier Herr Gemeinderat Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Der Gemeinderat hat von Beginn weg eigentlich gesagt, es ist gut, wenn die Vorfälle untersucht werden. Wir sind ja informiert gewesen, dass die Staatsanwaltschaft die Untersuchungen entsprechend einleiten tut. Wenn Sie hingegen nachher den Vorstoss lesen, – im Punkt 1 – dann verlangt man vom Gemeinderat eine klare Distanzierung, eine klare Distanzierung. Hätten wir die gemacht, dann wäre das einer Vorverurteilung gleichgekommen. Sie alle haben heute am Abend die Rechtsstaatlichkeit hochgehalten. Sie alle haben gesagt die rechtsstaatlichen Prinzipien die muss man beherzigen und der Gemeinderat hat die rechtsstaatlichen Prinzipien beherzigt. Im Übrigen muss ich Euch sagen, der Fall ist nicht abgeschlossen. Das haben wir heute am Abend ein paarmal gehört. Der Fall wird noch von höheren Gerichten beurteilt werden müssen und bevor die Beurteilung nicht wirklich durch ist, bin ich nicht zu haben für eine Vorverurteilung von irgendwelchen Verhaltensweisen, die hier auf einem Film gezeigt worden sind. Zu der Frage Rassismus und was machen wir gegen Rassismus? Dort habe ich heute am Abend Äusserungen gehört, die mich irritieren. Wir arbeiten zusammen mit dem GGG von «Gemeinsam gegen Rassismus». Wir arbeiten sehr eng mit denen zusammen, die können uns jeden Fall von Racial Profiling melden. Wenn man jetzt einfach sagt: «Ja, das ist alles gut und recht, aber es bringt nichts.» Dann muss ich sagen, dann werde ich das nächste Mal im Gespräch mit dem GGG-Phone sagen, dass die linke Ratshälfte in dem Saal ganz offensichtlich keine hohe Meinung hat von dieser Institution. Ich selber habe eine hohe Meinung von dieser Institution. Wir arbeiten zusammen mit der «Swiss African Society». Wenn jetzt hier gesagt wird, ja der Dialog, das sei ja einfach nur ein Dialog. Dann werde ich der «Swiss African Society» sagen müssen, dass die rotgrüne Ratshälfte ganz offensichtlich den Dialog mit ihnen und der Polizeidirektion gar nicht so zielführend und gut findet. Ich finde ihn gut, ich schätze den Dialog. Ich habe den Eindruck, dass man dort sich austauschen kann. Ich habe den Eindruck, dass man dort aufeinander zugeht, dass man dort einander sehr viele Sachen erklären kann und auch auf Seiten der Polizei sehr viel Verständnis schaffen kann, warum und wieso sich gewisse Leute und Menschen halt bei diesen Kontrollen möglicherweise diskriminiert fühlen könnten. Wir haben uns immer und ewig bei der Revision vom Polizeigesetz dafür eingesetzt, dass es eine unabhängige Stelle gibt, aber das ist der Kanton. Die Forderung haben Sie eingereicht bei der Revision. Die Forderung ist leider vom Grossen Rat abgelehnt worden. Ich bitte euch darum, den Punkt 1 abzulehnen und die anderen die nehmen wir ja an.

Präsident: Merci vielmals, Reto. Wir wären in diesem Fall bei dem Traktandum bereit für die Abstimmung. Ich habe keine punktweise Abstimmung mitbekommen? Nein, das ist nicht der Fall. Dann werden wir abstimmen über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2021.SR.000150: als Richtlinie

Annahme

Ja	48	
Nein	13	
Enthalten	2	Namensliste 019

Präsident: Die Motion ist angenommen worden.

2020.SR.000256

14 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Peter Marbet/Diego Bigger, SP): Bürgernahe Polizeiarbeit – Community Policing

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 14. Das ist eine Motion der Fraktion SP/JUSO. Die ist vom Gemeinderat zur Annahme empfohlen worden inklusive Begründungsbericht. Die Frage in die Runde: Ist sie bestritten? Sie ist bestritten. Dann übergebe ich das Wort den Einreichenden, Diego Bigger.

Diego Bigger (SP) für die Einreichenden: Jetzt komme ich ein bisschen zu einem konstruktiveren Teil der Polizeiarbeit. Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort auf unsere Motion zum Thema «Community Policing» in der Stadt Bern. Es ist gut zu hören, dass das Konzept vom «Community Policing» in der Ausbildung von den Polizeikräften fest verankert ist und auch, dass die Gruppe «Dialog» der Kantonspolizei wichtige Arbeit leistet. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir sind aber der Auffassung, dass das zu wenig weit geht. Es ist nötig, dass die Ansätze weiter vertieft werden und systematisch in die polizeiliche Arbeit integriert werden. «Community Policing» ist mehr als nur eine Strategie für spezielle Ereignisse oder für Krisenmomente. Es ist eine Philosophie, die die Polizeiarbeit in allen Aspekten prägen soll. Es geht darum, proaktiv und präventiv zu handeln und nicht nur zu reagieren, wenn die Probleme sich ankünden oder schon eskaliert sind. In der heutigen, schnelllebigen und vielfältigen Gesellschaft ist die Notwendigkeit von einer starken vertrauensvollen Beziehung zwischen der Polizei und der Bevölkerung grösser, denn je. Mit einem systematischen Ansatz wie im «Community Policing» können wir die Beziehung stärken. Dazu gehört, dass Polizeibeamte Teil von diesen verschiedenen Anspruchsgruppen und Gemeinschaften vor Ort werden, ihre Sorgen und Nöte kennen und auch als Ansprechpartner wahrgenommen und anerkannt werden. Ein weiterer zentraler Punkt ist der Einbezug der Bürgerinnen und Bürgern in Sicherheitsfragen. Die Bürger*innen sollten nicht nur als passive Empfänger von Sicherheitsdienstleistungen gesehen werden, sondern auch als aktive Partner. Das kann man zum Beispiel erreichen mit regelmässigen Bürgerversammlungen oder Veranstaltungen, Umfragen oder auch den gemeinsamen Projekten im Quartier. Ausserdem sollte «Community Policing» in der Stadt Bern auch die kulturelle Vielfalt und unterschiedliche Bedürfnisse der Bevölkerung spiegeln. Die Polizeibeamten sollten in interkultureller Kompetenz geschult werden, was ja heute auch schon der Fall ist, aber um effektiv respektvoll mit allen Gemeinschaftsmitgliedern umzugehen können, muss da noch einen Schritt mehr gemacht werden. Ich bin auch der Auffassung, dass das Polizeikorps kulturell vielfältiger zusammengesetzt sein sollte. Alles, als es heute der Fall ist, was wiederum zu einer höheren Akzeptanz der Polizei führen würde. Ich bin sogar überzeugt, dass ein verstärkter «Community Policing»-Ansatz, nicht zuletzt auch dem Fachkräftemangel bei der Polizei würde entgegenwirken.

Ich hänge auch das Fraktionsvotum an: Auch die SP/JUSO-Fraktion steht hinter dem «Community Policing»-Ansatz und dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Die

SP/JUSO-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass sich es der Gemeinderat etwas zu einfach macht mit seiner Antwort. Wie bereits im Namen der Einreichenden ausgeführt, sind wir der Ansicht, dass der «Community Policing»-Ansatz viel weiter geht als die bisherige Praxis der Kantonspolizei. Entsprechend verlangt die SP/JUSO-Fraktion vom Gemeinderat, dass er sich für ein aktives weitergehendes «Community Policing» einsetzt, weil das nur förderlich sein kann. Wir möchten zum Schluss betonen, dass die «Community Policing» kein kurzfristiges Projekt ist, sondern ein langfristiger Prozess. Es braucht kontinuierliches Engagement, Ausbildung und auch Ressourcen. Darum fordern wir den Gemeinderat auf, den Ansatz als grundlegenden Teil der Polizeistrategie zu verstehen und sich bei der Kantonspolizei entsprechend für ein weitergehendes «Community Policing» einzusetzen. Merci vielmals für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals, Diego Bigger. Wir wären bei der Fraktionsvoten. Das wäre Lea Bill für das GB/JA!

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Mein Vorredner hat schon relativ viel gesagt, darum kann ich es kurz machen. Wir sind ehrlich gesagt, weder mit dem Vorstoss noch wirklich mit der Antwort des Gemeinderats wirklich zufrieden. Wir finden, dass der Gemeinderat in seiner Antwort zwar einige Sachen schon richtig sagt und dass viel gemacht wird, aber dass wir so ein bisschen den Eindruck haben, dass er das Vertrauensproblem, das die Polizei durchaus hat, nicht wirklich ernst nimmt und wir auch das Gefühl haben, dass eigentlich die Gemeinde dort mehr in die Verantwortung gehen sollte, die Kultur oder den Auftritt der Polizei auch zu ändern und dort mitzusteuern. Weil wir wollen, dann eigentlich Schluss machen mit immer nur Robocops an allen Demos und dass das einfach halt auch wirklich irgendwie eine andere Kultur und anderen Dialog gibt. Gleichzeitig sind wir auch nicht dafür, dass es mehr präventive Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum gibt. Auch wenn wir den Ansatz, den der Vorstoss fordert, nicht komplett schlecht finden und schlussendlich haben wir uns dann entschieden, dass wir uns enthalten werden. Merci.

Präsident: Danke vielmals, Lea Bill. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein, dann hat hier das Wort Herr Gemeinderat Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Diego, wenn wir Leute in unser Korps mit einem C Ausweis zum Beispiel aufnehmen wollen, dann kann man mit mir das absolut diskutieren. Ich fände die Vielfalt eigentlich zielführend. Ich finde das auch angesichts des Fachkräftemangels, der uns da droht, finde ich eigentlich, dass es nicht sein kann, dass man einen ganzen Teil der Bevölkerung, die hier zur permanenten Wohnbevölkerung zählt, dass man die als Rekrutierungsreservoir einfach gerade ausschliesst. Leider ist auch das aber im kantonalen Polizeigesetz geregelt und dort ist die Regel sehr klar. Also es müssen Schweizerinnen und Schweizer sein. Ich persönlich wäre da deutlich offener. «Community Policing»: Wir legen das dar. Wir machen das schon lange. Wir haben Bezirkschefs in jedem Bezirk. Wir gehen mit den Bezirkschefs und sie selber, wir gehen in die Quartierorganisationen. Wir sitzen zusammen. Wir befragen die Leute: «Wo drückt der Schuh? Was habt ihr für Probleme?» Meistens ist es ein Verkehrsproblem, wo auf das Tapet kommen. Wir haben die Jugendpatrouillen, die den Dialog mit den jungen Menschen führen. Wir haben die Dialogteams im Einsatz bei Fussball-Match, bei Kundgebungen, Demos und und und. Wir besuchen alle Schulen, sensibilisieren für die Verkehrssicherheit unsere Kids und und und. Wir leben das! Wir leben das und

darum nimmt ja der Gemeinderat diesen Vorstoss auch an und will ihn gleichzeitig als Begründungsbericht verabschieden.

Präsident: Merci vielmals, Reto. Wir sind bei dem Traktandum bereit zur Abstimmung. Wir Stimmen ab über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2020.SR.000256: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	40	
Nein	12	
Enthalten	15	Namensliste 020

Präsident: Ihr habt die Motion als Richtlinie gutgeheissen. Wir nehmen damit auch gleichzeitig den Begründungsbericht ohne Abstimmung zur Kenntnis.

2020.SR.000005

**15 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer/Marcel Wüthrich, GFL):
«Urban Mining»: Baustoffrecycling-Konzept bei Baueingaben**

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 15. Das ist ein Postulat der Fraktion GFL/EVP. Die ist vom Gemeinderat zur Annahme empfohlen worden. Ich frage hier in die Runde: Ist die bestritten? Die ist bestritten. Dann übergeben wir das Wort den Einreichenden. Für die GFL/EVP, Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Einreichenden: Das vorliegende Postulat von der GFL/EVP-Fraktion mit der Unterstützung von der AL und PdA, vom grünen Bündnis und von den Grünliberalen, mit dem wird den Gemeinderat eingeladen haben, in einem spezifischen Aspekt der Kreislaufwirtschaft aktiv zu werden. Es ist also ein Vorstoss mit langfristigem Charakter. Es soll nämlich so sein, dass die Baueingaben, dass die schon vor dem Bauen ein Baustoff-Recycling-Konzept brauchen. Auf diese Art können wir viele wertvolle Rohstoffe wiederverwenden, statt sie neu herstellen zu müssen. Heute ist es nämlich häufig so, dass man beim Abreissen von Gebäuden feststellen muss, dass die ursprünglichen Baustoffe nicht getrennt werden können und darum manchmal sogar im Sondermüll, häufig aber mindestens im Abfall landen. Ein einfaches Beispiel sind Holz und Kunststoffe, die untrennbar miteinander verleimt worden sind. Das Ziel hier müsste zum Beispiel dann sein, dass man nicht mehr kleben würde, sondern dass man würde stecken oder schrauben. Das angestrebte Baustoff-Recycling-Konzept ermöglicht, dass die Art von Kreislaufwirtschaft bereits vor dem Bauen berücksichtigt wird, so dass auch Erneuerungen und Austauschen von einzelnen Baumodulen zum Standard werden können. Ich will nur auf einen spezifischen Punkt eingehen. Es sind 4 Punkte, die mit dem Postulat verbunden sind. In Punkt 3, laden wir wirklich den Gemeinderat auch ein, dass er prüfen soll, wie Baugesuche prinzipiell auch können verschlankt werden. Aber so dass ökologische und Klimabedingte Überlegungen und Eingaben eben nicht als zusätzliche Belastungen empfunden werden, aber trotzdem einen zentralen Fokus vom Bauen bilden können. Die Einreichenden lassen dem Gemeinderat gerne den Weg offen, wie die formulierten Ziele zu erreichen sind. Wir gehen anhand

von der knappen Antwort des Gemeinderats davon aus, dass wir offene Türen aufstossen. Vielleicht gibt es aber Neues vom Gemeinderat. Der Vorstoss ist immerhin schon dreijährig. Die GFL/EVP-Fraktion unterstützt das Postulat selbstverständlich und wartet gespannt auf den Prüfungsbericht. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Marcel. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Dann käme Nora Joos für das GB/JA!.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Wie Marcel schon einleitend gesagt hat, trägt der Gebäudesektor viel Verantwortung. 1/4 der CO₂-Emissionen in der Schweiz, ist laut dem BAFU auf unsere Gebäude zurückzuführen. Darin enthalten ist das Bauen selber, das Heizen und das Dämmen, die Stromproduktion und eben auch die Abfallvermeidung. Das Recyclen und die Wiederverwendung von Baustoffen ist somit ein grosser und wichtiger Hebel, um Netto 0 auf städtischem Boden zu erreichen. Die GB/JA!-Fraktion ist darum klar für die Einführung von einem Baustoff-Recycling-Konzept bei jeder Baueingabe, und wir freuen uns auf die Abklärungen und die möglichst schnelle Umsetzung des Gemeinderats. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Nora. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte hier das Wort, wenn auch gewünscht, Herr Gemeinderat Reto Nause. Er verzichtet, das heisst wir können hier direkt zur Abstimmung schreiten. Wir stimmen ab über Traktandum Nummer 15 als Postulat.

Abstimmung

2020.SR.000005		
Annahme		
Ja	53	
Nein	12	
Enthalten	0	Namensliste 021

Präsident: Das ist angenommen worden.

2020.SR.000286

16 Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP (Bernhard Eicher, FDP/Alexander Feuz, SVP): Klare Definition der Geschäftsfelder von ausgelagerten Betrieben

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 16. Das ist eine interfraktionelle Motion von FDP/Jungfreisinn, SVP: Sie ist bestritten durch den Gemeinderat. Ich übergebe darum das Wort den Einreichenden. Ja, kommt niemand für die Einreichenden? Vivianne Esseiva.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Einreichenden: In dieser Motion wollen wir ganz klare Abgrenzungen von den Stadtwerkbetrieben. Ja auch diese Motion ist ein bisschen in die Jahre gekommen. Es ist damals darum gegangen, dass eben gerade im Kanton, zum Beispiel die BKW sehr viele Sachen einkauft und dass wir gewollt haben, dass es die EWB definitiv nicht macht. Die EWB hat da eine andere Strategie. Wir sind jetzt

auch gerade vor kurzem bei der EWB gewesen und haben auch gesehen, dass sie sich mittlerweile wirklich auch mehr auf ihre Fokusthemen fokussieren. Nicht destotrotz ist gerade die jüngste Meldung vom Internet, die eben die EWB eine Zeitlang betrieben hat, die sie jetzt abstossen, auch ein Zeichen, dass sich da eben die stadtnahen Betriebe auch etwas ausserhalb von ihren klaren Geschäftsfeldern bewegen. Und darum finden wir es nach wie vor wichtig – eben momentan ist es nicht so – denn es soll nicht personenabhängig sein, wie die Strategien von diesen ausgelagerten Betrieben sind. Es sollen also ganz klare Geschäftsfelder definiert werden.

Präsident: Ich bitte ein bisschen mehr um Ruhe, ich verstehe Vivianne nicht mehr.

Vivianne Esseiva (FDP) setzt ihr Votum fort: Deshalb würden wir Ihnen empfehlen, die Motion anzunehmen. Es ist in unserem Interesse, dass es ganz klare Aufgabengebiete gibt von diesen ausgelagerten Betrieben und – eben wie vorher hat schon gesagt – es soll nicht personenabhängig sein oder gerade von die, die aktuell dort das sagen haben, was die Geschäftsfelder sind. Sondern, dass wir ganz klar wissen, was ihre Geschäftsfelder sind. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Vivianne. Wir wäre bei der Fraktionsvoten. Lena Allenspach für die SP/JUSO-Fraktion.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Ich halte das Votum von Johannes Wartenweiler: BERNMOBIL und EWB sind um die Jahrhundertwende aus der direkten Kontrolle der Stadt Bern entlassen worden. Seit dann fungieren sie als öffentlich-rechtliche Anstalten, die im Alleinbesitz der Stadt Bern sind. Das ist ein Konstrukt aus seinerzeit. Die einen wollten eine komplette Privatisierung und die anderen haben das so sein lassen wollen, wie es gewesen ist. Ich wage zu bezweifeln, dass man sich heute in Bern noch einmal gleich entscheiden würde. Auch in den Städten Zürich und Basel sind die industriellen Betriebe immer noch ein Teil von der städtischen Verwaltung. Ich wüsste diesbezüglich von keinen grösseren Problemen. Es ist so wie es ist. BERNMOBIL und EWB machen ihre Arbeit gut. Sie sind immer noch zuverlässige Dienstleister im Bereich Mobilität und Energie und das braucht die Stadt Bern auch. Nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung mit einem starken Service Public, sondern auch als wichtiger Pfeiler für die Umsetzung der städtischen Klimastrategie. Jetzt hat man die beiden Unternehmen in die operative Unabhängigkeit entlassen und das ist jetzt schon wieder nicht gut. Der Widerstand des Gewerbes gegen ein wirtschaftlich agierendes, staatliches Unternehmen ist nichts Neues. Im Kanton Bern ist diesbezüglich die BKW im Fokus, die in den letzten Jahren ihre Geschäftsfelder ziemlich ausgedehnt hat und in der Stadt ist immer wieder die EWB-Tochter *Bern Elektro* am Gewerbe ein Dorn im Auge. Mit dem Hinweis auf Artikel 22 von der GO, verlangt die Motion die Anpassung des EWB-Reglements und die Einschränkung der gewerblichen Tätigkeit und da wird nur auf den ersten Teil des Artikels verwiesen, wo der Vorrang der Privaten gegenüber der Stadt postuliert wird. Der hintere Teil der Motion fällt hingegen unter den Tisch, wo es heisst «und öffentliches Interesse es erfordert». Ohne dass ich Juristin bin, wage ich zu behaupten, dass in dieser Motion der Artikel 22 unvollständig ausgelegt wird. Der Vorrang von Privaten gilt nur so lange, solange es kein öffentliches Interesse tangiert wird und ich wage weiter zu behaupten, dass das Wohlergehen der EWB und seiner Stellung auf dem Markt im öffentlichen Interesse ist. Wir alle sind daran interessiert, dass die EWB sich entwickeln kann und nicht durch engmaschige Beschränkungen bei seinen Aktivitäten zurückgebunden wird. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Motion ab,

auch als Postulat. Wir würden allerdings die Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht annehmen.

Präsident: Danke vielmals, Lena. Dann käme als nächstes der Alexander Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Auch wir haben mit der EWB eine Besprechung gehabt. Es ist richtig, sie haben sich jetzt gebessert, und die Konsequenzen teilweise gezogen, aber wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir wollen, dass ihr die Motion gutheisst. Das ist ein Problem. Ihr seht es immer wieder bei den Geschäftsfeldern: Es kann wieder eine andere Situation oder es kann wieder eine andere Zusammensetzung sein und dann will man wieder ausdehnen. Und ich bin eben der Meinung und das ist der Punkt, wo ich Lena Allenspach widerspreche, denn es kann nicht sein, dass einer mit städtischen Mitteln geförderten oder wo die Stadt massgeblich beteiligt ist, seine Funktion ausweiten kann, weil er eben ein Monopolbetrieb ist. Er geht beispielsweise kontrollieren, ob die Heizungen bzw. ob das elektrische gut sind. Dann stellt man fest: «Aha, das Dach sollte man wieder einmal neu machen» und dann meldet man das und dann kommt nachher die Offerte und dann hat die EWB einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen. Und das ist für mich einfach nicht zulässig, das muss man auch ganz klarsehen. Die Interessen die BERNMOBIL hat, da haben wir dann immer beim Tram darüber diskutiert. Wenn ich in Verwaltungsrat wäre von BERNMOBIL, möchte ich auch nur noch die Tramlinien, weil dann könnt ihr nämlich alle anderen, die eine Buslinie machen ausschliessen, denn das Tram hat viel die längere Konzessionsdauer als mit dem Bus. Das sind alles Sachen, die ich unternehmerisch, durchaus verstehen kann, aber ihr kämpft ja auch wiederum gegen Eure Steuerzahler, gegen die Arbeitgeber Eurer Mitglieder und darum bin ich der Meinung und ihrer Meinung, dass man hier dieser Motion zustimmen muss. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Dann käme als nächstes für die GFL/EVP-Fraktion, Lukas Gutzwiller.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion wird die Motion ablehnen, aber Postulate und Prüfungsberichte annehmen. Wir sind nicht ganz sicher, was die Motionäre genau wollen, auf was sie anspielen. Alex Feuz hat es vorher mal noch etwas ausgedeutet. Es gibt auch einen wesentlichen Unterschied zwischen BKW, die wirklich bekannt ist, dass sie sogar im Ausland Ingenieure-Firmen aufkauft und Stadien-Beleuchtungen in Berlin oder Hamburg oder wo auch immer, installiert und dass die BKW natürlich eine Staatsgarantie hat mit einer Mehrheitsbeteiligung durch den Kanton. Die EWB, das ist uns allen klar gehört 100% der Stadt. Aber EWB hat, aus unserer Sicht, bis jetzt das Augenmass gewahrt und hat nicht zu fest das Kleingewerbe bis jetzt nicht konkurrenziert. Auf jeden Fall ist uns kein Fall bekannt. Im Übrigen der Fall, der Alex vorher geschildert hat, dass das EWB in die Häuser geht und sagt: *Ah, da könnte man das Dach sanieren», das wäre absolut im Sinne der Energiestrategie und von der Klimaneutralität. Dann soll uns sonst der Motionär aufzeigen, wie das EWB in Zukunft damit umgehen soll. Ob sie den Besitzer an die Energieberatung verweisen oder was es tun soll. Aber zum dort Vorwärtskommen wäre es schon dringend nötig, dass der Informationsfluss gewährleistet ist.

Präsident: Merci vielmals, Lukas. ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat auch hier das Wort... Verzichtet,

dann sind wir bereits bereit für die entsprechende Abstimmung. Ich frage noch einmal in die Runde, ich habe es nicht registriert. Hat jemand die Wandlung beantragt von den Einreichenden? Nein, dann stimmt... Nicht gewandelt? Definitiv nicht gewandelt. Wir stimmen ab über die Motion.

Abstimmung

2020.SR.000286		
Ablehnung		
Ja	13	
Nein	53	
Enthalten	0	Namensliste 022

Präsident: Die ist abgelehnt.

2019.SR.000364

17 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Sorg/Nadja Kehrli-Feldmann, SP) - übernommen durch Michael Sutter (SP): Kinderschutz in der digitalen Welt – eine Sensibilisierungskampagne der Stadt Bern

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 17. Das ist eine Motion der Fraktion SP/JUSO. Die ist zur Annahme empfohlen. Ich frage darum in die Runde: Ist die bestritten? Die ist bestritten. Dann übergebe ich das Wort den Einreichenden. Da käme Valentina Achermann.

Valentina Achermann (SP) für die Einreichenden: Kinderschutz in der digitalen Welt ist eine grosse Herausforderung. Immer mehr Eltern veröffentlichen regelmässig Fotos und Videos von ihren Kindern in den sozialen Medien. Es gibt einen neuen Begriff dazu, dann nennt sich «Sharenting». Also «Sharenting»: Share, von Teilen und Parenting von Elternschaft. Das passiert in den allermeisten Fällen aus absolut harmlosen Gründen. Man ist vielleicht stolz auf das Kind. Man möchte die Familie und auch Freundinnen am eigenen Leben teil haben lassen oder man findet etwas, das das Kind macht, so lustig, dass man eigentlich die ganze Welt auch will zum Lachen bringen. Die meisten geteilten Bilder und Videos sind unbedenklich, aber oft fehlt es an Medienkompetenz und an Weitsicht, was achtlos gepostete Bilder von Kindern auslösen können. Besonders wenn das Kind durch das blossgestellt wird, kann das zum aktuellen Zeitpunkt, aber eben auch viel später zu Cyber Mobbing führen und die Schweiz ist Europameisterin, was Mobbing anbelangt. Die Kontrolle darüber, was mit diesen Bildern passiert und wo sie landen, die verliert man im Internet extrem schnell. Es hat leider auch schon Fälle gegeben, wo harmlose Ferienfotos von Kindern zu Kinder-Pornographischen Zwecken missbraucht worden sind. Beim Phänomen «Sharenting» geht es um grundlegende Fragen von Kinderrechten und Privatsphäre und um Selbstbestimmung. Die Grenze dazwischen, was okay ist und was vielleicht auch eine problematische Mediennutzung ist, das ist nicht ganz einfach zu erkennen. Aus diesen Gründen sollen Kinder, Eltern und Behörden auf den Kinderschutz in der digitalen Welt und ganz besonders auf «Sharenting» sensibilisiert werden. Während es in Deutschland und Frankreich bereits Bestrebungen gibt, wird das Thema in der Schweiz noch kaum diskutiert. Die Stadt Bern soll in Sachen Prävention, Sensibilisierung und Aufklärung, aber auch hinsichtlich

von der Beratung von betroffenen Personen aktiv werden und eine Vorreiter*innenrolle einnehmen. Darum fordert die Motion von der SP/JUSO-Fraktion eine Sensibilisierungskampagne für den Kinderschutz in der digitalen Welt und eine städtische Anlaufstelle für Kinder und Eltern, die auf *Sharenting* spezialisiert ist. Wir freuen uns sehr, dass der Gemeinderat ebenfalls den Bedarf für einen guten und gesunden Umgang mit digitalen Medien und für das Thema «Sharenting» sieht, dass sie den erkannt haben und dass sie auch bereits aktiv geworden sind, und dass die Bemühungen im Rahmen von den bestehenden Strukturen beim Gesundheitsdienst erfolgen sollen. Das ist aus unserer Sicht sinnvoll. Hier besteht bereits eine Fachstelle, die über die Kompetenzen in den Bereichen digitale Medien, Beratung, Prävention und Kinderschutz verfügt. Merci vielmals, wenn Sie dieser Motion zustimmt.

Präsident: Danke vielmals, Valentina. Dann wären wir bei den Fraktionsvoten. Da käme Florence Pärli Schmid. Du musst noch schnell warten. Ich sehe dich noch nicht.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Die Fraktion FDP/JF erachtet es als sehr wichtig, dass Kinder in der digitalen Welt geschützt sind und die Gefahren kennen und eben auch den Umgang damit lernen. Darum wäre die Fraktion FDP/JF an einer Sensibilisierungskampagne nicht abgeneigt, so eine Kampagne müsste aber nicht durch die Stadt, sondern durch den Kanton oder bestenfalls durch den Bund organisiert und durchgeführt werden. Schliesslich bedrohen die Gefahren von Kindern in der digitalen Welt nicht nur Stadtberner Kinder. Die Gründung von einer städtischen Fachstelle lehnt die Fraktion FDP/JF aber ab. Fragen zu «Sharenting» sollen über die Polizei gestellt werden können und auch von ihr beantwortet werden. Und aus diesen Gründen lehnt die Fraktion FDP/JF die Motion im Ganzen ab. Merci.

Präsident: Danke vielmals, Florence. Dann kommt als nächstes Sarah Rubin für das GB/JA!. Einen kleinen Moment, die Anlage spinnt. Ist gut.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Digitale Medienkompetenz ist nicht nur bei Kindern und Jugendlichen ein Thema, wo es hinzuschauen gilt. Die Entwicklung von digitalen Möglichkeiten schreitet so schnell voran, dass ein reflektierter Umgang für viel ganz schwierig wird. Glaubt man, dass wir jetzt in der einen Thematik einmal einen reflektierten Umgang gefunden haben, da steht schon die nächste vor der Tür. Und häufig wird das Medienverhalten von Kindern und Jugendlichen pauschal problematischer als das von Erwachsenen dargestellt und das wird jetzt zum Beispiel eben dem Umstand vom «Sharenting» nicht gerecht. Hier hat nicht nur die Medienkompetenz der Erwachsenen Entwicklungsbedarf, sondern sie tangiert dann auch in grossem Mass die Integrität von Minderjährigen. Jeder Mensch hat das Recht auf das eigene Bild. Die UN-Kinderrechtskonvention sieht im Artikel 16 explizit den Schutz der Privatsphäre vor, aber trotzdem werden Fotos von Kindern ungefragt digital verbreitet, wie schon Valentina gesagt hat, meistens nicht in böser Absicht. Oft ist es den Leuten nicht bewusst, dass zum Beispiel WhatsApp eine digitale Plattform ist, und wenn man die AGB von solchen Plattformen durchliest, steht dort häufig darin, dass der Anbieter für sich das Recht herausnimmt, Nutzerfotos weiter zu verbreiten. Es kann also dann durchaus sein, dass man sein harmloses Familienprofilbild in irgendeiner Werbung und so auch öffentlich wieder findet. Sharenting» ist, wie schon gesagt, ein Aspekt von einem grossen Themenbereich digitale Medienkompetenz. Wir begrüssen es darum sehr, dass der Gemeinderat die wachsende Dringlichkeit von diesen umfassenden und komplexen Themen, also denen von der problematischen Mediennutzung anerkennt, auch über die

Schulen hinaus. Wir erwarten, dass der Gemeinderat dementsprechend sein Versprechen aus dem Jahr 2020 einlöst, auch wenn er schon dann in der Antwort sparmotivierte Vorbehalte einräumt. Das Angebot «digitales Gleichgewicht», wo von Schulen gebucht wird, von Schulen gut gebucht wird, wo auch Eltern ansprechen soll, wird dem grossen Handlungsbedarf auf diesem Gebiet nicht gerecht, ist aber ein unerlässlicher Teil von anzustrebenden zukünftigen Angeboten. Ich habe mit dieser Fachperson geredet, die das sehr beliebte Angebot auch an unserer Schule durchgeführt hat. Sie redet – wie auch im Gemeinderatsvortrag erwähnt – von einer massiv grösseren Nachfrage als ihr kleines Team abdecken kann. Ausserdem ist das Angebot so wie es eben bei uns in der Schule ist durchgeführt worden, primär auf die Medienkompetenz von Jugendlichen ausgerichtet und noch weniger auf die von den Eltern. Jetzt sind seit der Antwort vom Gemeinderat schon 3 Jahre vergangen. Das ist eine kurze Zeit im digitalen Zeitalter. Es gilt jetzt also nicht mehr noch mehr Zeit zu verlieren und den Menschen auf dem Weg zur digitalen Kompetenz Unterstützung zu bieten, auch im Interesse von einer funktionierenden Gesellschaft, die besonders auch Interessen von Schutzbedürftigen wie Kinder wahrnehmen soll. Wir nehmen die Motion mit Überzeugung an und begrüssen es, dass der Gemeinderat bereit ist, die Motion konkret anzugehen, auch wenn es einfach als Richtlinie gilt. Auch als Richtlinie muss in Bezug auf die nach wie vor fortschreitende Digitalisierung auch gelten, dass man bestehende und zukünftige Angebote laufend auf Aktualität prüft und weiterentwickelt, auch gerade was den Ressourcenbedarf betrifft. Merci vielmal.

Präsident: Danke vielmals, Sarah Rubin. Dann käme als nächstes für die GLP/ JGLP-Fraktion, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Wir haben in der Fraktion lange und ausführlich über die Motion diskutiert. Kinderrechte und Kinderschutz sind uns sehr wichtige Anliegen. Die Kinder können in den allermeisten Situationen nicht selber für ihre Rechte einstehen und darum sind die Erwachsenen da in der Verantwortung. Das sogenannte «Sharenting» ist vielleicht ein eher neueres Phänomen, aber wenn man anschaut, wie rasant sich die Benutzung von sozialen Medien in den letzten 10 bis 15 Jahren entwickelt hat, kann man davon ausgehen, dass die Herausforderungen künftig noch grösser werden und ja, es ist darum sehr wichtig, die Medienkompetenzen sowohl von den Erwachsenen als auch von den Kindern zu fördern und besonders auf die Risiken von der digitalen Welt hinzuweisen. Dafür gibt es in Bern schon einige Angebote, wie zum Beispiel die Fachstelle «Gesundheitsförderung und Prävention», die sich als breit aufgestellte und gut etablierte Anlaufstelle mit dem Schwerpunkt Prävention und digitale Medien befasst. Da ist das Beratungsangebot «digitales Gleichgewicht» von meinen Vorrednerinnen schon erwähnt worden. Es gibt aber auch, zum Beispiel in den älteren Briefen von Pro Juventute, auch solche Informationen für junge Eltern. Wir finden eine starke Sensibilisierung in dem Bereich wichtig, aber wir haben uns auch gefragt, ob das wirklich die Stadt soll und machen muss, oder ob es nicht sinnvoller ist, wenn hier eine grössere und wirklich breit angelegte Kampagne aufgelegt wird, die kantonal oder gar national ist, oder wenn sich ein Verein oder eine sonstige Institution sich so einer Kampagne annehmen würde. Wir sehen es finanziell leider eher nicht, dass dafür auch noch zum Beispiel eine zusätzliche Stelle geschaffen werden würde, und wir sind darum nach ausgiebiger Erwägung zum Entschluss gekommen, dass wir die Motion ablehnen werden.

Präsident: Merci vielmals, Janina. Dann käme Lukas Wegmüller von der SP/JUSO-Fraktion.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt diese Motion selbstverständlich. Als Vater von 2 Kindern kenne ich natürlich das Gefühl, das Glück mit der ganzen Welt teilen zu wollen. Meine Partnerin und ich haben das nachher am Anfang besprochen und haben uns entschieden, dass wir das nicht machen und ich verstehe aber alle, die sich anders entscheiden und finden, sie möchten gerne das Glück auf Fotos von ihren Kindern in die Welt hinaustragen. Wichtig ist es dort, dass man weiss, was die Risiken sind und wichtig ist es vor allem auch, dass man weiss, dass die Risiken vor allem die kleinen, herzigen Kinder tragen. Die Motion soll helfen, für genau die Risiken zu sensibilisieren. Sobald die Fotos veröffentlicht sind, geht nämlich die Kontrollen komplett verloren. Es gibt verschiedene Gründe, warum Kinderfotos eigentlich nicht sollten in das Netz gelangen. Meine Vorrednerinnen und die Motion auch selber haben Bezug darauf genommen und einfach vielleicht noch 2, die bis jetzt nicht genannt worden sind. Das eine ist der Artikel 16 von der UNO-Kinderrechtskonvention: Die hält nämlich fest, dass Kinder ein Recht auf Privatsphäre haben und Grundrechte gewährleistet. Das Recht am eigenen Bild und Recht auf Selbstbestimmung von diesen Kindern das bedeutet, dass grundsätzlich Eltern eigentlich ohne Einwilligung von ihren Kindern nichts posten dürfen, und dass das bei kleinen Kindern anspruchsvoll ist, ist einerseits klar und dass es bei Babys wahrscheinlich auch unmöglich ist, ebenfalls. Die Eltern müssen sich einfach da bewusst sein, dass das Selbstbestimmungsrecht rückwirkend eingefordert werden kann und es gibt auch schon Gerichtsurteile zu dem. Und das Zweite und das ist eigentlich fast das Wichtigste und das heisst «Deepfake». Vor kurzem hat die deutsche Telekom in einem recht eindrücklichen Video, das «eine Nachricht von Ella» heisst vor «Deepfake» gewarnt. Dort basiert es quasi auf einem Kinderfoto und zeigt, was man aus dem machen kann. Das Risiko dabei ist der Identitätsdiebstahl. Die bahnbrechende Anwendung von «Deepfake»-Technologie wird sich wahrscheinlich noch massiv potenzieren und wir haben absolut keine Ahnung, wo es enden wird. Der Auf- und Ausbau von Medienkompetenz erscheint uns aus diesem Grund als sehr elementar und der Gemeinderat unterstützt das ja ebenfalls, was uns grundsätzlich sehr freut. In dem Sinn dankt die SP/JUSO-Fraktion für Eure Unterstützung und ich für Eure Aufmerksamkeit. Merci.

Präsident: Merci, Lukas. Wir wären in dem Fall, wenn ich auf die Tafel schaue, fertig mit der Fraktionsvoten. Man kann sich anmelden für die Einzelvoten. Ich sehe keine weiteren... doch, nein, keine weiteren Einzelvoten. Dann käme jetzt zum Schluss Frau Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Wenn die Eltern Kinder-Fotos oder Videos in das Netz stellen, dann denken sie meistens nichts Böses dabei. Sie wollen, wie gesagt worden ist von den Vorrednerinnen und Vorrednern ihre Kinder einfach der Öffentlichkeit zeigen. Sie sind auch stolz auf ihre Kinder. Für den Gemeinderat ist das nachvollziehbar. Aber der Gemeinderat ortet eben auch Risiken, die mit dem Vorgehen verbunden sind. Ich kann die kurz erwähnen, viele sind von euch auch schon erwähnt und ausführlich behandelt worden. Zum einen die Privatsphäre und die Autonomie der Kinder wird beeinträchtigt und dabei darf man einfach nicht vergessen, die Bilder stehen immer im Netz, auch wenn die Kinder Jugendliche oder Erwachsene sind, haben sie Sachen im Netz über sich, die sie gar nicht mehr wollen und man kann die Fotos und Videos dann auch nicht einfach so löschen. Zweitens die potenzielle Stigmatisierung.

Man weiss von Umfragen, dass Kinder es nicht immer gerne haben, wenn man sie in einer familiären privaten Situation einfach so in der Öffentlichkeit zeigt. Aber da können Kinder eben häufig auch nichts mehr dagegen machen, weil es schon passiert ist. Aber es ist eben auch gefährlich, wenn man so solche Fotos in das Netz stellt. Es gibt Personen, die gezielt nach harmlosen Kinderbildern suchen und sie dann nachher im Sexualisierten Kontext missbrauchen. Und der letzte Punkt, der glaube ich von niemandem von ihnen erwähnt worden ist, ist aber auch, dass die Fotos eben stark für Mobbing missbraucht werden können, auch wenn es vielleicht harmlose Bilder sind, kann man die digital nachbereiten. Und Mobbing, das wissen wir, das ist ein riesengrosses Thema bei uns in der Stadt Bern, in vielen Orten. Das ist auch ein Thema, das vom Kinderparlament gekommen ist, dass wir uns sollen gegen Mobbing wenden und von dem her, ist auch wenn wir uns jetzt hier engagieren, dass eben Fotos nicht einfach so ins Netz kommen, das auch ein wichtiger Schritt zur Mobbing-Prävention. Das Thema ist also aktuell. Der «Kinderschutz Schweiz» hat in den Sommerferien eine Kampagne lanciert «Bilder ohne Bilder» für das Sensibilisieren und um auf das Posten von Kinderfotos zu verzichten. Wir können und müssen etwas dagegen tun, auch in der Stadt Bern. Denn die vorliegende Motion nimmt das Thema auf und fokussiert eben dort, wo die Kinder im Moment leben und von dem her finde ich, dass die, die sagen: «Ja andere sollen...», das kann man immer sagen, dass andere sollen, aber die Kinder die Leben jetzt. Ihre Eltern stellen jetzt die Fotos in das Netz und darum sind wir als Stadt auch verpflichtet hier hinzuschauen und Massnahmen zu greifen und falls dann irgendwann auf kantonaler Ebene oder auf Bundesebene die entsprechenden Massnahmen erlassen worden sind, kann man ja dann die in der Stadt Bern auch immer wieder streichen. Bei der vorliegenden Motion wird vor allem auf die Eltern fokussiert. Der Gemeinderat geht bei dem Thema davon aus, dass wir auch zusätzliche Kreise miteinbeziehen möchten, insbesondere die Kitas, Spielgruppen, Schulen und Fachstellen, die sich in dieser Thematik engagieren. Also es ist nicht so, dass wir alles von der Stadt alleine neu machen würden, sondern man würde auf alle Fälle auch mit den bestehenden Fachstellen zusammenarbeiten. Ich komme zum Schluss: Nicht mit Fremden mitgehen, keine Süßigkeiten annehmen oder Vorsicht beim Strassen überqueren, Eltern wollen ihre Kinder vor Gefahren beschützen. Was aber im realen Alltag normal ist, ist eben im digitalen Raum häufig anders und kein Kind kann sich alleine gegen Gewalt schützen. Sei das im realen oder im digitalen Raum und darum sind wir als Gesellschaft, darum sind wir auch als Stadt Bern verpflichtet, die Schwächsten in unserer Gesellschaft, die sich nicht wehren können zu schützen und darum bitte ich Euch, auch im Namen vom Gemeinderat die Motion anzunehmen.

Präsident: Merci vielmals, Franziska. Wir sind auch bei dem Traktandum bereit für die Abstimmung. Wir stimmen ab über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2019.SR.000364: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	45	
Nein	21	
Enthalten	0	Namensliste 023

Präsident: Sie haben die angenommen.

2020.SR.000289

18 Motion Eva Gammenthaler (AL): Problem der Meldeadressen in Bern

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 18. Das ist eine Motion von Eva Gammenthaler. Gemeinderat hat die bestritten, darum übergebe ich das Wort den Einreichenden. Da käme Simone Machado.

Simone Machado (GaP) für die Einreichenden: Es geht hier um das Problem der Meldeadresse, zu der Leute ohne Wohnung nur beschränkt oder keinen Zugang haben. Der Gemeinderat sagt, es habe mit dem Sozialdienst für Menschen ohne Wohnung einen Prozess mit Sammeladresse etabliert werden können, so dass sie sich anmelden können in der Stadt Bern. Das ist positiv zu beurteilen und die Rückmeldung gibt es auch von der kirchlichen Gassenarbeit. Es beziehen aber nicht alle Menschen ohne Wohnung Sozialhilfe, sei es, weil sie das entweder nicht wollen oder weil sie die Kriterien nicht erfüllen. Aber auch die Menschen brauchen eine Meldeadresse, zum Beispiel für den Empfang von Schriftverkehr mit den Sozialversicherungen. Für die Menschen braucht es weiterhin eine Lösung, die man etablieren muss und die heute noch nicht besteht. Zum Punkt 2: Der Gemeinderat findet das zumutbar, dass obdachlose Menschen eine Zustelladresse melden. Das ist aber für viele Menschen nicht möglich, denn sie haben kein soziales Netz oder dann kann sich nicht eine weitere Person im Haushalt anmelden, weil nachher denen, die dort wohnen zum Beispiel das Sozialhilfebudget gestrichen wird. Sie können auch nicht einfach ein Postfach mieten, denn ein Teil haben nicht das Geld. Ein Postfach kostet nämlich entgegen den Ausführungen vom Gemeinderat zwischen 120 und 240 Franken im Jahr. Postlagersendungen wiederum sind an das Vorweisen von einem Ausweis gebunden und den Ausweis bekommt man wiederum nur, wenn man eine Meldeadresse hat. Es sind also die bekannten Kreisläufe. Also wenn einem die Meldeadresse fehlt, hat man bestimmte Leistungen nicht, man kann auch keine Wohnung finden etc. Wenn man keine Wohnung hat, hat man keine Meldeadresse. Beim Punkt 3 komme ich zurück zum Punkt 1, wo eben der Zugang für obdachlose Menschen ohne Sozialhilfebezug fehlt und damit eben auch der Zugang zu den Sozialversicherungen. Zusammenfassend müssen die Möglichkeiten zur Anmeldung von Wohnungslosen Personen und zum Empfang der Post weiter ausgebaut werden, damit eben auch die Personen ohne Sozialhilfebezug erfasst werden. Das könnte eben wie in Basel mit einem Leistungsvertrag mit einer Organisation passieren, die sich dem Thema annimmt und das für die Menschen organisiert. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Simone. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Da käme die Barbara Keller von der SP/JUSO-Fraktion. Du musst noch schnell warten. Jetzt ist gut.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich habe mich ziemlich genau vor einem Jahr zuerst einmal mit dieser Problematik der Meldeadressen befasst, und zwar als uns im Rahmen einer Surprise-Führung erklärt worden ist, dass das ein riesiges Problem sei, wenn Leute eben keine Meldeadresse haben, weil man zum Beispiel verschiedene Leistungen nicht beziehen kann. Ich habe nach einer kurzen Recherche sehr froh gemerkt, dass es schon eine Motion gibt, die eigentlich genau das fordert. Dann könnte man jetzt denken, ja, dann ist ja alles gut. So ist es leider nicht. Das Problem, dass es für wohnungslose und obdachlose Personen sehr schwierig ist, den Zugang zu gewissen Leistungen zu bekommen, weil sie keine Korrespondenz- oder Meldeadresse haben, besteht weiterhin. Vor einem Jahr habe ich von der Stadt Bern die Antwort bekommen, es

gebe seit gut einem Jahr – heute also 2 Jahre – ein Angebot. «Passentenhilfe AKiB (Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Stadt Bern)» stehe offiziell als Zustelladresse für obdachlose Personen zur Verfügung. Bei diesem Angebot gibt es aber aus unserer Sicht zwei Probleme: Erstens ist es nicht bekannt, auch wenn die Stadt sagt PINTO (Prävention, Intervention, Toleranz Stadt Bern) weisse aktiv darauf hin, ist es zum Beispiel bei der Gassenarbeit völlig unbekannt. Nicht eine Person vom Team hat Kenntnis von diesem neuen Angebot. Hier noch ein kleiner Einschub: Was uns auch irritiert ist, dass die Gassenarbeit den Menschen seit jeher die Möglichkeit gibt, ihre Adresse als kurzwillige Korrespondenzadresse zu nutzen. Das Angebot ist also nicht neu, wie die Stadt sagt, sondern es gibt schon. Nur hat die Stadt jetzt einen neuen Partner und eben nicht die Gassenarbeit. Und jetzt komme ich zum viel grösseren Problem: Eine Zustelladresse reicht alleine nicht, auch wenn sie bekannt wäre. Man kann zwar Korrespondenz- oder Zustelladressen hinterlegen, das ist aber nicht das gleiche wie eine Meldeadresse. Die Meldeadresse ist Einwohnerrechtlich die relevante Adresse. Die Korrespondenzadresse bietet zwar Abhilfe zum Beispiel bei der Dokumentenbeschaffung, aber sie kann die Meldeadresse nicht ersetzen. Die Meldeadresse ist die Grundlage für Sozialdienstleistungen und andere Leistungen wie zum Beispiel Ergänzungsleistungen. Elementare Sachen werden für Leute eine riesige Herausforderung oder sogar ein Ding der Unmöglichkeit. Ich fasse noch einmal zusammen, wie es Simone auch schon gesagt hat: Keine Adresse, keine Wohnung, aber ohne Wohnung auch keine Adresse. Das ist eine Realität von wohnungslosen Personen in Bern. Man braucht eine Meldeadresse, um eine sozial existierende Person zu sein, und weil eben eine einfache Korrespondenzadresse einfach nicht reicht, nimmt die SP/JUSO-Fraktion die Motion als Motion an.

Präsident: Merci vielmals, Barbara. Als nächstes käme Thomas Glauser von der SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Wenn man sich registrieren will in der Stadt ist das bereits auf Bundesebene ganzschweizerisch geregelt, aber auch auf kantonaler Ebene ist geregelt, wie man sich zu registrieren hat. Führung vom Einwohnerregistrier-Reglement: Wenn eine Person keine Wohnadresse hat, hat er ja die Möglichkeit, in der Stadt die sogenannte «Sammelhaushaltsadresse» vorzunehmen und kann sich dort nachher auch registrieren und vor allem hat er dort auch eine Zustelladresse. Darum ist eigentlich aus unserer Ansicht die Motion ja nicht erheblich. Was auch noch ist, wenn jemand Sozialhilfe beziehen will, ist das klar geregelt nach Bundesgesetz oder kantonalem Gesetz. Und das ist nicht einfach grundlos so. Man hat viele Sozialbetrüger, für die es natürlich nachher einfacher ist, eine Sozialbetrug zu machen, – Sozialgeld zu beziehen – wenn man ihn nicht richtig registriert hat, wenn man ihn nicht richtig angeschrieben hat, wenn man nicht richtig einen Wohnsitz hat und wenn man ihn eben nicht richtig auffinden kann. Und darum sind wir von der SVP eigentlich gegen die Motion. Für uns sind die sämtlichen Anforderungen bereits erfüllt.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat das Wort Herr Gemeinderat Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Ja, ich kann den Motionärinnen und Motionären einfach nur eins anbieten, kommt doch einmal mit zu Alex Ott diskutieren. Er kann euch das alles «en Detail» erklären. Das Problem ist gelöst und zu dem Problem müssen wir jetzt nicht

noch mit einer Motion irgendwelche neuen bürokratischen Geschichten machen. Das Problem ist in Bern gelöst und das schreiben wir auch in der Antwort und ich weiss auch nicht, ob Ihr es einfach nicht glauben wollt. Und wenn Ihr es nicht glauben wollt, dann kommt bitte zu mir und dann gehen wir mit Alex Ott die Abläufe genau anschauen.

Präsident: Danke vielmals, Reto. Ich habe keine Wandlung mitgeschnitten, darum stimmen wir ab über das Traktandum 18 als Richtlinienmotion.

Abstimmung

2020.SR.000289: Antrag _		
Annahme		
Ja	39	
Nein	22	
Enthalten	0	Namensliste 024

Präsident: Die ist angenommen worden.

2020.SR.000142

19 Postulat Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Keine Zirkusvorstellungen mit Tieren in der Stadt Bern

Präsident: Wir kommen zur Traktandum Nummer 19. Das ist ein Postulat von Tabea Rai und Eva Gammenthaler, die ist ebenfalls bestritten vom Gemeinderat. Deshalb übergebe ich das Wort den Einreichenden. Da käme David Böhner von der AL/PdA.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Also der Einsatz von Tieren im Zirkus ist eine unnötige und unmenschliche Praxis und sollte auch in der Schweiz verboten sein, wie das bereits in ganz vielen Ländern der Fall ist.

Präsident: Etwas mehr Ruhe. Merci vielmals.

David Böhner (AL) setzt sein Votum fort: In Italien, Griechenland, Zypern und Malta sind sogar generelle Verbote von Tieren in den Zirkus eingeführt worden. Im Gegensatz zu den Menschen, die im Zirkus auftreten, werden die Tiere gezwungen, sind also unfreiwillige Akteure in dem Spektakel. Die Schweiz kennt kein solches Verbot. Wildtiere wie Grosskatzen, Elefanten und Roben dürfen sogar bei uns noch im Zirkus auftreten, obwohl es belegt ist, dass solche Tiere gar nicht artgerecht gehalten werden können. Der Gemeinderat lehnt das Postulat trotzdem ab, weil er findet, dass die Tierschutzgesetzgebung in der Schweiz genug streng ist und es darum nicht nötig ist, weitere Massnahmen zu ergreifen. Wir sind mit dieser Meinung nicht einverstanden. In der Tierschutzverordnung gibt es sogar Ausnahmeregelungen, die es den Zirkus erlaubt, Wildtiere auch dann mitzuführen, wenn die Mindestanforderungen des Platzbedarfs der Tiere nicht eingehalten werden kann. Die Stadt Bern könnte also in der Schweiz eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn sie so wie in dem Postulat vorgeschlagen, Auflagen würde prüfen, die eine Bewilligung für Zirkus mit Tieren oder sicher mit Wildtieren würde ausschliessen. Darum bitten wir Euch, das Postulat anzunehmen, um unnötiges Tierleid

zu verhindern und der Schweiz zu helfen vorwärtszumachen in seiner Tierschutzgesetzgebung. Merci.

Präsident: Merci vielmals, David. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Da käme für die SP/JUSO-Fraktion, Barbara Nyffeler.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion hat Sympathien für das Anliegen von dem Postulat. Tierschutz ist uns wichtig und wir sind auch froh, dass wir in der Schweiz sehr strenge Vorschriften haben zur Tierhaltung und zum Umgang mit den Tieren. Die haben auch dazu geführt, dass die Zirkusse in der Schweiz faktisch keine Vorführungen mehr haben mit sogenannten wilden Tieren. Ich mag mich jedenfalls nicht erinnern, wann das zuletzt auch in Bern gewesen ist. Die Zeiten sind vorbei, als der Zirkus Knie mit Elefanten und Löwen noch durch die Stadt gezogen ist. Die Stadt Bern bemüht sich seit Jahren um einen zeitgemässen Umgang mit Tieren, wilde oder exotische Tiere, wie man früher gesagt hat. Merci. Die dürfen im Dählhölzli alt werden, aber sie haben keine Nachfolger*innen. Das Postulat verlangt vom Gemeinderat ein Verbot von Zirkusvorstellungen mit Tieren zu prüfen. Ein generelles Verbot geht uns zu weit und wir können die Antwort vom Gemeinderat nachvollziehen und wir werden das Postulat grossmehrheitlich ablehnen.

Präsident: Danke vielmals, Barbara. Als nächstes käme Franziska Geiser vom GB/JA!

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Wir haben das Verbot von Tiernummern im Zirkus diskutiert und haben uns noch recht schwer getan mit einer Entscheidung. Einerseits die Dressurnummern mit Tieren sind offensichtlich nicht wirklich tiergerecht, auch wenn die Tierschutzaufgaben respektiert werden. Nur schon der Lärm im Zirkus-Zelt, die beengende Manege, das würde sich sicher kein Ross so auslesen. Andererseits im Bereich Zirkus ist ja schon einiges in Bewegung, wie schon Barbara gesagt hat. Früher hat es nach der Pause immer die Tiger- und Löwennummer gegeben und gegen das Ende sind dann auch die Elefanten gekommen. Beides gibt es nicht mehr. Es gibt wohl immer weniger Auftritte von Tieren in Zirkusse und es gibt ja auch immer weniger Zirkusse. Das Thema wird sich also vielleicht fast von allein erledigen. Braucht es da überhaupt noch die Stadt, die reguliert? Aber, dass die Tiershows weniger werden, bedeutet ja nicht, dass die wo es noch gibt, okay sind. Ein Verbot würde halt das Ende von Tiershows in der Manege einfach beschleunigen und gegen das spricht ja nichts. Doch ist Zirkus nicht einfach eher Nebenschauplatz, wenn es um Themen Tierrechte und Tierwohl geht. Was ist mit den Zoos und mit den Tierparks und was ist mit den Tieren, die geschlachtet werden? Im Durchschnitt isst jede Person in der Schweiz pro Jahr mehr als 50 Kilo Fleisch. Es werden ja nicht unbedingt Zirkustiere gegessen, aber wenn wir jetzt nur vom Gewicht ausgehen und zum Beispiel ein Zirkuspferd nehmen, wo etwa 300 Kilo schwer ist, werden in der Schweiz jeden Tag der Gegenwert von etwa 4'000 Zirkusrösser gegessen und in einem Jahr werden das schon 1 1/2 Millionen Zirkusrösser. Für die Tiere ist es wohl noch das grössere Problem gegessen zu werden als im Zirkus Kunststücke vorzuführen. Sollten wir nicht besser bei den grossen Themen ansetzen, wie Fleischkonsum oder eben Tierhaltung in Zoos und in Tierparks. Auf der anderen Seite nur weil es grössere Probleme gibt, heisst es ja nicht, dass man die kleinen Probleme nicht lösen sollte. So haben wir hin und her diskutiert und wir sind uns nicht einig geworden und haben Stimmfreigabe beschlossen.

Präsident: Merci vielmals, Franziska. Dann käme als nächstes Ueli Jaisli von der SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Das Postulat ist eigentlich obsolet. Es ist heute erfüllt, wir haben heute in der Schweiz eines von den strengsten Tierschutzgesetzen und alle die Forderungen, die da eigentlich gestellt worden sind, damals im 2020 mit diesem Postulat sind grossmehrheitlich, also ich will einmal sagen 95-prozentig erfüllt. Die Behauptungen, die da gemacht werden, eben dass Tiere bei Vorstellungen zu abartigen Darstellungen gezwungen werden, – also quasi schon fast Tierquälerei – ist natürlich völlig aus der Luft gegriffen. Das sind Sachen, die sicher oder ganz sicher nicht mehr dürfen und werden stattfinden. Sondern die Kunststücke, die heute die Tiere machen, die sind Tierartgerecht gestaltet, also das heisst, ein Löwe muss sicher keinen Handstand machen, ein Elefant muss keine Pirouette machen, sondern es sind angepasste Kunststücke, die dem Tier ermöglicht eben sein Können darzustellen. Und wenn wir gerade bei dem sind, ist es natürlich auch so, dass die Tiere gerne gefordert sind. Die sind gern gefordert, die wollen nicht einfach wieder in einem Käfig oder irgendwo nachher sich zur Schau stellen, sondern die wollen auch zeigen, dass sie sich eben gewisse Sachen aneignen können, dass sie gewisse Sachen lernen können, und das sind eben sehr wichtige Sachen auch für ein Tier, damit es sich verwirklichen kann, was es wirklich alles kann. Aufgrund von den strengen Tierschutzvorschriften ist es heute ja faktisch – das habe ich von einem Zirkusdirektor – nicht mehr möglich Raubkatzen oder eben Bären auf einer Zirkustournee mitnehmen zu können, ohne dass man eben die Tierschutz-Gesetzgebung verletzt. Also es ist praktisch unmöglich heute Löwen oder eben Bären transportieren zu können, ohne dass man irgendwo nachher das Tierschutzgesetz ankratzt. Aus diesem Grund sehen wir eigentlich also das Postulat als erfüllt an und werden entsprechend auch bei der Abstimmung das Postulat ablehnen. Danke.

Präsident: Merci vielmals, Ueli. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Dann käme Thomas Glauser auch von der SVP.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich bin ein Tierliebhaber. Für mich sind manchmal Tiere die besseren Menschen. Das fängt beim Hund an, geht über die Katze und ich muss sagen, wenn man jetzt da dem Zirkus alles verbieten will, da dürfte ich nachher mit meinem Hund auch nicht mehr in die Hundeschule. Ich habe es gern, wenn der Hund Freude hat, ihm spielerisch mal etwas beibringen kann und wie gesagt, als Tierfreund hält man ja die Tiere nicht nur in einem Zirkus, sondern auch im Zoo, im Tierpark, in der Hundeschule, überall. Vielleicht habt Ihr auch selbst ein Tier zuhause und wie gesagt, weltweit haben wir das schärfste Tierschutzgesetz. Aber auch in der Landwirtschaft werden die Kontrollen und die Tierschutzrichtlinien sehr streng gehalten und die Leute, die Tierquälerei auch in der Landwirtschaft machen, denen werden die Tiere beschlagnahmt. Das kann sogar bis zu Gefängnis gehen. Darum finde ich, sind eigentlich das Tierschutzgesetz und die Tierbedingungen momentan gut so in der Schweiz. Wenn ihr irgendjemanden seht, der Tierquälerei macht oder gegen die Tiere ist, wird der sofort verzeigt. Darum tun wir von der SVP die Motion ablehnen.

Präsident: Danke vielmals, Thomas. Dann käme Mirjam Arn vom GB/JA!.

Mirjam Arn (GB), Einzelvotum: Das freut mich, haben wir so viele Tierchen-Freunde hier in dem Parlament. Ich hoffe, der Ausgang dieser Abstimmung wird auch so herauskommen. Also wird auch so sein, weil das strengste Tierschutzgesetz der Welt etc., das ist, wenn irgendwie eine 150 Kilo schwere Sau nicht einmal 1 m² Platz hat und eine Milchkuh also irgendwie 3 Monate hinaus muss pro Jahr, das ist also sehr streng. Ich finde, das ist ein Argument, das einfach nicht zählt in dieser Diskussion und ob jetzt das Tierchen gerne eine Pirouette macht oder nicht, dass würde mich Wunder nehmen Ueli, wie du das herausgefunden hast, dass es das gerne macht.

Präsident: Als nächstes kommt Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ob das Tier es gerne macht oder nicht, es ist bekannt, dass gerade ein Haufen Tiere beschäftigt werden wollen. Ich habe jetzt ein Kollege, der wollte unbedingt einen Hund. Dem habe ich jetzt gesagt, nimm keinen Mudi. Mudi, das ist eine Hunderasse – eine ungarische Hunderasse - die beschäftigt werden will, die wollen spielen. Jetzt Spass bei Seite. Ich bin kurz nach vorne gegangen. Ich habe das noch erlebt. Ich sage das noch, das ist einzigartig gewesen im Zirkus Knie, als der Tiger auf dem Panzernashorn geritten ist. Das gibt es ja jetzt leider nicht mehr. Es ist für mich auch klar, die Menagerie habe ich auch immer als verfehlt angeschaut, wenn der Kragenbär in einem kleinen Zeug ist. Aber ihr müsst sehen, wir haben hier nationale Gesetze – Ihr wollt immer in die EU, Ihr wollt immer ganz gross – und jetzt, wenn dann jede Stadt ein eigenes Gesetz hat, wie man dann soll mit den Tieren umgehen und was man kann, ob man noch den Wellensittich darf bei der Jongleuse noch herumfliegen oder ob man den nicht mehr herumfliegen lassen darf, dann habt ihr den Tod vom Zirkusgewerbe gemacht. Darum, wie der Gemeinderat, ich bitte euch das Postulat abzulehnen. Merci.

Präsident: Merci, Alex. Noch einmal Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ja, ich möchte nur ganz kurz noch etwas dazu sagen: Eine Sau ist erwähnt worden. Eine Sau, die 1 m² Fläche zugute hat. Die Aussage ist sicher hier falsch, die die interessiert sind an Tierhaltung und Tierschutz in der Landwirtschaft, die lade ich gerne auf meinen Betrieb ein, wo ich mitbeteiligt bin. Unsere Kühe können hinaus, unsere Kühe haben Stroh und unsere Kühe gehen auf die Alp. Das ist alles sehr tiergerecht. Wie gesagt, die können sich bei mir melden. Ich tue Euch wohl eine gute Stallung zeigen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte...will nicht. Er verzichtet auf ein Tiervotum. Dann wären wir hier bereit für die Abstimmung des Traktandums Nummer 9. Wir stimmen ab über das Postulat.

Abstimmung

2020.SR.000142		
Ablehnung		
Ja	12	
Nein	44	
Enthalten	7	Namensliste 025

Präsident: Das ist abgelehnt.

2019.SR.000242

20 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser): Wirksamer ganzjähriger Schutz der Altstadt vor Pyros, Petarden und grossen Raketen statt Kriminalisierung des harmlosen Abrennens von «Stöcklis»!

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 20. Kleiner Moment. Es geht hier um eine Motion der Fraktion SVP. Die ist bestritten durch den Gemeinderat. Ich übergebe darum den Einreichenden das Wort, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ihr könnt euch jetzt fragen und ich bin auch vorher gefragt worden, haltet ihr die Motion aufrecht oder zieht ihr die zurück? Wir haben jetzt ein neues Feuerwerkreglement beschlossen. Wir sind dagegen gewesen. Ich bin auf Twitter dann ein bisschen angegriffen worden. Wir hätten ja selbst auch ein ganzjähriges Verbot von Pyros, Petarden und grossen Raketen gefordert. Und das ist eben gerade der grosse Unterschied. Ich bin ein libertärer Mensch. Ich habe Feuerwerk gern, man kann das jetzt gut oder nicht gut finden. Da ist eine Initiative zustande gekommen, über die jetzt die Schweiz entscheiden wird, ob man nun darf Feuerwerk abbrennen oder nicht. Aber ich bin dann vom Grundsatz ausgegangen, wenn wir ein Gesetz haben, und das muss man eigentlich für mich immer nur machen, wenn es wirklich nicht anders geht. Was ist eigentlich der Gefahrenherd, was ist das Kritische? Und das Kritische ist Weissgott nicht das kleine Stöckli oder Bengal-Feuerzeug oder was auch immer oder ein kleines Sonnen-Rädchen, kritisch sind die grossen Raketen. Nicht da die kleinen Raketen für irgendwie 5 Franken, die da etwa 7 m hinauf springen maximal, sondern die grossen Raketen, Pyros und Petarden. Und dann habe ich gesagt, wann habt ihr die? Am 1. August sind alle Leute eigentlich sensibilisiert, am 31.12. da sind die Leute auch sensibilisiert, weil da weiss man, da kann etwas passieren. Mein Grossvater hat früher immer den Bauer angerufen und gesagt, schaut dann, dass die Fenster und so zu sind, damit es nicht brennt. Dann hat man es gewusst. Gefährlich sind die Saubannerzüge, die Fussballfans – die Eishockeyfans zum Glück weniger – die durch die Stadt ziehen und ihre Petarden unkontrolliert loslassen oder was auch immer an irgendeinem Tag. Das ist das gefährliche und da wollten wir, dass man dort ein Feuerwerkverbot eben machen würde. Ein Reglement für eben die gefährlichen Sachen, für die grossen Raketen Pyros und Petarden, und zwar auch beschränkt – nicht in der ganzen Stadt – in der Altstadt, im UNESCO Perimeter. Wir sind hier viel weniger weit gegangen, als das dumme Reglement, das wir gegen unseren Willen angenommen haben, wo wir dann kriminalisiert haben. Wir haben immer gesagt, es nimmt dann der Vater, der irgendwie ein grosses Stöckli hat, der wird dann gebüsst, aber der Chaot der Reithalle, der die Petarde zündet oder irgendwie der Hooligan von einem Fussballclub, der nimmt es nachher nicht. Da die Polizei dort nicht einmal einzugreifen wagt, aber irgendwie der Familienvater, der ein «Sünneli» abbrennt oder die falsche Kategorie hat, der kommt dann an die Kasse. Genau das ist das Problem, – nicht den Kopf schütteln – das sind Probleme, aber nicht das kleine Feuerwerk. Wir sollen jetzt offenbar ja dann nur noch mit Drohnen Feuerwerk machen oder was auch immer, wenn die Initiative durchkommt, dann wird mein Vorstoss effektiv obsolet, aber das ist es noch nicht. Und jetzt eben, im Sinne von das, wenn ihr schon das andere gemacht habt, wenn ihr schon das «Sünneli» und das Stöckli, – das kleine Zeug – verbietet, dann schaut wenigstens auch ganz klar für Richtlinien für die grossen Raketen. Und eben für ein Reglement,

die wirklich die Sache sicherstellt. Darum halten wir die Motion aufrecht. Das haben wir immer gesagt, der Kleine wird schikaniert. Genau das gleiche, wie man soll kein Fleisch essen, man soll das Auto nicht mehr parkieren, aber die grosse Haute Volee der Stadtverwaltung macht Flugreisen. Merci.

Präsident: Danke vielmals, Alex. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Ich sehe keine Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ich sehe auch keine Einzelvoten. Dann hat...wird verzichtet. Dann wären wir beim Traktandum 20 ebenfalls bereit zur Abstimmung über die Motion.

Abstimmung

2019.SR.000242		
Ablehnung		
Ja	6	
Nein	48	
Enthalten	0	Namensliste 026

Präsident: Die ist abgelehnt.

2019.SR.000333

21 Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser): Verkehrszunahme des motorisierten Gewerbe- und Privatverkehrs. Was gilt? Wie will der Gemeinderat den Herausforderungen begegnen und sicherstellen, dass der motorisierte Gewerbe- und Privatverkehr auch in Zukunft über genügend Kapazitäten verfügt?

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 21. Das ist ein Postulat der Fraktion SVP. Das ist zur Annahme empfohlen. Darum frage in die Runde: Ist das bestritten? Ja, das ist bestritten. Dann übergebe ich das Wort den Einreichenden, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe es nicht bestritten. Ich danke dem Gemeinderat, der eben der Meinung ist, dass man es nicht, bzw. dass man es sollte, annehmen, erheblich erklären, gleichzeitig als Prüfungsbericht, da wären wir einverstanden gewesen. Mache es darum auch relativ kurz. Sie sehen, es ist ein Prüfungsbericht. Der Gemeinderat hat hier relativ ausführlich geantwortet, wie die Zunahmen und die Abnahmen sind. Ich akzeptiere die Antwort, die ist ausführlich gewesen. Aber jetzt, wenn das bestritten wird, – offenbar geht der Kampf vom Auto geht sogar weiter – wenn das Streiten von gewissen Vertretern des Stadtrats weiter als der Gemeinderat geht und wenn Sie das sehen, mit diesen Sachen, dann bin ich der Meinung, dass wir hier einen Bericht verlangt haben. Wir haben den Bericht erhalten mit diesen Angaben. Jetzt kann man noch sagen, wir akzeptieren auch den Prüfungsbericht. Ich werde das nicht machen und wenn Ihr etwas früher in den Feierabend wollt, ins Feierabendbier, dann würde ich Euch vorschlagen, dann stimmt dem Postulat zu. Die SVP widersetzt sich dem Prüfungsbericht nicht und dann können wir ein Traktandum abschliessen. Ich mache jetzt keine weiteren Ausführungen, wenn dann auch noch eine grosse Philippika gegen den privaten Verkehr kommt, dann komme ich allenfalls als

Einzelsprecher noch nach vorne, aber sonst würde ich wirklich sagen, ich akzeptiere den Prüfungsbericht und bitte Euch das auch so zu machen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex Feuz. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Ich sehe keine Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ich sehe keine Einzelvoten. Dann hätte hier zum Abschluss das Wort Frau Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich kann es wirklich auch ganz kurz machen. Die Antwort des Gemeinderats, die ist schon ein bisschen alt. Sie ist über dreijährig. Vielleicht einfach noch eine Korrektur aus dem Bericht, die jetzt so nicht mehr zutreffen würde, – bei 4.3 – zu den Mobilitätshubs, die man planen soll und realisieren oder die wir planen wollen und realisieren. Wir werden die sicher nicht ganz in der Nähe der Stadt planen, sondern eher dezentral, also zum Beispiel, wenn jemand im Kiental wohnt und in Bern arbeitet, dass er nachher in Reichenbach sein Auto abstellt und nicht gerade unmittelbar in der Nähe der Stadt. Einfach noch so viel zu der Präzisierung. Sonst sind wir froh, wenn Ihr das Postulat gerade als Prüfungsbericht abschreibt.

Präsident: Merci vielmals, Marieke Kruit. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab über das Postulat.

Abstimmung

2019.SR.000333		
Ablehnung		
Ja	26	
Nein	34	
Enthalten	0	Namensliste 027

Präsident: Das Postulat ist abgelehnt. Der entsprechende Prüfungsbericht erübrigt sich in diesem Fall.

2020.SR.000067

22 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL) - übernommen durch Matthias Humbel (GFL): Das Trottoir den FussgängerInnen, der Radweg den RadfahrerInnen – aber nur, wenn gerade nichts geliefert wird?

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 22. Das ist ein Postulat von der GFL/EVP-Fraktion. Das ist zur Annahme empfohlen. Fragen in die Runde: Es ist bestritten. Dann übergebe ich das Wort den Einreichenden. Hier käme Matthias Humbel.

Matthias Humbel (GFL) für die Einreichenden: Ich werde in meinen Erläuterungen ein bisschen länger sein als der Gemeinderat in seiner Antwort auf den Vorstoss. Ich halte mich aber trotzdem möglichst kurz. Wer sich in der Stadt bewegt zu Fuss, mit dem Velo oder auch mit dem Auto kennt das Problem, Trottoirs und Velospuren werden regelmässig als Parkplätze für Kurierfahrer benutzt und das auch noch oft auch recht grosszügig beim beanspruchten Platz. Als Fussgänger oder als Velofahrer darf man manch-

mal darum herumkurven, sofern man den Platz noch findet, mit Kinderwagen und Rollstuhl fehlt er dann jeweils ganz. Es geht dabei nicht darum, dass wir für die Situation der Kurierfahrer kein Verständnis hätten, denn die Menge an Online bestellten Sachen steigt und steigt. Die Erwartungshaltung, dass die Pakete möglichst schnell geliefert werden, steigt genauso. Die Kurierfahrer sind dabei das schwächste Glied in dieser Kette. Sie arbeiten mit enormem Zeitdruck mit grundsätzlich nicht sehr grosszügigen Arbeitsbedingungen. Dass das dann dazu verleiten kann, dass man möglichst direkt vor dem Ziel das Auto abstellt, kann man deshalb ein Stückweit sogar noch nachvollziehen und trotzdem sollte es nicht dazukommen, dass sich die Kurierfahrer so über Verkehrsregeln hinwegsetzen und andere Verkehrsteilnehmer so blockieren. Und Velohaupttrouten so zu Slalom-Strecken für Velofahrer verwandelt werden respektive Trottoir in Hindernisparcours für die Fussgänger. Wir erachten es deshalb als wichtig, dass sich der Gemeinderat dem Thema annimmt und entsprechende Massnahmen trifft und da für Ordnung sorgt, damit das Trottoir, Trottoirs und Velospuren Velospuren bleiben. Die GFL/EVP-Fraktion wird entsprechend das Postulat annehmen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Matthias. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Da käme Timur Akçasayar für die SP/JUSO-Fraktion.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Bei der Paketzustellung sehen wir sehr gut die verschiedenen Probleme, die die unbegrenzte Konsumfreude und dieser «einmal etwas Billiges bestellen und kostenlos zurücksenden»-Mentalität mit sich bringt. Die Paketzustellung ist geprägt durch lange Arbeitszeiten, etliche Trage- und Hebetätigkeiten und viel Verkehr mit zu wenig Halteplätzen in der Stadt. Erwartet wird auch, dass die Pakete am besten direkt vor der Haustür und bis in die oberste Etage ausgeliefert werden. Alle Pakete in der regulären Arbeitszeit auszuliefern ist dabei auch eine Herausforderung. Es kommt vor, dass für ein Paket eine Zustellerin nur etwas mehr als eine Minute Zeit hat. Das ist kaum zu schaffen. Man muss sich das schon einmal ein bisschen vorstellen, in der Stadt Bern sind 2019 rund 20'000 Päckchen am Tag verteilt worden. 2040 könnte das laut Prognosen bis zu dreimal mehr sein, also 60'000 Stück. Der Gemeinderat hat die Problematik erkannt und mit der Verabschiedung vom Standortkonzept «Waren Hub Bern» konkrete Absichten und Massnahmen festgelegt und dass im Dialog mit den Anspruchsgruppe für eine nachhaltige Güterversorgung. Es ist wichtig und richtig, dass die Warenströme gebündelt werden und bestehende Infrastrukturen zu nutzen und Warenübergabe- Systeme und Paketstationen in den Quartieren einzurichten. Für uns als SP/JUSO-Fraktion müssen Lösungen zur Begrenzung von diesen Auswüchsen vom Konsumwahn Bürger*innen nah, Arbeitnehmer*innen freundlich und ökologisch nachhaltig sein. Der im Postulat beschriebene Frust und Ärger können wir hingegen nur teilweise und in einem sehr begrenzten Mass nachvollziehen. Wie wir ja wissen, der öffentliche Strassenraum ist überbeansprucht mit allen möglichen Konflikten, die sich daraus ergeben, für die Velofahrenden, für die zu Fussgehenden, aber auch für die hier im Postulat gescholtenen Paket-Zusteller*innen. Das Zusammenleben ist für gewisse Menschen insbesondere für Oberlehrerhafte Wutbürger eine grosse Herausforderung, etwas mehr tolerante Rücksichtnahme und die Empathie würde in solchen Fällen, wie im Postulat beschrieben sind, helfen. Die im Postulat geforderte Intensivphase der Kontrolle vom Parkier-Fahr-Verhalten des Kurier-, Express- und Paketdienste (KEP)-Verkehrs initiieren in dem, sehen wir keine Lösung. Auch die Massnahmen M13 vom Standortkonzept vom Waren Hub, das sich an die Parkraumüberwachung richtet, sehen wir nicht als zielführend, solange es nicht in den Quartieren genügend Abstell- und Anhalte-

Plätze und entsprechende Buchten gibt. Dem «low and order»-Ansatz lehnen wir als SP/JUSO-Fraktion klar ab, und ebenso das vorliegende Postulat.

Präsident: Danke vielmals, Timur. Als nächstes kommt Mahir Sancar vom GB/JA!

Mahir Sancar (JA!) für die Fraktion: Ich halte das Votum für Katharina Gallizzi, die heute leider krank ist. Ich kann meinem Vorredner nur zustimmen, auch wir von der GB/JA!-Fraktion halten es für problematisch, dass immer mehr Pakete mit teils grossen Lastwagen zu den Menschen nach Haus geliefert werden. Das verursacht Mehrverkehr und belastet die Quartiere. Es ist nicht so, dass wir grundsätzlich etwas gegen solche Lieferungen hätten, denn sie könnten immerhin verhindern, dass alle Menschen ein eigenes Privatauto haben müssen. Wenn die Post mit einem grossen Auto, das voll mit Paketen beladen ist, einmal pro Tag die Runde macht und alle Haushalte beliefert, anstatt dass alle die Menschen mit dem eigenen Fahrzeug zum Laden und zurückfahren müssen, ist das klima- und verkehrstechnisch eigentlich sinnvoll. Das Problem liegt mehr darin, dass eben nicht alles vom gleichen Anbieter geliefert wird, sondern dass es sehr viele verschiedene Anbieter gibt, die alle mit eigenen Fahrzeugen in das Quartier fahren und ihre Fahrzeuge halt dort abstellen, wo es dann gerade Platz hat. Der Ansatz im vorliegenden Postulat ist nur, dass man die Lieferdienste besser kontrolliert und eine Parkbussen verteilt, wenn sie am falschen Ort parkiert sind. Was zuerst einmal einleuchtend klingt, ist in Wirklichkeit am Problem vorbeigezielt. Es sind nämlich nicht die Lieferfirmen, die die Bussen für das Parkieren zahlen müssen, sondern die Fahrerinnen und Fahrer selbst. Kurier*innen haben meistens tiefe Löhne und sind, wie es auch im Postulat ausgeführt wird, ständig unter Zeitdruck. Wenn man diesen Menschen jetzt noch Parkbussen auferlegt, wird man am System nichts ändern, ausser dass man die Arbeitsbedingungen respektive man die Lohnsituation der Menschen, die die Pakete liefern, noch zusätzlich verschlechtert. Die Lieferfirmen als Arbeitgeber*innen der Lieferant*innen werden dadurch in keiner Weise beeinträchtigt. Man macht also nur Symptombekämpfung und trifft damit die Falschen. Um das Problem von den falschparkierten Lieferautos als kurzfristig ein bisschen zu entschärfen, könnte man prüfen, öffentliche Parkplätze in sogenannte «Bring and Ride»-Flächen umzunutzen also in Flächen, wo Lieferant*innen das Auto kurzfristig abstellen können. Ganz nach dem Motto, wer sich ein Paket liefern lässt, hat weniger Bedarf für ein eigenes Auto und dementsprechend können einige Parkplätze umgenutzt werden. Ob das dann ein machbarer Ansatz wäre, hängt aber wohl stark von der Quartierstruktur ab. Zielführender wäre es eigentlich, wenn es endlich, wie der Gemeinderat es uns schon lange verspricht, ein funktionierendes City-Logistikkonzept geben würde. Es ist uns schon bewusst, dass es nicht einfach ist, alle Akteure an einen Tisch zu bekommen und die Verteilung in der letzten Meile so zu regeln, dass unnötige Fahrten in den Quartieren vermieden werden können. Trotzdem sehen wir es als einziger und bester gangbarer Weg und wollen, dass der Gemeinderat hier endlich vorwärts macht. Weil das Postulat die falschen Konsequenzen fordert, wird die GB/JA!-Fraktion, wie schon gesagt, das Postulat ablehnen. Merci vielmals für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals, Mahir. Dann käme der Alexander Feuz von der SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Das Problem ist erkannt, das ist richtig, aber wenn Ihr den Vorstoss noch lest mit den Forderungen, darum lehnen wir ihn ab. Ihr wisst, wir kämpfen seit Jahren. Ich habe schon X Vorstösse gemacht. Ich habe dort gesagt – ich habe es heute Abend schon gesagt – überall da die Lasten-Bikes und die

Velo-Bikes, die den Weg bei der Ka-We-De völlig verstopfen. Ihr kommt mit dem Kinderwagen – jetzt braucht mein Mädchen es zwar nicht mehr – jetzt kommt nur noch so ein Kindergefährt mit etwa 4 Delfinen und so, wo man hinauf schleppen muss, aber dort habt ihr häufig die Lastenvelo und könnt nicht durchgehen. Ich habe hier gesagt, schaut für die Kontrolle, dass Ihr dort die Wege freihaltet. Auch jeden Samstag auf dem Markt. Ich weiss nicht, wie viele Anträge und Vorstösse ich schon gemacht habe. Von der Kantonalbank wollt ihr dort vom Markt aus nachher beim Bärenplatz rüber gehen, zur Elfenau-Busstation oder Ostermundigen-Busstation, sind dort vor den Kontomaten einfach alles Velos. Dort wo mehr oder weniger der Übergang ist, liegen nur Velos herum und da kommt man nicht durch. Da habe ich X-mal Vorstösse gemacht und gesagt, das geht nicht. Man muss da kontrollieren, da habe ich nie Unterstützung bekommen. Jetzt bin ich einfach der Meinung, wenn man es dann schon macht, dann soll es für alle gelten und dann seid Ihr natürlich dann teilweise auch selber schuld, wenn sie praktisch die Einfahrtszeiten in die Stadt immer mehr reduzieren. Nachher habt Ihr immer grössere Staus. Dann kommt irgendeiner, der irgendwie eine Rose aus Amsterdam liefert – ob das jetzt sinnvoll ist oder nicht, können wir bei Seite lassen – aber wenn irgendeiner eine Waren-Anlieferung macht, wo er in Bern ist, und nachher muss er weitergehen nach Lausanne, was soll er dann machen, soll er dort in Bern übernachten für die 25 grossen Stücke. Oder fährt er gleich durch das Fahrverbot um 11.15 Uhr, tut sie nachher ausliefern, vielleicht ist es dann 12.30 Uhr. Das müssen wir einfach dann auch bedenken, wenn wir dann ganz streng sind. Dann habt Ihr dann schlussendlich vom Handwerker weder einen neuen Kühlschrank oder eine neue Tiefkühltruhe oder Ihr bekommt eine verrückt hohe Rechnung, weil dann sind unter Umständen, die Busse oder die Anfahrtswege oder die Inkonvenienzen, bis ihr die Sache geliefert habt, bald höher als der Warenwert. Habt einfach hier eine gewisse Vernunft. Ich hätte Euch allenfalls wirklich noch Hand geboten für die ganze Problematik. Dann tun wir alle gleich gerecht kontrollieren, aber hier geht es einfach darum, man will einen City-Lieferdienst, wo ich einfach sagen muss, dass müsst Ihr einfach mal logisch überlegen, wenn ihr teure Waren habt, dann wird das etwa viermal umgeladen. Dann sind wahrscheinlich die 5 Rolex-Uhren, die ihr irgendwie bei Gübelin oder Bucher oder wie er jetzt heisst – ich glaube, Bucher gibt es nicht mehr, ich bin nicht der Schmuck Mensch – bestellt habt, da kommt Ihr nicht durch. Das ist logistisch dermassen aufwändig und nachher auch vom Velokurier nachher wieder eine andere Sache. Das ist für mich eine Todgeburt, wahrscheinlich möchte da auch wieder – ähnlich wie bei dem Geschirr – nur jemand ein schönes Mandat der Stadt oder vom rot-grünen Kuchen. Dort wenn er ein Verwaltungsmandat hat, durch dem er nachher den Lieferdienst koordinieren kann. Genau wie mit dem Geschirr. Jetzt könnt Ihr für das Quartierfest ja nicht Mehrwegwerfgeschirr haben. Ihr müsst nachher einen speziellen Geschirrdienst haben und nachher wenn ihr das Fest machen wollt, findet ihr diesen Geschirrdienst gar nicht. Das ist eben nichts Liberales. Es ist etwas Eingrenzendes, etwas Schikanöses und eben wie immer gesagt die rot-grüne Verbotskultur und im Sinne der rot-grüne Verbotskultur lehnen wir den Vorstoss ab.

Präsident: Merci, Alexander Feuz. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte hier das Wort Frau Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Der Gemeinderat hat im Juli 2020, das Stadtlogistikkonzept verabschiedet. Da drin sind unter anderem Massnahmen definiert, die die Forderungen vom Postulat aufnehmen: Be- und Entladeflächen sollen errichtet und gesi-

chert werden, zudem soll den Parkraum verstärkt kontrolliert und allenfalls auch Fahrverbote geprüft werden. Damit ist aus unserer Sicht das Anliegen eigentlich vom Postulat im Grundsatz bereits umgesetzt. Aktuell ist es so, dass bei konkreten Hinweisen auf das Park- und Fahrverhalten von KEP-Kurieren, die den Fuss- und Veloverkehr behindern oder einschränken, auch spezifische Lösungen geprüft und wenn möglich umgesetzt werden. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es viel nachhaltiger ist als büssen. Ja und ergänzt zum Stadtlogistikkonzept hat der Gemeinderat vor kurzem ja auch das Standortkonzept «Waren Hub Stadt Bern» genehmigt. Damit sind zusätzliche konzeptionelle Grundlagen für die Umsetzung von der Stadt logistischen Massnahmen geschaffen worden und ja, wir müssen dort vorwärtsmachen. Da bin ich ganz mit ihnen einverstanden.

Präsident: Merci vielmals, Marieke Kruit. Wir sind in dem Fall hier beschlussfähig. Wir stimmen ab über das Traktandum Nummer 22 als Postulat.

Abstimmung

2020.SR.000067

Ablehnung

Ja	7
Nein	57
Enthalten	0

Namensliste 028

Präsident: Das ist abgelehnt.

2020.SR.000391

23 Postulat Oliver Berger (FDP): Zweckmässige Alternativrouten zu Bahnhofdurchfahrt entwickeln

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 23. Der Einreichende sitzt auf der Tribüne, darf es aber selbst nicht vorstellen. Es ist bestritten, darum übergebe ich das Wort jemand anderem, der übernommen hat. Das wäre Florence Pärli Schmid.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Einreichenden: Der Einreichende müsste hier nicht runterschieben, der wäre grösser. Die Mobilität ist für eine Stadt überlebensnotwendig und Verkehrswege stellen die Mobilität sicher, ein bisschen so wie Arterie und Venen die Blutversorgung und damit die Sauerstoffzufuhr vom Menschen sicherstellen. Es ist also wichtig, dass kein Ort in Bern von der Mobilität abgeschnitten wird. Das Gebiet um den Bahnhof herum ist ein Verkehrsknotenpunkt und er bildet das Herz von der Stadt-berner Mobilität. Dass dort der Verkehr von allen Verkehrsteilnehmern fliessen kann, ist für die Stadt Bern überlebensnotwendig. Wäre das nicht mehr der Fall, würden die Arterien und die Venen in den umliegenden Wohnquartieren anfangen zu verstopfen und die Quartiere auch sehr schnell dann überfordern. Trotz der Wichtigkeit vom Bahnhof für die Mobilität der Stadt Bern sind die Routen rund um den Bahnhof stark unter Druck. Das vor allem wegen dem geplanten massiven Ausbau und auch der im Raum stehenden Forderung von einem autofreien Bahnhofplatz. Weiter steht auch die verkehrsfreie Hodlerstrasse im Raum. Um den Verkehrskollaps vor allem in den Wohnquartieren zu verhindern, wird darum dringend gefordert, dass für den Knotenpunkt

Bahnhof Bern Alternativrouten geplant werden, also beziehungsweise in erster Linie als Möglichkeit soll namentlich geprüft werden, den motorisierten Verkehr unterirdisch zu verlegen. Das wäre nicht eine neue Idee. In vielen grossen Städten in der Schweiz funktionieren unterirdische Lösungen ausgezeichnet und in der Stadt Bern gäbe es naheliegende Lösungen, zum Beispiel mit einem Schanzentunnel, also der Unterfahrung des Bahnhofs – von der Belpstrasse bis zur Schützenmatte – oder auch mit einer kleinen Westtangente, also der Unterfahrung des Bahnhofs vom City West bis zur Schützenmatte. Aus der Antwort vom Gemeinderat zum Postulat lesen wir heraus, dass er daran zweifelt, dass die bis jetzt geplanten Massnahmen zur Sicherstellung des Verkehrsflusses in der Stadt Bern trotz Bahnhofsausbau und so weiter, reichen werde. Der Handlungsbedarf ist also gegeben. Wir danken Euch darum für die Annahme unseres Postulats. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Florence. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Für die SP/JUSO-Fraktion, Michael Sutter.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Besten Dank. Man kann Probleme probieren zu lösen, die gar keine Probleme sind respektive die Lösung ist in der Antwort des Gemeinderats schon aufgezählt. Es gibt genug Routen für den Autoverkehr, die nicht über den Bahnhofplatz führen. Insbesondere die Autobahn wäre hier zu empfehlen. Die ist nämlich eigentlich für den Autoverkehr prädestiniert und auch gebaut. Verkehrskollaps durch den autofreien Bahnhofplatz, das tönt wahnsinnig dramatisch und wir haben schon einmal einen autofreien Bahnhofplatz gehabt und es ist genau gar nichts passiert, nämlich während dem der Bahnhofplatz umgebaut worden ist. Es hat weder einen Verkehrskollaps gegeben, noch sind die Quartiere im Autoverkehr untergegangen. Autos sind einfach nicht mehr durch das Stadtzentrum gefahren. Das wäre die sinnvollste Lösung, da man 1997 doch die Option vom Schanzentunnel nicht ganz ausgeschlossen hat für die künftige Generationen. Da können sich dann künftige Generationen vielleicht mal an Zürich ein Beispiel nehmen. Zürich hat nämlich einmal einen Autotunnel bauen wollen, unter dem Bahnhof durch, hat das Loch schon gebohrt, der Tunnel nie gemacht. Jetzt entsteht dort ein Velotunnel mit integrierter Velostation. Das als Anregung für die künftige Generation.

Präsident: Merci vielmals, Michael Sutter. Dann käme Nora Joss vom GB/JA!.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion lehnt das vorliegende Postulat ab. Es müssen keine Alternativroute für die Bahnhof-Durchfahrt vom MIV ausgearbeitet werden. Wie etliche Studien zeigen, nimmt die Nutzung des Autos zu, wenn man Mehrverkehrsfläche, zum Beispiel in der Form eines Schanzentunnels zur Verfügung stellt und das ist nicht unser Ziel. Das Ziel heisst nach wie vor einen autofreien Bahnhofplatz. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst entsprechend der Stossrichtung des Gemeinderats während dem Projekt «Zukunft Bahnhof Bern» (ZBB) den MIV auf dem Platz um 60% zu reduzieren. Zudem freut es uns, dass die Regionalkonferenz Bern-Mittelland sich gerade kürzlich für den autofreien Bahnhofplatz ausgesprochen hat. Ihre Studie, die momentan in Vernehmlassung ist, zeigt, dass der Bahnhofplatz aus dem regionalen Basisstrassennetz herausgenommen werden kann. Somit steht aus unserer Sicht einem autofreien Bahnhofplatz nichts mehr im Weg oder um es in den Worten von Florence zu sagen, dass das Herz der Mobilität zukünftig die Velos und der Fussverkehr ist. Merci.

Präsident: Merci, Nora Joss. Als nächstes kommt der Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe gehofft, dass dieser Vorstoss nicht bestritten ist. Es ist ein Postulat, es ist keine Motion, es ist nur ein Prüfauftrag und jetzt, wenn wir die Sache sehen, ich bin froh hat es die Vorrednerin jetzt bereits gesagt, dass die Regionalkonferenz die Sache abschneiden will. Denkt daran wir sprechen Millionen, X Millionen für den Bahnhof. Ihr kommt jetzt mit dem Auto nicht mehr dorthin. Wahrscheinlich jemand, der vom Kirchenfeld in die Ferien geht, dann gibt er wahrscheinlich – wenn er mit dem Zug geht – dann das Zeug wahrscheinlich in Gümligen auf, als dass er zum Bahnhof mit dem Auto fährt. Das kann er nämlich dann nicht mehr, denn der Weg wird immer mühsamer und noch länger. Bahnhöfe sind Zentren. Bahnhöfe haben eine Verbindungsfunktion. Ich muss zum Bahnhof gehen können. Man muss passieren können und wenn wir jetzt hier eine Alternativroute haben, man hat jetzt ja eine Innere Route angegeben – Schützenmatte, kleine Westtangente – was wollt ihr da. Was versprecht ihr den «Längässeler»? Was hat man den «Länggässeler» eben versprochen, wenn ihr dann dort etwas macht, machen wir dann Verkehrsberuhigungsmassnahmen, dann kommt man auch nicht mehr durch. Was wollt ihr machen bei der Neufeld-Tangente, dank dem Herrn Stadtpräsidenten? Der hat dem Herr Wyss versprochen, dass wenn man dann dort ein Museum aufbaut, dann soll man dann durch die Schützenmatte zu diesen Zeiten, wo das Museum offen ist, soll man dann auch nicht mehr durchfahren. Dann seid wenigstens präzise ehrlich und sagt ihr würdet am liebsten das Autofahren verbieten in der Antwort, aber so mit den Antworten, die Ihr hier gebt. Ich bin dann gespannt, was Frau Gemeinderätin Marieke Kruit dazu sagt, aber mit all diesen Massnahmen, die Ihr ja gleichzeitig drin habt und den Leuten in der Länggasse versprecht, tut Ihr mehr oder weniger die Alternativroute zu tote schlagen und weiter unten sagt Ihr dann gleich man kann dann dort durchfahren oder was auch immer. Genau das gleiche wie im Kirchenfeld. Dort hat man den Leuten versprochen, man hebt zwar ihre Parkplätze bei der Schillingstrasse und der Engsterstrasse auf, aber Ihr könnt bei der Ka-We-De das Auto abstellen gehen. Was macht Ihr jetzt bei der Ka-We-De-Vorlage? Ihr hebt alle Parkplätze auf. Ich habe einfach gesagt, lest es gut und ich hoffe der Wähler und der Stimmbürger liest die Sache auch, was man für ein Zeug verspricht und sich nachher daranhalten und darum stimmen wir klar dem Vorstoss zu. Ich weiss nicht mehr, was ich in beim Schanzentunnel gestimmt habe. Vielleicht habe ich sogar noch Nein gestimmt, weil ich gesagt habe, dann verlangen sie nachher noch Geld dazu. Aber wahrscheinlich unterirdisch, das wäre die richtige Lösung gewesen. Und eben eine kleine Westtangente, eine Unterfahrung Bahnhof von City West bis zur Schützenmatt zu prüfen, das haben der Hansueli Gränichen und ich auch schon X-mal gefordert. Ihr habt uns das nie gewährt, aber es geht hier um das Prüfen. Wir sagen nicht morgen fahren die Baumaschinen auf und tun lochen. Prüfen muss man es und denkt einfach daran, wohin geht denn sonst der Verkehr? Es ist wie beim Blut – das hat heute jemand anderes auch schon gesagt – das Blut und das Wasser, das fliesst irgendwo durch. Wenn ihr es irgendwo abknappen tut, tut es einfach an einem anderen Ort viel stärker durchführen und dort stört es dann mehr. Ich habe das Gefühl, dieser Bahnhofvorplatz ist – weiss Gott – nicht ein Ruhmesblatt der Stadt Bern, aber wenn die Leute dann durch das Stadtbach-Quartier hinten durch beim Finkelhubel-Quartier durchfahren oder was auch immer, da habt Ihr dann ein Problem. Das sind die Wohnquartiere, dort wohnen noch Leute. Seid vernünftig und stimmt diesem Postulat zu. Ich habe zwar wenig Hoffnung, nachdem Ihr selbst eine Postulatsantwort des Gemeinderats, wo selbst der Feuz gesagt hat, er akzeptiert sie, abgelehnt habt. Die Angaben liegen jetzt vor, wo es

mehr und wo es weniger Verkehr hat. Und denkt einfach daran – ich sage es jetzt hier mehr für die Rechtsgeschichte, wenn ich dann einmal nicht mehr da bin – Ihr seht ja dann, wo der Verkehr durchgeht, und das wird Euch die Stimmbevölkerung und die Wähler hoffen wir es danke. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Wir wären bei den Einzelvoten. Scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat hier das Wort Frau Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Auch der Vorstoss ist schon ein paar Jahre alt. Es ist dann in dieser Zeit auch bereits einiges gegangen. Der Stadtrat hat im Juni einen Kredit für die Umsetzung von Verkehrsmanagementmassnahmen auf der zentralen Verkehrsachse genehmigt. Ich habe das vorher schon erwähnt, die wirken sich natürlich auch auf die Bahnhof-Durchfahrt aus. Die Massnahmen sind mit Bund, Kanton und Region koordiniert und zielen auf eine nachhaltige Weiterentwicklung des städtischen Verkehrssystems ab. Ja, auch noch zwei Sätze zum Schanzentunnel: Nach Einschätzung der Verkehrsplanung und dem Tiefbauamt würde so ein Tunnel zu erheblichem Mehrverkehr führen, auf den bereits heute stark belasteten Strassenzügen und es hätte, auch massive bauliche Massnahmen und Neugestaltungen, so wie auch Eingriffe in Privat- oder Grünraum zur Folge. Mit den Verkehrsmanagementmassnahmen «zentrale Verkehrsachsen» können wir den Verkehr wirklich auf der Achse «Forsthaus-Bahnhof Bern» und «Wankdorf-Neufeld» effizient steuern und den Weg will der Gemeinderat jetzt weiterverfolgen. Der Gemeinderat bittet euch darum auch das Postulat abzulehnen.

Präsident: Merci vielmals, Marieke Kruit. Wir wären in diesem Fall bei der Abstimmung zum Traktandum Nummer 23 als Postulat. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2020.SR.000391		
Ablehnung		
Ja	15	
Nein	48	
Enthalten	0	Namensliste 029

Präsident: Sie haben das abgelehnt.

2020.SR.000393

24 Postulat (Oliver Berger, FDP): Bessere und effizientere ÖV-Erschliessung von Berns Südwesten

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 24. Das ist zur Annahme empfohlen. Frage darum in die Runde: Ist das bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätten die Einreichenden hier noch die Möglichkeit für eine kurze Erklärung. Sie verzichten darauf. Dann würden wir auch hier bereits direkt zur Abstimmung treten.

Abstimmung

2020.SR.000393		
----------------	--	--

Annahme		
Ja	60	
Nein	1	
Enthalten	0	Namensliste 030

Präsident: Das ist angenommen worden. Wir stimmen hier über den Prüfungsbericht ab.

Abstimmung

2020.SR.000393: Prüfungsbericht		
Annahme		
Ja	57	
Nein	1	
Enthalten	1	Namensliste 031

Präsident: Der ist angenommen.

2020.SR.000068

25 Postulat Milena Daphinoff (CVP), Philip Kohli (BDP): Alternative Route einer Buszufahrt zur Hochbrücke prüfen

Präsident: Wir fangen noch an mit Traktandum 25. Vielleicht schaffen wir es heute noch, ich habe keine Wette abgeschlossen heute. Das möchte ich einfach noch in den Raum stellen. Traktandum 25 ist bestritten. Ich übergebe das Wort den Einreichenden, Milena Daphinoff.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Einreichenden: Besten Dank, auch das Postulat ist doch schon einige Jahre alt und entsprechend hat sich die Situation mittlerweile auch ein bisschen geändert. Wir wissen, dass die Velo- und Fussverbindung, die man geprüft hat, zwischen Breitenrain und Länggasse mittlerweile aufgrund vom Sparprogramm und dem desolaten Budget der Stadt Bern hintenangestellt wird. Entsprechend ist es auch nicht mehr ganz so dringend, aber nichts destotrotz, es ist ja noch nicht ganz vom Tisch. Man will das ja ab 2028 wiederaufnehmen und solange es im Raum ist, behalten wir auch unser Postulat aufrecht, und zwar sind die Unterzeichnenden der Meinung, dass man weiterhin nicht nur von einer Velo- und Fussgängerbrücke, sondern auch von einer ÖV tauglichen Brücke reden sollte und entsprechend auch die Zufahrt für Bus prüfen muss, die dann auf die Brücke führen und da ist unserer Meinung nach einfach noch zu wenig gelaufen. Man hat gewisse Alternativvarianten bis jetzt ausser Acht gelassen. Wir nehmen die Antwort des Gemeinderats zur Kenntnis, der findet, dass das offenbar einen grösseren Eingriff wäre. Wir sind auch offen für weitere neue Vorschläge. Wir bemängeln aber in der Antwort des Gemeinderats eindeutig, dass mit keinem Wort die Rede ist, dass es noch alternative Routen, die auch die Zufahrt für Busse und ÖV ermöglichen würden, noch weiterhin geprüft werden sollten respektive das scheint wie abgeschlossen und kein Thema mehr gewesen zu sein und das bemängeln wir. Deswegen behalten wir unser Postulat weiterhin aufrecht und danke all denen, die auch

eine ÖV-Brücke befürworten würden für die Unterstützung des Postulats. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci vielmals, Milena. Wir sind bei den Fraktionsvoten, Alexander Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich hätte jetzt gedacht, dass die Mitte diesen Vorstoss zurückziehen würde. Man hat ja damals bei mir, bei einem Vorstoss, wo man auch gesagt hat, man habe den schon besprochen, hat man ja sogar den Antrag gestellt für kurze Redezeit. Die SVP ist grosszügig gewesen, hat diesen Antrag nicht gestellt. Aber wenn ich es anschau, ich bin durchaus einer, der durchaus für ÖV-Lösungen Hand geboten hätte. Auch bei der Linie 28 und 31 Monbijoubrücke habe ich zugestimmt. Kurz darauf habe ich zwar einen Rückenschuss bekommen, wo man nachher gesagt hat, dafür tun wir den Privatverkehrsspuren wegnehmen. Wenn ich es gewusst hätte, hätte ich nein gesagt. Aber hier ist für mich entscheidend die Ausführungen des Gemeinderats, der einfach rein vom bautechnischen, wenn Ihr das lest, dann muss ich einfach sagen – auf der Seite 3 und 4 – es ist so nicht realisierbar. Ihr wisst, wir haben auch selbst ja mal auch Vorstösse gemacht. Ich sage jetzt nicht, weil man unseren abgelehnt hat, lehnen wir den jetzt auch ab, auch wenn Ihr einfach dort den Perimeter anschaut und seht, was Ihr da für eine Busrampe bauen müsst, dann müsst Ihr sagen, es ist einfach der falsche Ort.

Präsident: Ich bitte darum noch um etwas Ruhe für die letzten paar Minuten.

Alexander Feuz (SVP) setzt sein Votum fort: Die Seilbahnen: Ich habe gar nichts gegen Seilbahnen in Peru oder irgendwie in Südamerika, kann das durchaus eine Alternative sein. Aber auch hier in der Stadt Bern habe ich da meine Vorbehalte, wie wir da Seilbahnen zur Insel machen sollen, die von der Kapazität gar nicht gehen. Darum, es ist ein interessanter Vorschlag, vor allem, wenn man es jetzt wirklich einfach anschaut, so viel verstehe ich. Ich habe mal im Militär auch mit den 2 DM LKW ein riesiges Manövrier-Chaos gemacht, aber dort, wenn ich das einfach lese, das geht schlichtweg nicht. Darum lehnt das Postulat ab. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat hier das Wort Frau Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Das Projekt ist ja zurzeit aus finanziellen Gründen sistiert. Das hat Milena Daphinoff ja auch schon gesagt. Im Rahmen der Fitmassnahmen hat der Gemeinderat Ende November 2020 beschlossen, eine allfällige Realisierung der Fuss- und Velobrücke auf nach 2028 eben zu verschieben. Es ist schon gesagt worden, und im Hinblick auf die Realisierung von der Brücke hat der Gemeinderat schon bereits mehrmals betont, dass er einer Öffnung der Brücke für den ÖV grundsätzlich offen gegenübersteht. Die Frage kann aber erst dann seriös beantwortet werden, wenn die Projektierung dann wieder aufgenommen wird. Aber was man heute schon sagen kann, ist, dass die vom Postulat geforderte Zufahrt der Halterstrasse her weder aus bautechnischer noch aus ästhetischer Sicht überzeugt. Die Realisierung von solcher Zufahrt hat massive bauliche Eingriffe und entsprechend hohe Kosten zur Folge und das ist der Grund, warum der Gemeinderat das Postulat ablehnt. Der Gemeinderat hat ja im Januar 2023 beschlossen die direkte Linienführung von der Wilerstrasse über

das Schnellgut-Areal und die Aare bis zum Anschlusspunkt weiterzuverfolgen. Wir haben ja gesagt, wir wollen das jetzt einfach raumplanerisch sichern, dass wir das später nachher realisieren könnten. Das ist jetzt der Plan.

Präsident: Merci vielmals, Marieke. Wir sind beim Traktandum 25 auch beschlussfähig. Wir stimmen ab über das Postulat.

Abstimmung

2020.SR.000068		
Ablehnung		
Ja	10	
Nein	54	
Enthalten	0	Namensliste 032

Präsident: Ihr habt das Postulat abgelehnt. Wir sind fertig mit den Traktanden. Merci vielmals für das Mitmachen. Ich bin glücklich. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat hat alle Traktanden zu Ende Beraten.

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Kurt Rüeegsegger): Parkplatzvernichtung
2. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Kurt Rüeegsegger): Spielzone Greyerzstrasse
3. Kleine Anfrage Simone Richner (FDP)/Milena Daphinoff (Mitte)/Maurice Lindgren (GLP): Finanziellen Unterstützung von «Baba News» durch die Stadt Bern
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Gescheiterte Gemeindefusionen mit Bern «Klatsche: Ablehnung der Eingemeindung durch die Ostermundiger» Was sind die Kostenfolgen des Projekts für die Stadt Bern?
5. Kleine Anfrage Simone Machado (GaP): Setzt der Gemeinderat das Demonstrationsrecht in der Stadt Bern für den Weihnachtskommerz ausser Kraft?
6. Motion Kurt Rüeegsegger (SVP) und Ursula Stöckli (FDP): Schulanlage Breitenrain: Quartier- und umweltgerechte Wiederherstellung und Vergrösserung der Pausenplatzfläche auf der Parzelle 58
7. Kleine Anfrage Michael Ruefer (GLP)/Lionel Gaudy (Mitte)/Janosch Weyermann (SVP)/Florence Pärli Schmid (JF): Pro-Kampagne Kauf Grundstück Untermatt: Inwiefern dürfen sich Organisationen mit Leistungsvereinbarungen im politischen Abstimmungskampf einbringen und eigenständige Kampagnen führen?
8. Interfraktionelle Motion Fraktionen GB/JA!, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominic Nellen, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Michael Burkard, GFL): Demoverbot in der Stadt Bern — der Gemeinderat muss seinen Entscheid überdenken

9. Interfraktionelle Kleine Anfrage GB/JAI, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JAI/Dominic Nellen, SP/Sofia Fisch, JUSO/ David Böhner, AL/Michael Burkard, GFL): Demoverbot in der Stadt Bern - auf welcher rechtlichen Grundlage wurde entschieden?
10. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Bloomberg Seminar in New York - Teilnahme des Stadtpräsidenten und der Kader. Wieso fällt die Annahme des Geschenkes nicht unter die Bestimmungen des Personalreglements und der Personalverordnung?
11. Kleine Anfrage Janosch Weyermann (SVP)/Sarah Rubin (GB): Wie steht es um das Lehr-Schulschwimmbecken Kleefeld?
12. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Ist das neue Schulgebäude der Besonderen Volksschule Bern bereits zu klein?
13. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Das neue Tram und gewisse Haltekanten harmonisieren nicht
14. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Wie viele Liegenschaften im Besitze der Stadt Bern haben eine Auszeichnung für naturnahe Aussenräume erhalten? Geht die Stadt Bern mit gutem Vorbild voran?

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

09.02.2024

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

11.02.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi